



Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012





Mit der Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft wird seit 1952 alle 20 Jahre in immer denselben zehn westdeutschen und seit 1993 in vier ostdeutschen Untersuchungsdörfern der Wandel ländlicher Lebensverhältnisse dargestellt. Die Forschungsarbeit ist unter Koordination des Thünen-Instituts für Ländliche Räume und in Zusammenarbeit mit sechs weiteren Forschungseinrichtungen entstanden.

Nach Darstellung der Forschungstradition der Studie und dem konzeptionellen und methodischen Vorgehen in der aktuellen Untersuchung werden kurz die Gesamtergebnisse zusammengefasst. Anschließend stellen die verschiedenen Teilprojekte der Studie ihre Ergebnisse vor. Den Abschluss bildet eine

komprimierte Darstellung der Entwicklung jedes einzelnen der insgesamt 14 Untersuchungsorte. Insgesamt zeigt die Studie einen heterogenen Wandel der ländlichen Lebensverhältnisse, der sich abstrakten Vereinfachungen und Schematisierungen entzieht. Ungeachtet dessen zeichnet alle Untersuchungsorte eine hohe Wohnzufriedenheit der dort lebenden Menschen aus.

Ein Aufriss von wichtigen Forschungsfragen zur Entwicklung ländlicher Räume und ein Überblick aktueller Forschungsarbeiten des Thünen-Instituts für Ländliche Räume schließen sich an. Den Abschluss des Bandes bildet ein Ausblick des Bundeslandwirtschaftsministeriums auf die Politik für ländliche Räume.

Inhalt

| | |
|--|----|
| Vorwort | 4 |
| Einleitung | 6 |
| Konzept und Methodik der Studie | 10 |
| Zusammenfassung der Ergebnisse | 14 |
| Vorstellung der Teilprojektberichte | 18 |
| Teilprojektbericht: Alltagsbewältigungsstrategien | 18 |
| Teilprojektbericht: Anforderungen an die Landwirtschaft | 20 |
| Teilprojektbericht: Dörfer als Wohnstandorte | 22 |
| Teilprojektbericht: Handlungsspielräume von Orten – Rahmenbedingungen politischen Handelns und ortsspezifische Bewältigung von Herausforderungen | 24 |
| Teilprojektbericht: Kindheit im Wandel | 26 |
| Teilprojektbericht: Ländliche Arbeitsmärkte: Chancen für Frauen – Frauen als Chance | 28 |
| Teilprojektbericht: Soziale Unterstützungsstrukturen im Wandel | 30 |
| Teilprojektbericht: Neue Medien und dörflicher Wandel | 32 |
| Dörfer im Visier | 35 |
| Badingen, Burgwall, Marienthal, Mildenberg, Ribbeck und Zabelsdorf | 36 |
| Bischoffingen | 40 |
| Bockholte | 44 |
| Elliehausen | 48 |
| Falkenberg | 52 |
| Finneland | 56 |
| Freienseen | 60 |
| Gerhardshofen | 64 |
| Glasow und Krackow | 68 |
| Groß Schneen | 72 |
| Kusterdingen | 76 |
| Ralbitz-Rosenthal | 80 |
| Spessart | 84 |
| Westrup | 88 |
| Forschung zu ländlichen Räumen durch das Thünen-Institut | 92 |
| Dorferneuerung aus Sicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft | 96 |
| Projektpartner und Kontakte | 99 |

Vorwort



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

das Leben auf dem Land ist vielseitig und attraktiv. Das belegen auch die Ergebnisse der außergewöhnlichen Langzeitstudie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel“, die seit 1952 alle 20 Jahre durchgeführt wird. In der aktuellen Studie vom Thünen-Institut für Ländliche Räume in Zusammenarbeit mit sechs weiteren deutschen Forschungseinrichtungen im Auftrag meines Hauses, des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft, untersuchen dabei Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler das Alltagsleben in 14 Dörfern in Deutschland und dokumentieren und bewerten die Veränderungen der Lebensverhältnisse auf dem Dorf.

Seit Beginn der Studie haben die Dörfer vielerlei politische, technische, wirtschaftliche und soziale Veränderungen erfahren. Heute liegen die Herausforderungen ländlicher Regionen insbesondere im

demografischen Wandel und strukturellen wirtschaftlichen Problemen sowie der Daseinsvorsorge. Gleichzeitig, auch das belegt die Studie, ist die Zufriedenheit trotz der unterschiedlichen Lebensbedingungen in den Dörfern ungebrochen hoch – dies gilt für die Dörfer im Süden genauso wie für die Dörfer im Osten.

Die Studie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel“ leistet einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Lebensbedingungen auf dem Land. Sie ist damit ein wertvoller Baustein zur Unterstützung meiner Politik für ländliche Entwicklung. Denn ich will, dass das Leben auf dem Land auch in Zukunft vielseitig und attraktiv bleibt. Dafür müssen wir nicht nur den Herausforderungen, die ein Leben in ländlichen Regionen mit sich bringen kann, ins Auge sehen, sondern auch die Stärken unserer Dörfer offensiv gestalten.

Ihr
Christian Schmidt MdB
 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

„Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ untersucht, wie sich die Alltagswelt in 14 Dörfern Deutschlands und in ihrem Umland entwickelt hat. Die erste Studie entstand 1952 aus der Sorge vor der „Landflucht“ im Nachkriegsdeutschland. Unter der Fragestellung „Was ist aus den Dörfern geworden?“ gelang es dann alle 20 Jahre, eine Wiederholung durchzuführen. So entstand eine Langzeituntersuchung zur Veränderung der Lebensverhältnisse in immer denselben Dörfern.

Diese Langzeituntersuchung ist einzigartig, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Europa. Sie ist für die sozialwissenschaftliche Forschung zur Entwicklung von Dörfern, ländlichen Lebensverhältnissen und ländlichen Räumen von herausragendem Wert. Erst die Langzeitbetrachtung ermöglicht es, aktuelle Entwicklungen einzuordnen, Kontinuitäten und Strukturbrüche zu erkennen und deren Bestimmungsgründe genauer zu verstehen. Die Erkenntnisse der Langzeituntersuchung sind aber nicht nur für die Wissenschaft von besonderem Wert, sondern auch für die wissenschaftlich basierte Politikberatung im Bereich der ländlichen Entwicklung.

Die Durchführung der nun abgeschlossenen Studie, aber auch der vorherigen Studien 1952, 1972 und 1993 war nur möglich dank der Förderung durch das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft. Hierfür möchte ich dem Bundesministerium, insbesondere Herrn Dr. Neubauer, sehr herzlich danken.

Die Studie war zudem nur möglich durch einen interdisziplinären Verbund mehrerer Forschungseinrichtungen. Die jetzt abgeschlossene Studie wurde von Herrn Dr. Heinrich Becker (Thünen-Institut für Ländliche Räume) koordiniert, der auch für die Vorgängerstudie 1993 federführend verantwortlich war. Ihm und seinen Mitarbeiterinnen gilt mein herzlicher Dank. Danken möchte ich auch den Verbundpartnern Frau Evers-Wölk (Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gGmbH, Berlin), Herrn Prof. Dr. Beetz (Hochschule Mittweida), Herrn Prof. Dr. Keil und Frau Prof. Dr. Röhner (Bergische Universität Wuppertal), Herrn Dr. Ralf Nolten (Universität Bonn), Frau Dr. Helmle (Universität Hohenheim) sowie Frau Dr. Voigt und



Herrn Prof. Dr. Lorleberg (Fachhochschule Südwestfalen) und ihren Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeitern. Ein besonderer Dank gilt Herrn Berg von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE), der durch Hilfsbereitschaft und Kooperationswillen maßgeblich zu einem wenig bürokratischen, reibungslosen Ablauf der Projektarbeit beigetragen hat.

Die Qualität einer Studie wie der vorliegenden hängt wesentlich von der Auskunftsbereitschaft vieler Personen in den Untersuchungsregionen ab. Im Rahmen umfangreicher empirischer Erhebungen nahmen über 3.100 Bürgerinnen und Bürger an einer standardisierten Befragung teil, es wurden knapp 400 qualitative Interviews durchgeführt und über 70 Vereine befragt. In allen Untersuchungsregionen fanden zudem Validierungsworkshops statt, auf denen Ergebnisse der Untersuchung diskutiert wurden. Mein herzlicher Dank gilt daher allen Personen in den Untersuchungsregionen, die durch ihre Mitwirkung die Studie erst ermöglicht haben.

Ausgewählte Ergebnisse über „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ finden Sie in dieser Broschüre. Detailliertere Berichte sind in der Publikationsreihe „Thünen Report“ veröffentlicht und können unter <http://www.ti.bund.de/infotehek/publikationen/thuenen-report/> kostenfrei heruntergeladen werden.

Prof. Dr. Folkhard Isermeyer
Präsident des Thünen-Instituts



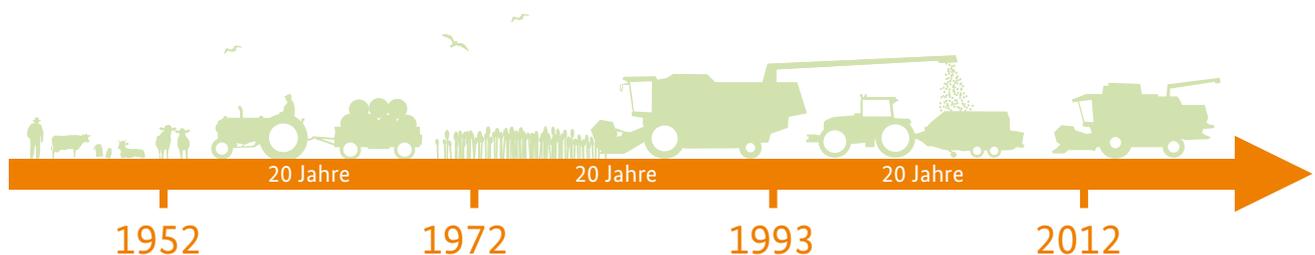
Einleitung

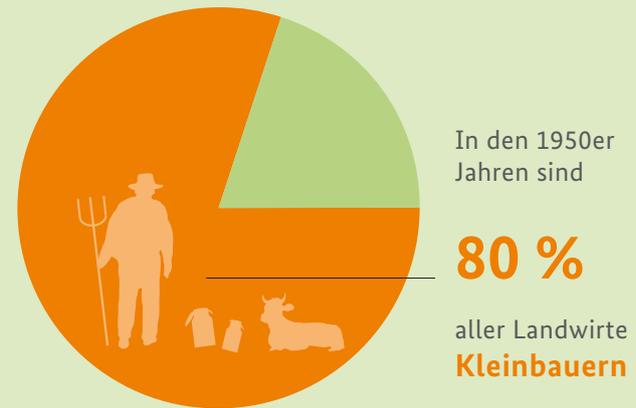
Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel

Das Forschungsprojekt „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ ist einzigartig, weil es die Veränderungen der ländlichen Lebensverhältnisse seit der Gründung der Bundesrepublik begleitet, indem es den Wandel der Lebensverhältnisse seit 1952 alle 20 Jahre in immer denselben zehn westdeutschen Untersuchungsdörfern und ihrem Umland untersucht. Seit der Wiedervereinigung sind auch vier ostdeutsche Dörfer in die Untersuchungsfolge aufgenommen worden. Die Jahresangaben im Titel des Forschungsprojekts stehen für die vier bisherigen Untersuchungsfolgen. Alle bisherigen Untersuchungen waren Gemeinschaftsarbeiten von verschiedenen wissenschaftlichen Einrichtungen, um durch die unterschiedlichen Expertisen der beteiligten Forschungsinstitute auch die Breite des Wandels ländlicher Lebensverhältnisse hinreichend einzufangen. Alle Untersuchungsfolgen wurden vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in Auftrag gegeben und finanziert.

1952: Lebensverhältnisse in kleinbäuerlichen Dörfern

Anfang der 1950er Jahre lag eine Langzeituntersuchung, die mittlerweile die Zeitspanne von mehr als 60 Jahren umfasst, außerhalb der Perspektiven und der Möglichkeiten der damaligen Zeit. Vielmehr erwartete das erst kürzlich gegründete Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten Unterstützung von Seiten der Wissenschaft bei zwei damals hochbrisanten gesellschaftlichen Problemen. Zum einen sah sich das Ministerium mit der Herausforderung konfrontiert, die Ernährung einer durch Flüchtlinge und Vertriebene stark angewachsenen Bevölkerung aus der inländischen Agrarproduktion zu sichern. Hierfür war die Produktion von Kleinbauern, die zu der Zeit 80 Prozent der gesamten Landwirte stellten, unerlässlich. Gerade der Produktionsbeitrag der kleinbäuerlichen Landwirtschaft schien aber durch das Wiedereinsetzen der aus der Vorkriegszeit bekannten Abwanderung von Arbeitskräften aus der Landwirtschaft und Menschen vom „Lande“ – wie





es damals hieß – besonders gefährdet. Auf der anderen Seite baute sich ein soziales, mit dem Begriff der „Überbevölkerung“ in großen Teilen der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gekennzeichnetes Problem auf. Insgesamt befürchtete der Auftraggeber, auch mit dem Blick auf das konkurrierende politische System im Osten Deutschlands, aus dieser Entwicklung eine Gefährdung des sozialen Friedens auf dem Land.

Die 1950 begonnenen Diskussionen zwischen Vertretern des Ministeriums und Wissenschaftlern zu dem geplanten Forschungsvorhaben, an denen sich auch der erste Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Prof. Dr. Wilhelm Niklas, beteiligte, kamen zu dem weitsichtigen Ergebnis, dass nur durch die Einbeziehung der außerhalb der Landwirtschaft erwerbstätigen Menschen die Forschungsfragen sinnvoll bearbeitet werden konnten. Die damalige Begründung: Die kleinbäuerlichen Familien messen ihre eigene Situation an den Lebensverhältnissen der nichtlandwirtschaftlichen Familien, mit denen sie oft Tür an Tür wohnen. Durch diese Erweiterung wurde aus einer Untersuchung über Kleinbauern eine Untersuchung über Lebensverhältnisse in damals so bezeichneten kleinbäuerlichen Dörfern.

Im Zuge der ersten Untersuchung wurde die Forschungsgesellschaft für Agrarsoziologie und Agrarpolitik in Bonn gegründet, die auch die beiden nächsten Untersuchungsfolgen koordinierte und die 2004 im Thünen-Institut für Ländliche Räume aufgegangen ist.

Die Auswahl der Untersuchungsdörfer hatte den sehr verschiedenen Bedingungen der ländlichen Räume in Westdeutschland Rechnung zu tragen. Kriterien waren Strukturunterschiede der Dörfer (Dörfer mit einer überwiegenden kleinbäuerlichen Landwirtschaft, mit einem überwiegend höheren Anteil größerer landwirtschaftlicher Betriebe oder sogenannte Arbeiter-Bauern-Dörfer, in denen der Anteil nichtlandwirtschaftlicher Bevölkerung überwog), unterschiedliche landwirtschaftliche Vererbungssitten, unterschiedliche Verkehrslagen bzw. Entfernungen zu größeren Städten, aber auch eine positive bzw. problematische Entwicklung der Untersuchungsdörfer.

Die beteiligten wissenschaftlichen Institute untersuchten nach einem abgestimmten Plan jeweils ein Dorf. Eine der zentralen Vorgaben des Erhebungsplans war die Analyse der Bevölkerungsänderungen seit Beginn des 19. Jahrhunderts. Zur Durchführung der Erhebungen lebten die Bearbeiter längere Zeit in den Untersuchungsdörfern.

Ungeachtet aller Entwicklungsunterschiede zwischen den einzelnen Untersuchungsdörfern waren sich die Wissenschaftler im zusammenfassenden Ergebnis einig, dass die Agrarpolitik oder gar eine Agrarpreispolitik nicht in der Lage sein würde, die Probleme kleinbäuerlicher Landwirtschaft zu lösen. Dies könne allenfalls eine umfassende, die Ansiedlung bzw. die Entwicklung außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze einschließende ländliche Entwicklungspolitik leisten.

1972: Ländliche Lebensverhältnisse in ehemals kleinbäuerlichen Dörfern

Die zweite Untersuchungsfolge fand unter völlig veränderten Bedingungen statt: Starke Veränderungen der städtischen Lebensverhältnisse, ein tiefgreifender Agrarstrukturwandel, der in den späten 1960er Jahren zu heftigen innenpolitischen Debatten über die künftige Gestaltung der Agrarstruktur und Agrar- bzw. Regionalpolitik führte (Mansholt-, Schiller-, Höcherl-Plan), ein massiver Strukturwandel in der dörflichen Infrastruktur auch infolge anhaltender politischer Bemühungen zur „sozialen Aufrüstung“ von Dörfern, vielerorts eingeleitete kommunale Gemeindegebietsreformen und nicht zuletzt anhaltende Sorgen um Abwanderungen „vom Lande“ sind die wichtigsten Stichworte. Dadurch gewann die Frage der Veränderung der ländlichen Lebensverhältnisse erneut stark an Bedeutung. Das exzellente Material über die Untersuchungsdörfer aus der Untersuchung von 1952 legte die Frage nahe, was aus den Dörfern in den letzten 20 Jahren geworden sei. Verbunden wurde diese Frage mit vertiefenden wissenschaftlichen Arbeiten zu Fragen der Zeit. Beispielsweise wurden die Bestimmungsgründe für den Wandel der landwirtschaftlichen Betriebsstrukturen, zur Entwicklung der Infrastruktur in den Dörfern oder zur beruflichen Mobilität untersucht. Dieser Mix aus ortsbezogenen Analysen des Wandels

der ländlichen Lebensverhältnisse und übergreifenden aktuellen Forschungsfragen wurde zum Muster für die folgenden Untersuchungen.

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigten je nach Teilbereichen sehr unterschiedliche Entwicklungen der ländlichen Lebensverhältnisse, aber auch zwischen den Untersuchungsdörfern sehr ungleichzeitige Entwicklungsverläufe. So war der betriebliche Strukturwandel in der Landwirtschaft in einigen Untersuchungsdörfern sehr ausgeprägt, in anderen war dies nicht der Fall. Noch deutlicher unterschied sich die Einwohnerentwicklung zwischen den Untersuchungsdörfern: auf der einen Seite „urbanisierte“ oder ländliche Wachstumsgemeinden, auf der anderen Seite ländliche Abwanderungsgemeinden bzw. -ortsteile mit Bevölkerungsverlusten.

1993: Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel

Die Untersuchung 1993 fand erneut in einem gegenüber den Voruntersuchungen völlig veränderten Umfeld statt. Die Wiedervereinigung Deutschlands erlaubte es, den Untersuchungsansatz durch die Einbeziehung von vier ostdeutschen Untersuchungsdörfern auf das ehemalige Gebiet der DDR auszuweiten. Die Verwendung der Auswahlkriterien von 1952 schied aufgrund der völlig anderen Entwicklung in der DDR aus. Vielmehr wurden unterschiedlich strukturierte Dörfer ausgewählt, abhängig von der Bevölkerungsgröße und der Entfernung von vermuteten Wachstumsräumen bzw. Wachstumsachsen. Eines der Dörfer sollte, so eine Vorabfestlegung, im Kernsiedlungsgebiet der Sorben liegen.

Die Fragestellungen der Untersuchung waren, insbesondere bezogen auf die neuen Untersuchungsdörfer, durch die Transformation der ostdeutschen Verhältnisse und deren Folgen, darunter sich abzeichnende Einwohnerverluste in vielen ländlichen Räumen, geprägt. Für die ländlichen Lebensverhältnisse in Westdeutschland wurden ähnliche Entwicklungen postuliert: Aufgrund der zunehmenden Attraktivität urbaner Zentren und der an Dynamik verlierenden Suburbanisierung galt die Stabilität der Einwohnerzahlen als vielfach gefährdet. Methodisch bemühte sich die Untersuchung noch stärker als ihre Vorgängeruntersuchung darum, verschiedene





Forschungsverfahren zu koordinieren und richtete den Blick noch weiter über die einzelnen Dörfer hinaus auf deren Umland.

Im Ergebnis zeichnete die Untersuchung die vielfältigen Aspekte und Betroffenheiten der Transformation der DDR-Verhältnisse in den Untersuchungsdörfern aus den neuen Ländern nach. Die erneute Untersuchung der westdeutschen Dörfer ergab dagegen, dass dort von „Entleerung keine Spur“ zu finden war. Kennzeichnend waren orts- und regionalspezifische Bevölkerungsentwicklungen verbunden mit einem sich individualisierten Sozialleben in den Dörfern. Für Ost- wie Westdeutschland zeichnete sich die Entwicklung der Dörfer zu differenzierten Erwerbsstandorten ab, in Ostdeutschland bei einer damals sehr hohen Arbeitslosigkeit. Für die Untersuchung der Entwicklung in der Landwirtschaft – einst der ursprüngliche Anlass – zeigten sich die Untersuchungsdörfer nur noch als bedingt geeignet: Zum einen ging die Anzahl der Betriebe und ihre ökonomische Bedeutung für das Dorf im Zuge des anhaltenden Strukturwandels stark zurück, zum anderen sprengte die Entwicklung der weiter bestehenden

landwirtschaftlichen Betriebe vielfach den dörflichen Rahmen.

2012: Ländliche Lebensverhältnisse

Die aktuelle Untersuchung zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse sieht sich in gewisser Weise mit einer neuen Variante jener gesellschaftlichen Fragestellungen und Entwicklungen konfrontiert, die bereits den Hintergrund der Vorgängerstudien kennzeichneten: Infolge des demografischen Wandels und einer sich verstärkenden Anziehungskraft der urbanen Zentren werden Abwanderung aus ländlichen Räumen und Bevölkerungsrückgänge als anhaltende, generelle Entwicklung diskutiert. Nicht nur in diesem Zusammenhang wird gefragt, wie eine Sicherung der Daseinsvorsorge auch in dünner besiedelten ländlichen Räumen garantiert werden kann. Gleichzeitig aber herrscht in Deutschland seit Jahren eine wirtschaftliche Hochkonjunktur. Vor diesem Hintergrund bleiben Antworten auf die Fragen nach Veränderungen der ländlichen Lebensverhältnisse und die Frage „Wie haben sich die Dörfer entwickelt?“ hochaktuell.

Konzept und Methodik der Studie

Die Studie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ berücksichtigt in Aufbau und Methodik unterschiedliche Anforderungen: Aufbau und Untersuchungskonzept knüpfen zum einen an vorhergehende Untersuchungen an, um die Vergleichbarkeit zu den Voruntersuchungen zu gewährleisten. Zum anderen sind die wissenschaftlichen Fragestellungen an aktuelle Erfordernisse anzupassen und das Forschungskonzept entsprechend weiterzuentwickeln. Das Grundanliegen der Studie, die Menschen vor Ort mit ihren Einschätzungen und Vorstellungen als Experten ihrer Lebensverhältnisse mit in die Studie einzubinden, verbindet die beiden Anforderungen.

Auswahl der beteiligten Teilprojekte

Die Identifikation interessanter aktueller wissenschaftlicher Teilprojekte und die Gewinnung von Kooperationspartnern für die Studie erfolgte über eine thematisch nicht weiter spezifizierte Ausschreibung und ein zweistufiges Auswahlverfahren der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) in Bonn. Auf diese Weise wurden sechs Institute mit ihren Teilprojekten im Wettbewerb ausgewählt. Zwei weitere Fragestellungen, die für die Analyse der ländlichen Lebensverhältnisse für notwendig erachtet wurden, wurden direkt am Thünen-Institut für Ländliche Räume bearbeitet.

Aufstellung der teilnehmenden Forschungseinrichtungen und ihrer Teilprojekte:

| | |
|---|---|
| Institut für Green Technology und Ländliche Entwicklung, Fachhochschule Südwestfalen, Soest | Dörfer als Wohnstandorte |
| Institut für Sozialwissenschaften des Agrarbereichs, Fachgebiet Ländliche Soziologie, Universität Hohenheim | Alltagsbewältigungsstrategien |
| Fachbereich Bildungs- und Sozialwissenschaften, Fachgruppe Geographie, Bergische Universität Wuppertal | Kindheit im Wandel |
| Fakultät Soziale Arbeit, Hochschule Mittweida | Soziale Unterstützungsstrukturen im Wandel |
| Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomie, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn | Anforderungen an die Landwirtschaft |
| Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH, Berlin | Neue Medien und dörflicher Wandel |
| Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig | Handlungsmöglichkeiten von Orten – Rahmenbedingungen politischen Handelns und ortsspezifische Deutungen lokaler Mandatsträger Ländliche Arbeitsmärkte: Chancen für Frauen – Frauen als Chance |

In die Bearbeitung der Teilprojekte wurden jeweils ost- wie westdeutsche Untersuchungsorte einbezogen.

Lage der Untersuchungsdörfer



Anpassungen der Untersuchungsorte

Aufgrund realer Veränderungen der Untersuchungsorte, wie das Zusammenwachsen der ursprünglichen Dörfer im Zuge der inzwischen zum Teil über 40 Jahre zurückliegenden Gemeindegebietsreformen und freiwilliger Gemeindegemeinschaften, aber auch zur Absicherung der Ergebnisse wurden die Untersuchungsorte fallweise erweitert (vgl. auch die Darstellungen der Untersuchungsorte). Die Möglichkeiten zum Rückbezug von Ergebnissen auf die ursprünglichen kleineren Untersuchungsorte sind dabei erhalten geblieben.



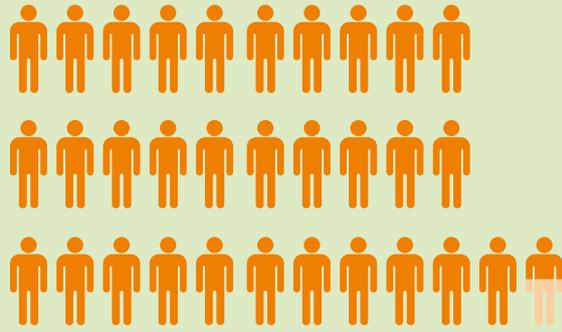
Fallweise Erweiterung der Untersuchungsorte:

| Früherer Untersuchungsort | Aktuelle Untersuchungsorte |
|-------------------------------------|--|
| Gemeinde / Ortsteil Diepoltskirchen | Gemeinde Falkenberg |
| Dorf / Gemeinde Gerhardshofen | Gemeinde Gerhardshofen |
| Gemeinde Glasow | Gemeinden Glasow und Krackow |
| Gemeinde / Ortsteil Mildenberg | Ortsteile Badingen, Burgwall, Marienthal, Mildenberg, Ribbeck und Zabelsdorf (Stadt Zehdenick) |
| Gemeinde Kahlwinkel | Gemeinde Finnland |
| Gemeinde Ralbitz | Gemeinde Ralbitz-Rosenthal |

Methodische Vorgehensweise

Bei der Durchführung der Studie wurde eine große Anzahl verschiedener methodischer Erhebungsinstrumente kombiniert. Ähnlich wie bei den Vorgängerstudien erfolgte die Datenerhebung zum einen innerhalb eines gemeinsamen Rahmenkonzepts aus Einwohnerbefragung, Dorfprofilen, Jugenddiskussionen und Validierungsrunden und zum anderen

mit eigenen methodischen Vorgehensweisen in den jeweiligen Teilprojekten. Die Verbindung zwischen dem Rahmenkonzept und dem Vorgehen in den Teilprojekten erfolgte zum Beispiel über die Einbeziehung von Fragen der Teilprojekte in die gemeinsame Einwohnerbefragung. Zusätzlich stellte der kontinuierliche Austausch über Forschungserfahrungen und Zwischenergebnisse die Verbindung zwischen den Teilprojekten sicher.



Für die Studie wurden **3.177** Einwohner befragt und **400 qualitative Gespräche** geführt.

Einwohnerbefragung

In dem traditionellen Herzstück der Studie wurden 3.177 zufällig ausgewählte volljährige Einwohner aus den Untersuchungsörfern sowohl zu den Anliegen der Teilprojekte als auch zu allgemeinen Fragen zum Leben in ihren Dörfern befragt. Diese Gespräche fanden in der Regel bei den Befragten zu Hause statt und wurden von dafür speziell geschulten Interviewern unter Verwendung von Tablet-PCs durchgeführt. Die Fragen und Antworten waren weitgehend standardisiert.

Qualitative Erhebungen

Zu den unterschiedlichen Fragestellungen, insbesondere der Teilprojekte, aber auch zur Entwicklung der Dörfer, wurden knapp 400 qualitative Gespräche geführt.

Dorfprofile

Jede beteiligte Forschungseinrichtung erstellte je ein Ortsprofil für zwei Untersuchungsorte, in denen der Ist-Zustand der Dörfer, zum Beispiel im Hinblick auf die bauliche Entwicklung oder die Infrastruktur, festgehalten wurde.

Jugenddiskussionen

Um Jugendliche und ihre Sichtweisen auf die Entwicklung vor Ort mit in die Untersuchung einbinden zu können, wurden Jugendliche in den Untersuchungsorten zu moderierten Gruppendiskussionen eingeladen.

Validierungsrunden

In den Validierungsrunden wurden in jedem der Orte die jeweiligen Ergebnisse der Untersuchung präsentiert und diskutiert. Diese Diskussionen fanden wiederum Eingang in die Ergebnisinterpretation.

Weitere Erhebungsschritte

In einzelnen Teilprojekten kamen zudem weitere Erhebungsinstrumente zum Einsatz, angefangen von einer schriftlichen Vereinsbefragung in allen Untersuchungsorten bis zu dem Einsatz von GPS-Geräten bei speziellen Fragestellungen und in einzelnen Untersuchungsorten.



Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Studie „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ dokumentiert sehr heterogene ländliche Entwicklungen, die sich abstrakten Vereinfachungen und Schematisierungen entziehen. Sehr klar gezeigt hat sich aber, dass die Entwicklungen keineswegs linear verliefen und, dass daher viele der aus dem damaligen Status quo abgeleiteten – hauptsächlich negativen – Prognosen der Vergangenheit keineswegs eingetreten sind.

Eines der auffälligsten Ergebnisse dieser Entwicklungsanalyse ist, dass die Problem- oder „Rückstandsdörfer“ aus der ersten Untersuchung von 1952 diese Situationen längst überwunden haben. Schilderungen der damaligen Verhältnisse aus Berichten der ersten Untersuchungsfolge 1952 kommen heutigen Einwohnern vor, als seien dies Erzählungen aus einer sehr fernen Zeit und von einer anderen unterentwickelten Region der Erde. Die unterschiedliche Entwicklung der Untersuchungsdörfer seit 1952 kann nicht allein auf einzelne Faktoren zurückgeführt werden, etwa die verkehrliche Lage oder regionale, wirtschaftliche und demografische Entwicklungen. Die örtlichen

Entwicklungen sind vor allem Ergebnis der Entwicklungsanstrengungen vor Ort. Dabei verstanden es die örtlichen Entscheidungsträger vielfach, die verschiedenen staatlichen Unterstützungsprogramme in ihrem Sinn zu nutzen.

Keine „Entleerung“ der Dörfer

Die Einwohnerentwicklung ist ein wichtiger Indikator für die unterschiedlichen Entwicklungen der Untersuchungsdörfer. Der Bevölkerungsentwicklung kam daher seit Beginn der Untersuchungsfolge zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse große Aufmerksamkeit zu, sei es wegen Befürchtungen einer „Entleerung ländlicher Räume“ oder einer „Überbevölkerung“. Die Einwohnerentwicklungen in den west- wie ostdeutschen Dörfern entsprechen solchen vereinfachenden Problemzuschreibungen nicht.

Die Entwicklung der Bevölkerung in den westdeutschen Untersuchungsorten nahm vielfach keinen geradlinigen Verlauf, sondern wurde oft von einem

Wechsel von Bevölkerungswachstum und -rückgang geprägt. Exponiertes Beispiel für einen solchen Prozessverlauf ist die Entwicklung im Untersuchungs-ort Gerhardshofen, wo ein seit mehr als 100 Jahren anhaltender Bevölkerungsrückgang in den 1980er und 1990er Jahren von einer Phase mit starkem Bevölkerungswachstum abgelöst wurde. Dieses Bevölkerungswachstum hat ab 2008 wieder leicht rückläufigen Einwohnerzahlen Platz gemacht. In den letzten 20 Jahren verzeichneten die zehn westdeutschen Untersuchungsdörfer sowohl Bevölkerungszunahmen, hatten stabile Einwohnerzahlen oder auch Einwohnerverluste.

Die Einwohnerentwicklung der ostdeutschen Untersuchungsorte stand in den letzten 20 Jahren demgegenüber ganz im Zeichen der mit der Wiedervereinigung einsetzenden Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Das mit der Transformation verbundene Wegbrechen regionaler industrieller Zentren, der verbreitete Arbeitsplatzabbau im produzierenden Gewerbe und in der örtlichen Landwirtschaft führte in Untersuchungsorten, zum Teil als Verstärkung bereits weit in die DDR zurückreichender Prozesse des Einwohnerrückgangs, zu deutlichen Einwohnerverlusten. Verbesserte Möglichkeiten der individuellen (Arbeits-)Mobilität, eine langsam greifende Entwicklung regionaler Arbeitsmärkte und Suburbanisierungsprozesse leiteten in den letzten Jahren eine Gegenentwicklung ein, auch wenn dadurch noch nicht eine durchgängige Stabilisierung oder gar ein Wiederanstieg der Einwohnerzahlen in den Untersuchungsorten erreicht werden konnte. Dies gilt in abgeschwächter Form auch für den durch einen drastischen Einwohnerrückgang besonders betroffenen Ort Glasow. Die großen Einwohnerverluste lösten auch hier nicht die oft befürchtete Spirale nach unten aus. Der Zuzug vor allem von polnischen Bürgern mit Neubau oder Kauf von Häusern ist in Glasow wie in anderen Orten des Amtes Anzeichen für einen Wechsel der Entwicklungsrichtung.

Bei der Analyse des Wandels ländlicher Lebensverhältnisse in Dörfern kommt dem Zu- und Wegzug von Menschen besondere Beachtung zu. Leitend ist die Annahme, dass Menschen dahin wandern, wo sie nach ihren Vorstellungen bessere Lebensverhältnisse vorfinden als in ihren bisherigen Wohnorten. Alle Untersuchungsorte, unabhängig davon, welche Bevölkerungsentwicklung sie letztlich verzeichnen, weisen sowohl Zu- als auch Wegzüge von Einwohnern auf. Lediglich der Umfang der beiden Prozesse entscheidet über das Vorzeichen der Netto-Wanderung

und der Bevölkerungsentwicklung. Die zum Teil sehr ausgeprägten Wohnsitzwanderungen verdeutlichen auch, dass die generelle Unterstellung einer bodenständigen Dorfbewölkerung nicht zutrifft. Der Zuzug in Untersuchungsorte ist abhängig von Arbeitsmöglichkeiten in der Region, von der Erreichbarkeit der Zentren, den natürlichen und infrastrukturellen Wohnortqualitäten, den ökonomischen Bedingungen und der Wettbewerbssituation gegenüber anderen Orten. Die Steuerung der Wohnentwicklung durch Kommunen mit dem Ziel, die Bevölkerungsentwicklung durch selektive Ausweisung von Baugebieten auf bestimmte Ortsteile zu konzentrieren, hat Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in den Ortsteilen ohne Baugebiete. Von solchen Entscheidungen sind einzelne Untersuchungsorte mal positiv, mal negativ betroffen.

Eine oft vermutete generelle Abwanderungsbereitschaft eines Großteils der erwachsenen Wohnbevölkerung und mehr noch von Jugendlichen ist in den Untersuchungsorten nicht nachweisbar. Zwar haben 25 Prozent der erwachsenen Einwohner schon einmal über Wegzug nachgedacht, und bei ca. der Hälfte dieser Befragten spielten diese Überlegungen zum Zeitpunkt der Befragung noch eine Rolle. Solche Überlegungen wurden aber überraschenderweise weitaus stärker als in allen anderen Untersuchungsorten von Menschen aus den wachsenden, durch dynamische Wanderungsprozesse geprägten, großen stadtnahen westdeutschen Untersuchungsorten Elliehausen und Kusterdingen angestellt. Hauptursache für solche Überlegungen sind Arbeitsplatzinteressen und die eigene berufliche Entwicklung.

Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungen als Basis der ländlichen Wirtschaft

Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe und in Dienstleistungsbereichen sind das wirtschaftliche Rückgrat der ländlichen Räume. Örtlich differenziert sich diese Gemeinsamkeit der ländlichen Entwicklung wiederum deutlich. Die ländlichen Untersuchungsgemeinden sind in überraschend großem, aber örtlich unterschiedlichem Umfang selbst Standorte von Unternehmen und Arbeitsplätzen. Die Bandbreite der Unternehmen reicht von international tätigen Großunternehmen über Handwerksbetriebe bis zu neuen Formen des vernetzten, digitalisierten Handels in Kleinstunternehmen. Die Vorstellung, „örtliche

Arbeitsplätze für die örtliche Bevölkerung“ passt nicht zu differenzierten Arbeitsanforderungen, individuellen beruflichen Vorstellungen und zum heutigen Arbeitspendeln. In vielen Orten pendelt die Mehrzahl der örtlichen Arbeitskräfte ein, die große Mehrheit der im Ort wohnenden Arbeitskräfte jedoch aus.

Die Einwohner jedes Untersuchungsortes gehen ganz unterschiedlichen Berufen nach, nehmen in diesen unterschiedliche berufliche Stellungen ein und steuern dazu ganz verschiedene Arbeitsorte an. 80 Prozent der befragten Pendler erreichen ihre Arbeitsplätze in weniger als 30 Minuten Fahrzeit. Fahrzeiten von über einer Stunde treten nur vereinzelt auf. Eine Ausnahme bilden die Einwohner der stärker auf Berlin ausgerichteten Ortsteile Badingen, Burgwall, Marienthal, Miltenberg, Ribbeck und Zabelsdorf der Stadt Zehdenick. Dort benötigen 16 Prozent der Pendler zwischen 60 und 90 Minuten, um ihren Arbeitsplatz zu erreichen.

Landwirtschaft im anhaltenden Strukturwandel

Der Agrarstrukturwandel hat viele Dörfer nachhaltig verändert. Ehemalige landwirtschaftliche Bausubstanz ist oft ein letztes Zeichen der früheren Wirtschaftsstruktur. Die entstandenen größeren landwirtschaftlichen Betriebe, insbesondere mit Viehhaltung, sind zum großen Teil aus den Ortslagen ausgesiedelt. Ihre wirtschaftlichen Aktivitäten reichen oft weit über den Rahmen des Dorfes hinaus. Insbesondere ostdeutsche landwirtschaftliche Großbetriebe stellen in den Dörfern ein nicht unerhebliches örtliches wirtschaftliches Potenzial dar.

Das Weinbaudorf Bischoffingen widerspricht dem gängigen Bild des agrarstrukturellen Wandels. Weit hin bekannt für seinen Weinbau ist dieser für den Ort kulturell prägend. Die große Zahl von Weinbaubetrieben, die sich in ständiger Auseinandersetzung mit den dynamischen Veränderungen des Weinmarktes befinden, macht den Weinbau für den Ort auch zu einem wichtigen Wirtschaftsbereich.

Unabhängig von der Anzahl der Betriebe und der Struktur beeinflusst die Landwirtschaft durch die an den betrieblichen Erfordernissen orientierte landwirtschaftliche Flächenbewirtschaftung das landwirtschaftliche Umfeld der Orte. Damit sind potenzielle

Konfliktfelder benannt: Die Wohnbevölkerung der Orte hat ein sehr emotionales Verhältnis zum Landschaftserleben entwickelt und lehnt mehrheitlich Veränderungen der Landschaft ab.

Infrastrukturelle Unterschiede

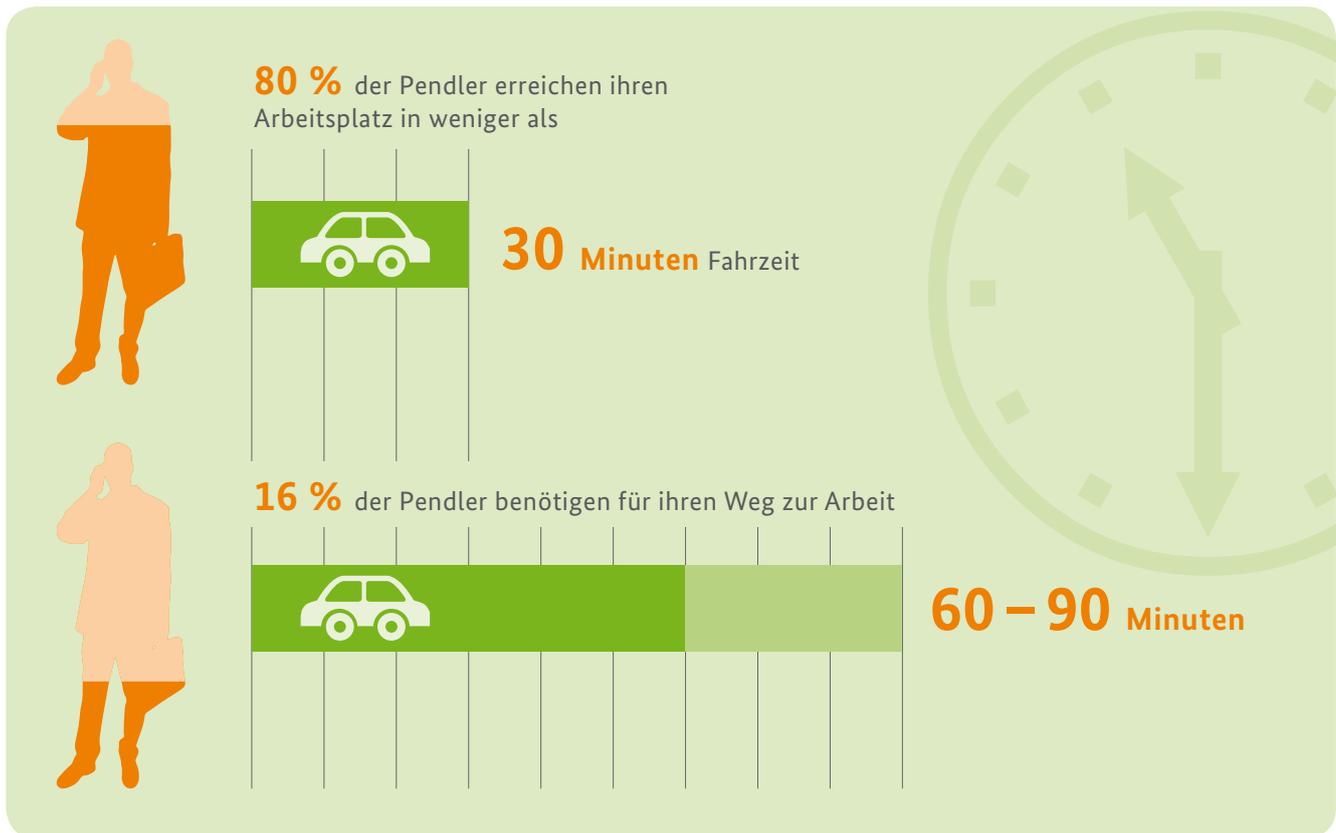
Die Unterschiede hinsichtlich der infrastrukturellen Ausstattung der Untersuchungsorte sind groß, sie relativieren sich aber mit der Einbeziehung der zum Teil direkt anschließenden Nachbarorte deutlich. Überdies ist die Ausstattungssituation in jedem Untersuchungsort je nach betrachtetem Merkmal zum Teil sehr unterschiedlich. Zum Beispiel sind in neun von 14 Untersuchungsorten allgemeinärztliche Praxen ansässig, im 600 Einwohner großen Bischoffingen hat sich seit 1958 eine private 75-Betten-Klinik entwickelt. Lebensmittelgeschäfte finden sich in einigen Untersuchungsorten, in anderen nicht. Vollversorger sind in den Untersuchungsorten eine Ausnahme. Häufig, aber nicht überall, wird das Lebensmittelangebot durch mobile Händler erweitert. An der Verbesserung der Breitbandversorgung wird unter Zuhilfenahme der entsprechenden Förderprogramme intensiv gearbeitet, teilweise ist dieser Prozess auch schon abgeschlossen.

Große Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen

Die befragten Einwohner leben in ihrer weit überwiegenden Mehrheit gerne in ihren Wohnorten. Die Zufriedenheit mit dem Leben in den Untersuchungs-dörfern schließt auch die der Kinder und Jugendlichen mit ihren aktuellen Lebensbedingungen ein.

Zu dem positiven Tenor trägt einmal auch die seit längerem anhaltende gute wirtschaftliche Konjunktur bei. Diese hat auch dazu geführt, dass Arbeitslosigkeit und Arbeitsplatzunsicherheit in deutlichem Kontrast zur Untersuchung 1993 gegenwärtig aus der örtlichen Wahrnehmung weitgehend verschwunden sind.

Zum anderen sind die im Alltagsleben entwickelten individuellen Arrangements und Routinen zum Umgang mit den unterschiedlichen Strukturen und mit Herausforderungen, wie die Vereinbarkeit von



Familie und Beruf, wichtige Voraussetzungen für die Zufriedenheit. Solche Arrangements funktionieren nicht umstandslos. Sie sind eine individuelle Leistung, die nicht ohne Anstrengungen zu erreichen ist. Eine besondere Herausforderung der Alltagsgestaltung ist die weitgehend in dem jeweiligen Privatbereich angesiedelte Pflege von Familienangehörigen. Für die Mobilität voraussetzenden Gestaltungs- und Organisationsprozesse des Alltagslebens sind die örtlichen Angebote, unabhängig davon, ob sie die Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs oder die Freizeitgestaltung betreffen, nur Angebote unter vielen.

Ein zentraler, wegen seiner Selbstverständlichkeit im Alltag heute oft wenig beachteter Grundzug des alltäglichen Handelns wie des Wandels der Lebensverhältnisse generell ist die Entwicklung der individuellen Mobilität; diese war und ist eine kaum zu überschätzende Voraussetzung für die Gestaltung des Lebens in ländlichen Räumen. Zwar waren auch die Untersuchungsdörfer zu Beginn der 1950er Jahre

keine abgeschlossenen Einheiten, aber erst die allgemeine Automobilisierung hat die Entwicklung der Lebensverhältnisse geprägt. Die Automobilität der Einwohner ist nach wie vor die zentrale Voraussetzung und Gestaltungsbedingung der Strategien zur Bewältigung des alltäglichen Lebens in den Untersuchungsorten, auch wenn sie durch den seit der letzten Untersuchung 1993 teilweise erfolgten Ausbau von ÖPNV-Anbindungen der Dörfer durch Busse und in einem Fall (Bischoffingen) auch durch Fortbestand einer Eisenbahnverbindung und deren begonnene Modernisierung ergänzt wird.

Wohnen in Dörfern führt, wie schon die Untersuchung 1952 nachdrücklich hervorhob, nicht automatisch zu gemeinschaftlichem Engagement der Menschen. Vielmehr ist solches Engagement auch zur Gestaltung des eigenen Lebensumfeldes eine Entscheidung jedes Einzelnen. Dort, wo sich Einwohner zur aktiven Gestaltung ihres örtlichen Lebensumfeldes engagieren, haben sie dieses in eindrucksvoller Weise mitgestaltet.

Teilprojektbericht: Alltagsbewältigungsstrategien

Dr. Simone Helmle, Dr. Carmen Kuczera (Universität Hohenheim)



Wie bewältigen Menschen, die in Dörfern leben, ihren Alltag? Diese Frage steht im Mittelpunkt des Forschungsprojekts „Alltagsbewältigungsstrategien“, das im Rahmen der Verbundstudie durchgeführt wurde. Alltag wird in diesem Zusammenhang verstanden als das sich Wiederholende, Wiederkehrende, Routinierte und weniger als die Highlights, die Unterbrechungen oder Besonderheiten. Damit schließt der Zugang zu den Alltagsbewältigungsstrategien auf theoretischer Ebene an das Konzept der alltäglichen Lebensführung, aber auch an die Theorien zur Lebenswelt sowie an die Lebensstil- und Milieuforschung an. Ausgehend von den örtlichen Strukturen in Bezug auf Arbeit, Schule und Kita, Einkaufsmöglichkeiten und ärztliche Versorgung sowie den vorgefundenen Alltagsbewältigungsstrategien werden in den Ergebnissen Verbindungen hergestellt zwischen den Herausforderungen des Alltags und den räumlichen Gegebenheiten.

Als Datengrundlage dienen qualitative, problemzentrierte Interviews, die mit insgesamt 66 Bewohnern in den fünf Dörfern Bischoffingen, Kusterdingen, Glasow, Mildeberg und Ralbitz durchgeführt wurden. Ausgehend vom lebensgeschichtlichen Hintergrund wurde nach der konkreten Alltagsorganisation gefragt. Die im Rahmen der Gesamtstudie in allen 14 Dörfern durchgeführte Einwohnerbefragung mit

insgesamt 3.177 Dorfbewohnern ermöglicht außerdem die Einordnung der Alltags-Interviewpartner hinsichtlich ihrer sozioökonomischen Merkmale.

In allen fünf Untersuchungsorten – so unterschiedlich sie sind – ist das Wohnen in den eigenen vier Wänden die dominierende Wohnform der Befragten. Dennoch gibt es Unterschiede, die sich beispielsweise in den Zuzugsformen zeigen. Während ein Teil der Befragten schon immer in dem jeweiligen Dorf lebt, sind auch Partnerzuzug sowie Formen, nur am Wochenende im Dorf zu leben, bedeutend. Als ebenso facettenreich erweisen sich Umfang und Art der Arbeit, Qualifikationsformen, Werdegänge, Umbruchsituationen im Laufe des Erwerbslebens und insgesamt ein breites Feld an unterschiedlichen Berufen. Neben den beruflichen Normalbiografien gibt es atypische Verläufe mit Umschulungen, Weiterbildungen oder Ausübung von ungelerten Tätigkeiten. Die wöchentlichen Arbeitszeiten der Befragten reichen von neun bis hin zu 50 Stunden. Der tatsächliche Arbeitsumfang spiegelt sich dabei nur bedingt im Teilzeit- oder Vollzeitbeschäftigungsmodell wider. Dienstpläne, Schichtarbeit, Arbeitszeitausgleich während der Woche, Nacharbeit für Überseekorrespondenz determinieren die sehr unterschiedliche Ausgestaltung der Arbeitszeiten. Daraus wird ersichtlich, dass die tatsächliche Arbeitsleistung – und nicht die

Arbeitswege, denn nach den Daten der Bevölkerungsumfrage umfassen diese bei den meisten Befragten deutlich weniger als eine Stunde am Tag – einen großen Teil des Tages einnimmt.

Austariert wird dies insbesondere mit den Anforderungen, die entstehen, wenn Kinder im Haushalt leben und/oder Angehörige mitzuversorgen sind. Allen durch Kinder entstehenden Anforderungen ist gemeinsam, dass sie individuell und von Tag zu Tag unterschiedlich gelöst werden. Dies ist insbesondere durch die individuellen Entscheidungen, welche Schule besucht wird, welche Hobbys ermöglicht werden, wie die eigenen Arbeitszeiten und -wege sind, bedingt. Die örtlichen Begebenheiten sind Teil dieser Entscheidungen, bestimmen diese Entscheidungen aber nur partiell. Die Unterstützung naher Angehöriger wird bis auf eine Ausnahme von berufstätigen Frauen und Männern ausgeübt, dabei halten sich die Frauen durch ihre Teilzeitarbeit dafür die Nachmittage frei und die Männer unterstützen ihre Ehefrauen nach Feierabend. Der Alltag der Befragten im Ruhestand ist überwiegend ausgefüllt durch zwingend erforderliche Tätigkeiten wie Kochen, Einkaufen, Körperpflege, Haushalt etc. Zudem sind etliche Rentner gesundheitlich stark eingeschränkt. Mit zunehmender Gebrechlichkeit ist ein Rückzug ins Private zu beobachten. Von den jüngeren Rentnern sind einige aktiv am gesellschaftlichen Leben in den Untersuchungsdörfern beteiligt, andere gehen individuellen Freizeitinteressen – je nach persönlichen Vorlieben – nach. Die Mehrheit der Rentner verfügt über ein Auto, d. h. sie sind in ihrer Mobilität nicht eingeschränkt. Für ihre Einkäufe fahren die Befragten an die Einkaufsstätten, die ihren individuellen Ansprüchen am ehesten gerecht werden. Auch hinsichtlich der organisierten Freizeitaktivitäten gibt es ein breites Spektrum, das von Yoga und Aqua-Zumba bis hin zur Feuerwehr reicht. Quer durch alle Befragten zeigt sich eine weite Bandbreite, die von Nichtbeteiligung über sporadische Unterstützung über regelmäßige Teilnahme bis hin zur Übernahme von Vereinsposten reicht.

Zwei Aspekte durchziehen die Ergebnisse: Das ist zum einen die vorgefundene Vielfalt, das Typische ist das vermeintlich Untypische. Obwohl die Strukturen hinsichtlich des Wohnens, der Arbeit, Schulen und Kitas, Einkaufsmöglichkeiten und medizinischer Versorgung und auch der organisierten Freizeitangebote in den einzelnen Dörfern für deren Bewohner gleiche Voraussetzungen bieten, werden sie ganz unterschiedlich genutzt. Die tatsächliche Nutzung orientiert sich

Die **Arbeitszeit** der Befragten reicht von



an den individuellen Bedürfnissen, Ansprüchen und Interessen der einzelnen Befragten, aber auch ihrer – wenn vorhanden – übrigen Haushaltsmitglieder. Der zweite Aspekt ist, dass die Tage der befragten Dorfbewohner gut ausgefüllt sind. Im Alltag der Dorfbewohner bleibt neben den unumgänglichen Tätigkeiten wie Arbeiten, Kochen, Haushalt, Haus, Kinder, Angehörige insgesamt wenig frei verfügbare Zeit für weitere Aktivitäten. Diese Erkenntnis betrifft mit wenigen Ausnahmen (ledige und kinderlose Befragte) die Mehrheit der befragten Personen.

Fünf Dörfer, 66 Befragte – und dennoch geben die Ergebnisse einen grundlegenden Einblick in Handlungszusammenhänge und -spielräume und damit letztlich einen Einblick in dörfliche Lebensverhältnisse. Die Befragten vermitteln überwiegend einen zufriedenen Eindruck und es gelingt ihnen weitgehend, sich mit den Strukturen zu arrangieren, was nicht heißt, dass diese Arrangements umstandslos funktionieren oder gar komfortabel sind. Es sind individuelle Arrangements, die mit Anstrengungen verbunden sind, die aber auch routiniert sind. Dies gilt für die Untersuchungsdörfer im Süden genauso wie für die im Osten.

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/

Teilprojektbericht: Anforderungen an die Landwirtschaft

Dr. Ralf Nolten, Maria Meinert (Universität Bonn)



Veränderliche Anforderungen an die Landwirtschaft

Gesellschaftliche Anforderungen an Landwirtschaft und Landnutzung unterliegen einem stetigen Wandel. Bei im Zeitverlauf abnehmender direkter Erfahrung von Landwirtschaft, geringerer sozialer Nähe zur landwirtschaftlichen Bevölkerung und weiter sinkender Bedeutungszuweisung durch weite Teile der Dorfbewölkerung löst sich der Charakter der Untersuchungsdörfer als ländliche Orte weiter von der Landwirtschaft, auch wenn in der Einwohnerbefragung noch fast jeder zweite Befragte angibt, dass die Landwirtschaft eine eher große Bedeutung hat. In den ostdeutschen Untersuchungsorten wird der Landwirtschaft eine größere Bedeutung zugeschrieben als in den meisten westdeutschen Dörfern. Drei Gründe scheinen relevant zu sein für die Bedeutungszuschreibung durch die Dorfbewohner: die „Zahl der Beschäftigten“, die „ortsprägende Produktionsrichtung“ (Weinanbau, Ställe, Kühe) bzw. der „Erhalt der Landschaft“.

Die Bürger nehmen Veränderungen in der Landwirtschaft hinsichtlich der Anzahl der Betriebe, Bewirtschaftungsmethoden, Produktionsschwerpunkte und daraus resultierend auch des Landschaftsbildes deutlich wahr. Die Ausgestaltung und die Pflege der Landschaft hat für die Dorfbewohner eine hohe Bedeutung. Erholungs- und Freizeitnutzung rücken wie advokatorische Interessen (Tierschutz, Naturschutz) weiter in den Vordergrund, weitgehend ohne starke Differenzierung nach Alter, Geschlecht oder Bildungshintergrund. Landschaft fördert über erholsame Spaziergänge, sportliche Aktivitäten und auch Hobbyarbeiten das physische und mentale Wohlbefinden der Bewohner, die in ihrer Mehrheit die örtliche Landschaft als einladend empfinden. Weitgehend unabhängig von der Ausstattung mit Strukturelementen werden von einer großen Mehrheit Veränderungen in der Landschaft abgelehnt. Landschaft erscheint mehrheitlich als ein subjektiver Erlebnisraum, bei dem die einzelnen Objekte, Elemente zu jeweiligen Landschaftsbildern auf der Grundlage kultureller, d. h. gesellschaftlicher Einflüsse zusammengefügt werden.

Die Befragten assoziieren wie erwartet mit Landschaft etwas Natürliches. Es ist ein eher emotionales „Landschaftserleben“, das auf der primären Landschaftssozialisation basiert. Für diese Sozialisation, die sich meist im alltäglichen Wohnumfeld ereignet, sind auch in Zukunft erlebbare Räume (Feldgehölze, Raine, Brachen) bereit- und offenzuhalten. Dies ist bei Vorgaben zum Erhaltungszustand von ökologischen Vorrangflächen auf Ackerland im Rahmen der gemeinsamen EU-Agrarpolitik (sog. Greening) wie bei der Umsetzung von Konzepten auf Flächen, die keiner erkennbaren wirtschaftlichen Nutzung unterliegen, zu beachten.

Das Belästigungsempfinden wird vom Standort der Wohnung (Entfernung zu einem landwirtschaftlichen Betrieb, Stall, Feld) wie auch von der (motorisierten) Alltagsbewegung im Raum beeinflusst. Die These, dass sich die Befragten, welche sich häufiger in Natur und Landschaft aufhalten, stärker durch Landwirtschaft belästigt fühlen, konnte nicht bestätigt werden. Über die qualitativen Interviews wurde deutlich, dass die Befragten den Begriff „Belästigungsempfinden“ unterschiedlich definieren. Der Bau von Tierhaltungs- oder Energiegewinnungsanlagen (Biogas-, Windkraftanlagen) führt in einzelnen Regionen zu steigenden Konfliktpotenzialen, in einem Untersuchungsort wurde eine Bürgerinitiative gegründet. Vor allem von außen induzierte Veränderungen im Landschaftsbild werden als Ergebnis von Machtkonstellationen in Bezug auf die Flächenverfügbarkeit und die Definition der zukünftigen Nutzung wahrgenommen und abgelehnt. Andererseits scheint der Pflanzenschutzmitteleinsatz nicht mehr ganz so kritisch gesehen zu werden wie in der Vorgängeruntersuchung.

Während die Konflikterfahrung von Landwirten mit der übrigen Bevölkerung latent zunimmt, sind im weiteren Sozialraum andere Protestformen, statt der zu vernachlässigenden Nachbarschaftskonflikte hinsichtlich landwirtschaftlicher Tierhaltung in den Untersuchungsorten, nicht zu verzeichnen. Anhand von Fallbeispielen wurde deutlich, dass auch großdimensionierte landwirtschaftliche Bauvorhaben bei Kommunikations- und Kompromissbereitschaft erfolgreich durchgeführt werden können, zumal gerade die olfaktorischen und akustischen Wahrnehmungen eher durch Übergänge als durch deutliche Grenzen geprägt sind. Leitfäden zum Bauen im Außenbereich, eine entsprechende Berücksichtigung bau(genehmigungs)rechtlicher Aspekte im Aus-, Fort- und Weiterbildungsprogramm können dazu

beitragen, gesellschaftliche Anforderungen, Wünsche, Bedürfnisse, aber auch Ängste zu erkennen und diese ggf. bei betrieblichen Standortentscheidungen zu berücksichtigen. Im konkreten Fall mündet dies in den Bebauungsplan „Bockholte-Tierhaltung“ und in der Zuweisung von Baufenstern an die entwicklungswilligen Betriebe.

In qualitativen Interviews mit Agrarexperten und Landwirten sowie in der schriftlichen Landwirtebefragung wurde deutlich, dass verschiedene Faktoren die örtlichen Entwicklungspotenziale landwirtschaftlicher Betriebe beeinträchtigen. Zu nennen sind: steigende Preise des Pacht- und Bodenmarkts bzw. die mangelnde Verfügbarkeit von Flächen, hohe Umweltschutzauflagen sowie die heranrückende Wohnbebauung. Die Einbeziehung von Maklern bei Verkauf bzw. Verpachtung von landwirtschaftlichen Flächen zeugt von einer weiter zunehmenden Differenzierung und damit einer geringer werdenden Erfahrung geteilter Lebenswelten, unter Umständen gar von Entsolidarisierung innerhalb der Sozialgruppe der Landwirte.

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/



Teilprojektbericht: Dörfer als Wohnstandorte

Dr. Luisa Vogt, Dr. Ralf Biernatzki, Michael Kriszan, Prof. Dr. Wolf Lorleberg (Fachhochschule Südwestfalen)



„Bewegte Dörfer: Zuzugs-, Fortzugs- und Bleibemotive“ lautete das Thema des Teilprojektes, das vom Institut für Green Technology & Ländliche Entwicklung (i.green) der Fachhochschule Südwestfalen bearbeitet wurde. Im Zentrum der Untersuchung stand die Frage, welche Vor- und Nachteile bzw. welche sog. Standortofferten Bürger für ihren Wohnstandort und sein Umfeld sehen oder schätzen. Standortofferten können der Arbeitsplatz, lokale/regionale und soziale Netze, die Qualitäten und das Wohnumfeld der Wohnimmobilie, Infrastruktur, Freizeitmöglichkeiten, die natürliche Umwelt oder beispielsweise auch die Lage im Raum sein. Die gewonnenen Aussagen lassen nicht nur Rückschlüsse auf Wanderungsbewegungen zu, sondern tragen auch dazu bei, Bevölkerungsentwicklung und soziales Leben in Dörfern zu verstehen, das Bild „ländlicher Gesellschaften“ zu präzisieren und ländliche Lebensentwürfe zu illustrieren.

Die Teilstudie stützt sich im Wesentlichen auf die Frageblöcke zu den Themen „Wohnen“ und „Mobilität“ des standardisierten Fragebogens, der der Bürgerbefragung des Gesamtprojektes in den 14 Untersuchungsdörfern zugrunde lag. Ergänzend wurden 2013/2014 in den Gemeinden Groß Schneen, Gerhardshofen, Glasow und Mildenberg 67 qualitative

Interviews durchgeführt, aus denen vertiefte Einsichten zur Standortbeurteilung der Bürger gewonnen wurden.

Die Ergebnisse der 14 umfassenden Fallstudien spiegeln die Wohn- und Lebensqualitäten der Dörfer im Bundesgebiet und ihres Umlandes aus der subjektiven Perspektive ihrer Einwohner wider. Bezogen auf die eigene Wohnung bzw. das eigene Haus sind über 90 Prozent der Befragten mit ihrer aktuellen Wohnsituation zufrieden. Beim Wohnumfeld spielen die Aspekte Ruhe und Überschaubarkeit für mehr als die Hälfte der Bürger eine zentrale Rolle, knapp die Hälfte schätzt außerdem Natur und Landschaft als besonders wichtig ein. Das Sozial- und Vereinsleben in den Untersuchungsorten ist für über 40 Prozent der befragten Dorfbewohner ein weiteres wichtiges Standortangebot; 60 Prozent von ihnen sind Mitglied in einem lokalen oder regionalen Verein oder einer Organisation. Für auffallend viele Befragte haben Freundschaften und Bekanntschaften am Wohnort eine hohe Bedeutung: Fast 60 Prozent von ihnen geben an, dass diese für sie persönlich eine starke Rolle spielen.

Das Geschehen in den Orten interessiert über 90 Prozent aller befragten Bürger, 45 Prozent von ihnen

bezeichnen sich als sehr interessiert. Gleichzeitig scheint für mehr als drei Viertel aller Befragten die emotionale Bindung zum Wohnort keine Rolle zu spielen: Offensichtlich haben Wanderungsbewegungen und Fluktuation in der jüngeren Vergangenheit deutlich zugenommen, denn über 60 Prozent der befragten Bürger sind nicht in ihren heutigen Wohnorten aufgewachsen. Trotzdem ist die emotionale Bindung an den Wohnort als Standortofferte nicht ganz außer Betracht zu lassen: Immerhin fast ein Viertel der Befragten führt den Aspekt Heimat/Zuhause als wichtiges positives Merkmal ihres Wohnortes an. Eine Erklärung für die starke Ortsgebundenheit dieser Gruppe dürfte die höhere Eigentumsquote sein, aber auch traditionelle Lebensstile und eine ausgeprägte regionale Identität scheinen dabei eine große Rolle zu spielen.

Die Lage im Raum interpretiert knapp ein Viertel der Befragten als wichtiges positives Standortangebot, während 20 Prozent der Bewohner die periphere Situation und schlechte Verkehrsanbindung ihrer Dörfer kritisieren und als Beeinträchtigung der Lebens- und Wohnqualität empfinden. Hinsichtlich der infrastrukturellen Ausstattung der Untersuchungsorte schätzen rund 13 Prozent der Befragten die Einkaufsmöglichkeiten vor Ort. Sieben Prozent nennen die medizinische Versorgung als wichtiges positives Merkmal und weitere sieben Prozent das Vorhandensein von Kinderbetreuungseinrichtungen. Allerdings wird die Infrastruktur von einem größeren Anteil der Bewohner auch bemängelt: Über 18 Prozent empfinden die aktuelle Nahversorgungssituation als unzureichend, wobei unter Nahversorgung sowohl die Einkaufsmöglichkeiten wie auch die medizinische Versorgung verstanden werden.

Die zukünftigen Herausforderungen für ihre Wohnorte nahmen die befragten Bürger lokal sehr unterschiedlich wahr, wenn auch knapp 30 Prozent von allen die Bewältigung des demografischen Wandels als wichtigste Zukunftsaufgabe sehen. Weitere, aber weit seltener genannte Herausforderungen betrafen Verkehrsanbindung und Nahversorgung. Ein starkes Viertel aller Befragten ließ Motive und Pläne für einen eventuellen Fortzug erkennen. Als potenziell wichtigstes Abwanderungsmotiv wurde die (schlechte) Arbeitsmarktsituation am häufigsten genannt, danach „familiäre Gründe“, Mängel der Infrastruktur, zu abgelegene/weite Wege (16,2 Prozent) und ein „mangelndes Sozialleben/soziale Verhältnisse“ als weitere Motive.



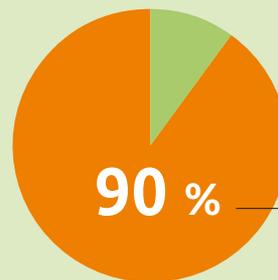
20 %

kritisieren die periphere Situation und **schlechte Verkehrsanbindung**.



18 %

empfinden die aktuelle **Nahversorgung**, auch hinsichtlich von Einkaufsmöglichkeiten und medizinischer Versorgung, als **unzureichend**.



der Befragten sind mit ihrer **Wohnsituation zufrieden** und ebenso viele gaben an, sich für das Ortsgeschehen zu interessieren.

Insgesamt zeigt die Studie eine hohe Zufriedenheit der befragten Bewohner auf. Nahezu jeder Dritte ist mit der Lebensqualität in seinem Wohnort zufrieden und antwortet auf die Frage nach potenziellen Nachteilen seines Wohnorts mit „Hier stört mich nichts.“. Die Mehrheit der Menschen, die in deutschen Dörfern leben, scheint genau dort leben zu wollen – doch diese Erkenntnis befreit nicht von der Aufgabe, über Standortofferten um neue Bürger zu werben!

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/

Teilprojektbericht: Handlungsspielräume von Orten – Rahmenbedingungen politischen Handelns und ortsspezifische Bewältigung von Herausforderungen

Claudia Hefner (Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig)



Das Forschungsvorhaben „Handlungsspielräume von Orten“ setzt eine Untersuchungsthematik fort, die bereits in den früheren Untersuchungen zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse analysiert wurde: Welche Möglichkeiten hat die Kommunalpolitik, die Lebensverhältnisse vor Ort zu verbessern? In der aktuellen Untersuchung wird ein verstärktes Gewicht auf die Analyse des Beitrags des bürgerschaftlichen Engagements von Einwohnern gelegt. Neben den zentralen kommunalpolitischen Rahmenbedingungen werden daher auch die subjektive Sicht der Mandatsträger auf Herausforderungen und Chancen sowie die freiwilligen Beteiligungsformen und -aktivitäten vor Ort und deren Beitrag zur Gestaltung der örtlichen Lebensverhältnisse in den Blick genommen. Im Mittelpunkt stehen die drei nachfolgenden Teilfragen:

→ Wie stellen sich die Rahmenbedingungen des örtlichen Handelns aus Gemeindestruktur, Gemeindeverfassung und Gemeindefinanzen in den 14 Untersuchungsorten dar?

- Wie sehen die lokalpolitischen Mandatsträger die Herausforderungen vor Ort und auf welche Art und Weise versuchen sie, diesen zu begegnen?
- Welchen Beitrag leistet bürgerschaftliches Engagement für die Gestaltung der Lebensverhältnisse in den Untersuchungsorten?

Methodisches Vorgehen

Die Analyse der Rahmenbedingungen basiert auf einer detaillierten Untersuchung der Gemeindestrukturen und -verfassungen der Länder sowie der Gemeindehaushalte des Jahres 2013 für alle 14 Orte. Daten zum kommunalpolitischen Interesse und zum bürgerschaftlichen Engagement der Einwohner wurden durch die standardisierte Einwohnerbefragung der Verbundstudie gewonnen. Eine postalische Befragung von Vereinsvertretern ergänzt die Kenntnisse zum freiwilligen Engagement. In vier Untersuchungsorten wurden darüber hinaus leitfadengestützte Experteninterviews mit insgesamt 56 lokalpolitischen

Mandatsträgern geführt. Die Auswahl dieser vier Orte wurde auf Grund ihrer Gemeindegröße, finanziellen Situation und gemeindestrukturellen Einbindung vorgenommen. Ziel war es, vier Orte mit möglichst unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu untersuchen. Daher fiel die Auswahl auf die Ortsteile Badingen, Burgwall, Marienthal, Mildeberg, Ribbeck und Zabelsdorf der Stadt Zehdenick sowie der Stadt selbst, auf den Ortsteil Freinseen und die Stadt Laubach, die Gemeinden Gerhardshofen, Glasow und Krackow.

Zentrale Ergebnisse

Die Analyse der Rahmenbedingungen aus kommunalpolitischer Struktur, Gemeindeverfassung und Gemeindefinanzen in den 14 Untersuchungsorten zeigt, dass alle 14 Orte vor völlig unterschiedlichen Rahmenbedingungen des Handelns stehen: Augenfalliges Merkmal sind die länderspezifischen Modelle der Gemeindestrukturen, welche die Untersuchungsorte prägen – von teils eigenständigen Orten bis hin zu Ortsteilen mit und ohne politisches Mitspracherecht. Gemeindeverfassungen divergieren von Land zu Land und definieren Handlungsrahmen sowie finanzielle Möglichkeiten und Lasten. Darüber hinaus ist die Situation der Gemeindefinanzen in den 14 Orten höchst verschieden. Die Bandbreite der Unterschiede reicht von Gemeinden, in denen schwarze Zahlen geschrieben werden, bis hin zu anderen, die aufgrund ihrer schlechten finanziellen Situation unter der Aufsicht des jeweiligen Bundeslandes stehen. Trotz dieser großen Unterschiede in den Rahmenbedingungen lassen sich die Handlungsspielräume der Orte nicht einfach auf diese drei Faktoren reduzieren. Von einer allgemeinen lokalen Handlungsunfähigkeit kann in keinem der Untersuchungsorte die Rede sein.

Handlungsspielräume vor Ort sind vielmehr immer auch Ausdruck des Handelns aller in diesen Prozessen involvierten Personen und Institutionen, der lokalpolitischen Mandatsträger sowie der Bevölkerung. Politische Zielsetzungen, politischer Gestaltungswille, eingeschlagene Umsetzungsstrategien durch die lokalpolitischen Mandatsträger und bürgerschaftliches Engagement definieren Handlungsspielräume, die zum Teil unter den jeweiligen Rahmenbedingungen so nicht zu erwarten waren.

Eine wichtige Rolle bei der Erweiterung kommunaler Handlungsspielräume zur Gestaltung der

Lebensverhältnisse vor Ort spielt das bürgerschaftliche Engagement von Einwohnern – oft im erfolgreichen Zusammenwirken mit kommunalpolitischen Akteuren. Besonders in Dörfern ohne Selbstverwaltungsrecht ist das freiwillige Engagement der Einwohner das einzige örtliche Gestaltungspotenzial. Dieses Engagement ist jedoch abhängig von Schlüsselpersonen, die weitere Unterstützung vor Ort mobilisieren können. Aufgrund solcher Abhängigkeiten kann solches Engagement nicht als universelles Mittel der Ausweitung örtlicher Handlungsspielräume gesehen werden.

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/



Teilprojektbericht: Kindheit im Wandel

Michael Godau, Ina Jeske, Prof. Dr. Andreas Keil, Prof. Dr. Charlotte Röhner (Universität Wuppertal)



Wie hat sich die Kindheit im dörflichen Raum gewandelt? Wie beurteilen die Kinder ihre aktuelle Lebenssituation? Wie beurteilen die Eltern die Lebenssituation ihrer Kinder? Welche Muster des Aufwachsens zeigen sich im ländlichen Raum?

Das waren Forschungsfragen, denen in der Teilstudie zum Thema „Kindheit in ländlichen Räumen“ nachgegangen wurde. Hierfür wurden Daten zu vergangenen Kindheiten in historisch-zeitlicher Perspektive und Daten zur aktuellen Kindheit aus der Perspektive der 5- bis 13-jährigen Kinder in ländlichen Räumen erhoben und ausgewertet.

Bei der Vorgehensweise wurde ein Mix unterschiedlicher qualitativer und quantitativer Methoden der empirischen Sozialforschung gewählt, um Entwicklungstendenzen von Kindheiten in ländlichen Räumen erfassen und bewerten zu können. Leitendes methodologisches Prinzip der Studie war, die Perspektiven der Kinder zu erfassen und durch geeignete Verfahren zu erheben. Daher wurden neben einer Einwohnerbefragung in 14 Dörfern Deutschlands, die die Sicht von Erwachsenen auf Kindheit abbildet,

Daten mit qualitativen Methoden der Feldforschung, wie z. B. von Kindern geführte Dorfbegehungen, Gruppendiskussionen mit Kindern, teilnehmende Beobachtungen und Interviews sowie zahlreiche informelle Gespräche in ausgewählten Dörfern West- und Ostdeutschlands, erhoben. Als zusätzliche Methode wurde eine Datenerhebung mit GPS-Empfängern durchgeführt. Dabei wurden die Kinder mit GPS-Geräten ausgestattet, die automatisch Daten zu den Räumen und Zeiten der Kinder aufzeichneten. Diese wurden dann als Bewegungsmuster auf digitalen Karten dargestellt und ausgewertet. Die Forschungsfrage nach dem Wandel der Kindheit in ländlichen Räumen wurde durch Mehrgenerationeninterviews über vier Generationen zu verschiedenen, die Kindheit moderierenden Indikatoren untersucht. Im Generationenverlauf haben sich die Kindheiten in den Untersuchungsdörfern von einer alt-dörflichen Kindheit mit Mithilfezwang im elterlichen Betrieb über die lokal-dörfliche Kindheit mit hohem Spiel- und Freiheitsgrad zu einer modernisierten bzw. regional-dörflichen Kindheit mit einer (noch) schwach ausgeprägten Tendenz zur Institutionalisierung von Kindheit entwickelt. Es konnten

Diversifikation von Kindheitsmustern im ländlichen Raum

| | modernisiert | teilmmodernisiert | regional-dörflich | lokal-dörflich | marginalisiert-dörflich |
|------------|--------------|-------------------|-------------------|----------------|-------------------------|
| Westrup | ■ | | ■ | | |
| Bockholte | | ■ | ■ | | |
| Kahlwinkel | | ■ | | ■ | |
| Ralbitz | | ■ | | ■ | |
| Glasow | | | | | ■ |

Veränderungen der Mobilität („vom Holzschuh zum SUV“) und der Nutzung der Spielorte nachgewiesen werden. Nach wie vor kann man jedoch in den Orten von einer „Draußen-Kindheit“ sprechen, die sich auf normierten, familiarisierten Spielflächen, wie dem umzäunten Garten am Wohnhaus, aber auch auf freien Spielflächen, die durch Aneignung der Kinder Umnutzungen erfahren, abspielt.

Die Kinder im ländlichen Raum beurteilen ihre aktuelle Lebenssituation durchweg positiv. Als Gründe werden unter anderem der Zugang zur Natur und die Möglichkeit für den Umgang mit Haus- und Nutztieren genannt. Die neuen Medien werden von ihnen genutzt und geschätzt, ersetzen jedoch nicht das Draußenspielen.

Aus der Perspektive der Eltern wird bestätigt, dass es genügend frei zugängliche und gefahrlos bespielbare naturnahe Räume für die Kinder gibt. Das Muster der behüteten Kindheit gilt aber auch im dörflichen Raum, denn die Eltern bevorzugen das Spielen ihrer Kinder im eigenen Garten, wenn die Gefährdung durch den Autoverkehr aus ihrer Sicht problematisch ist.

Insofern deuten die Befunde auf „gute“ Kindheiten in ländlichen Räumen hin. Gleichwohl markieren mangelnde soziale und kulturelle Bildungs- und Teilhabemöglichkeiten in peripheren, demografisch stark schrumpfenden Dörfern problematische Ausschlussprozesse von Kindern und Jugendlichen, wobei nicht nur in peripheren Dörfern von den Eltern das Fehlen von kinderulturellen Freizeitangeboten beklagt wird.

Die für jedes Untersuchungsdorf ermittelten spezifischen Kinderdorfprofile dokumentieren, dass in den Untersuchungsorten in ländlichen Räumen kein einheitliches Kindheitsmuster vorliegt, sondern eine Diversifikation zu bilanzieren ist. Dies ist mit den zahlreichen Kontextfaktoren (kulturell, sozial, geografisch, politisch-historisch etc.) zu begründen, die für die Kindheit relevant und in den Dörfern sehr unterschiedlich ausgeprägt sind. Insofern variieren die mit der vorliegenden Untersuchung erhobenen Kindheitsmuster zwischen den Ausprägungen einer modernisiert individualisierten, teilmmodernisierten und einer marginalisiert-dörflichen Kindheit, die jeweils eher lokal- oder regional-dörflich ausgerichtet sein können. Diese Diversifikation von Kindheitsmustern in ländlichen Räumen kann als Ausdruck einer postmodernen Entwicklung bezeichnet werden, die hochgradig individualisiert und durch eine Vielzahl von Erscheinungs- und Gestaltungsformen der Kindheit geprägt ist.

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/

Teilprojektbericht: Ländliche Arbeitsmärkte: Chancen für Frauen – Frauen als Chance

Gesine Tuitjer (*Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig*)



Der Wandel ländlicher Lebensverhältnisse ist ohne die Veränderung ländlicher Arbeitswelten und Arbeitsmärkte kaum vorstellbar. Dieses Teilprojekt nimmt die ländlichen Arbeitsmärkte der 14 Untersuchungsorte in den Blick. Dabei konzentriert sich die Untersuchung auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern kleiner oder schulpflichtiger Kinder. Diese thematische Fokussierung erfolgt aus zwei Gründen: Die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Familie hat sich in den letzten Jahrzehnten stark gewandelt. Höhere Bildungsabschlüsse, steigende Erwerbsbeteiligung und eine immer stärkere Integration der Männer in Fürsorgearbeit verändern langsam das Rollenmodell in Deutschland – bei gleichbleibend hoher Familienorientierung. Gerade in Bezug auf Frauen in ländlichen Räumen wird eine solch hohe Familienorientierung konstatiert. Damit einhergeht teilweise auch die Vorstellung, dass der ländliche Raum die besten Voraussetzungen für einen familienorientierten Lebensstil bietet. Die Vereinbarkeit dieser beiden Grundorientierungen der Frauen wird so zu

einer zentralen Herausforderung in den ländlichen Räumen. Unter der Perspektive des demografischen Wandels und eines drohenden Fachkräftemangels wird der Erwerbsbeteiligung und der Integration von Frauen und insbesondere von Müttern in den Arbeitsmarkt große Bedeutung zugesprochen. Dies gilt auch und gerade mit Blick auf die Situation in ländlichen Räumen. Hier soll die stärkere Integration von Frauen – auch angesichts oft fehlender oder nicht ausreichender Zuwanderung – den sich abzeichnenden Fachkräftemangel abmildern helfen.

Konkret geht das Teilprojekt folgenden Fragen nach: Wie stellt sich die Erwerbsbeteiligung von Frauen in den 14 Untersuchungsorten dar, wie verorten Frauen sich selbst zwischen Familie und Beruf, wie schätzen sie ihre Arbeitsmarktchancen ein und welche Schwierigkeiten haben sie, Familie und Beruf unter den örtlichen Verhältnissen zu vereinbaren? Weiter geht das Teilprojekt auch der Frage nach, wie örtliche Arbeitgeber die Berufstätigkeit von Frauen einschätzen: Sehen sie beispielsweise Mütter als Ressource gegen den

Fachkräftemangel? Und in welcher Weise gestalten sie ein Arbeitsumfeld, das die Vereinbarkeit erleichtert?

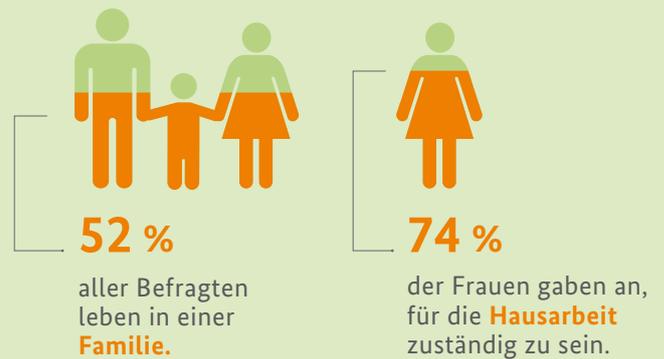
Methodisches Vorgehen

Im Rahmen einer Einwohnerbefragung wurden Informationen zur Situation von Frauen im Erwerbs- und Familienleben in den 14 Untersuchungsorten erhoben. Zur Vertiefung wurden hieraus vier Orte (Falkenberg in Niederbayern, Ralbitz-Rosenthal in der Oberlausitz, Spessart in der Eifel sowie Bockholte im Emsland) ausgewählt. In diesen Orten bzw. ihrem Umfeld wurden zwischen Oktober 2013 und März 2014 29 leitfadengestützte Interviews mit Experten (Arbeitgeber, Kreiswirtschaftsförderung, Arbeitsämter, Kindergärten, Frauenbeauftragte etc.) und 32 Interviews mit Frauen in unterschiedlichen Lebenssituationen geführt. Mit Hilfe der geführten Gespräche wurde unter anderem auch das Rollenverständnis der Frauen sowie der Arbeitgeber ermittelt.

Zentrale Ergebnisse

Die befragten Frauen in den 14 Untersuchungsorten leben größtenteils in Familienarrangements (52 Prozent), sie sind überwiegend für Familie und Haushalt zuständig (74 Prozent der Frauen sagen, sie sind für die Hausarbeit zuständig) und viele von ihnen haben ihre Erwerbstätigkeit eingeschränkt (61 Prozent der befragten Frauen arbeiten mit reduziertem Stundenumfang oder sind Hausfrau). In den westdeutschen Orten lehnen dementsprechend 38 Prozent der Befragten die Krippenbetreuung von Kleinkindern ab, in den vier ostdeutschen Orten sind es durchschnittlich immerhin 20 Prozent, die die Krippe ablehnen. Allerdings sind die Schwankungen zwischen den Orten – in West- wie in Ostdeutschland – sehr groß.

Die näheren Untersuchungen in den vier Vertiefungsorten zeigen, dass das Modell der „Dazuverdiener-Ehe“, teilweise auch mit zeitlich sehr geringer Erwerbsbeteiligung der Mütter, eine antizipierte und gewünschte Situation der Frauen bzw. der Familien darstellt. Dabei vermischt sich in der familienorientierten Biografie der Frauen der Einfluss individueller Präferenzen mit der Anpassung an die lokal gegebenen Möglichkeitsstrukturen. Diese werden beispielsweise vom lokalen Arbeitsplatzangebot geprägt – die befragten Arbeitgeber schätzen eine (verstärkte) Erwerbsbeteiligung von Müttern kleiner Kinder allerdings sehr unterschiedlich ein. Insbesondere größere Unternehmen sehen Möglichkeiten, von



sich aus Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu entwickeln. Ein etwaiger Fachkräftemangel spielt in diesen Überlegungen allerdings kaum eine Rolle, lediglich die befragten Vertreter der Pflege- und Gesundheitsbranche richten sich stärker auf die Bedürfnisse von Müttern aus. Zwischen den vier Vertiefungsorten lassen sich Unterschiede in den Wertvorstellungen bezüglich Arbeit und Familie feststellen, nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland. So wird das Einkommen der Ehefrauen in zwei der Orte eher als „Zubrot“ gesehen – nicht nur von Arbeitgebern, sondern teilweise auch von den Müttern, die weit mehr als ein „Taschengeld“ erwirtschaften, sich in ihrer Selbstdarstellung aber an das lokale Rollenbild anpassen. In den beiden anderen Orten hingegen wurde das Einkommen der Ehefrau stärker als wichtiger Bestandteil des Familieneinkommens thematisiert.

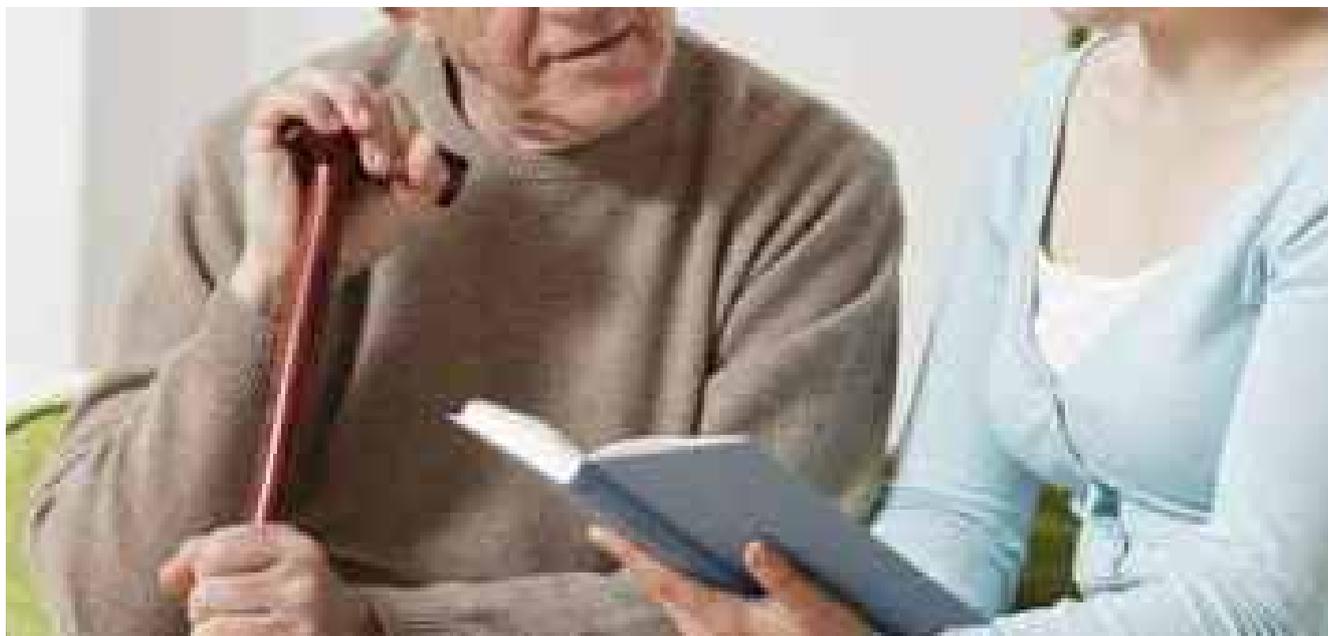
Insgesamt zeigt der Umgang der Frauen mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, dass unter vergleichbaren Rahmenbedingungen innerhalb eines Ortes oft sehr unterschiedliche Lösungen gefunden werden – abhängig von persönlichen Ressourcen sowie dem individuellen Arrangement und Rollenverständnis in der Partnerschaft.

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/

Teilprojektbericht: Soziale Unterstützungsstrukturen im Wandel

Prof. Dr. Stephan Beetz, Alexander Voigt, Anna-Clara Gasch und Sarah Rodriguez-Abello (Hochschule Mittweida)



Unterstützung kann man sich (z. B. über Dienstleistungen) kaufen, man bekommt sie (z. B. staatlicherseits) gewährt oder man muss sie sich (z. B. über Freunde, Familie, Nachbarschaft) selbst organisieren. Traditionell spielen selbst organisierte Unterstützungen in ländlichen Räumen eine große Rolle. Diese beruhen nicht – wie es gern plakatiert wird – auf einer emotional gesättigten, idyllischen ‚Dorfgemeinschaft‘, sondern auf dem Funktionieren sozialer Netzwerke. Sowohl die Lebensbereiche, in denen Unterstützung notwendig ist, als auch die Unterstützungsformen haben sich aber in den letzten Jahrzehnten deutlich verändert. In der Diskussion um die Zukunft der Daseinsvorsorge erfahren selbst organisierte Unterstützungssysteme neuerdings eine erhebliche Beachtung – oft ohne über deren tatsächliches Funktionieren gut informiert zu sein. Die Langzeitstudie bot die einmalige Chance, die Wirkungen der Ausdifferenzierung von ländlichen Lebenslagen und -konzepten auf Unterstützungssysteme zu erforschen.

Die Fakultät Soziale Arbeit an der Hochschule Mittweida untersuchte einerseits den sozialstrukturellen, ökonomischen, infrastrukturellen, politischen und demografischen Wandel in den zwei Untersuchungsgemeinden Finnland und Ralbitz-Rosenthal,

andererseits den Wandel von Unterstützungsnetzwerken am Beispiel von Pflegenden älterer Menschen. Das Forschungsprojekt beinhaltete mehrere Zugänge: Eine Feldstudie zu den Untersuchungsgemeinden umfasste mehrtägige Aufenthalte mit Beobachtungen und Experteninterviews sowie Dokumentenanalysen und sekundärstatistische Auswertungen. Die Bewohnerbefragung erfasste in den Untersuchungsgemeinden ca. 450 Befragte. Außerdem wurden vier Gruppendiskussionen mit Jugendlichen durchgeführt. Einen wichtigen Arbeitsblock bildete die Untersuchung von Unterstützungsnetzwerken für Pflegende, die sowohl auf Experteninterviews als auch Tiefeninterviews mit Pflegenden basierte. Die Konzentration der Untersuchung der Unterstützungsnetzwerke auf ausgewählte Dörfer ermöglichte einerseits eine dichte Analyse regionaler und lokaler Bedingungen, andererseits schuf sie gute Vergleichsmöglichkeiten. Abschließend wurden in den Untersuchungsgemeinden Finnland und Ralbitz-Rosenthal Validierungsrunden durchgeführt.

In den beiden Untersuchungsgemeinden Finnland und Ralbitz-Rosenthal zeigen sowohl die statistischen Daten als auch die Wahrnehmungen der Bewohner und Experten eine ökonomische, infrastrukturelle

und politische „Randständigkeit“ (u. a. niedrige Einkommen, Konzentrationsprozesse in den kommunalen Verwaltungen). Trotzdem existieren zahlreiche Initiativen, die Lebensqualität in den Dörfern zu verbessern und den veränderten Lebensführungen anzupassen.

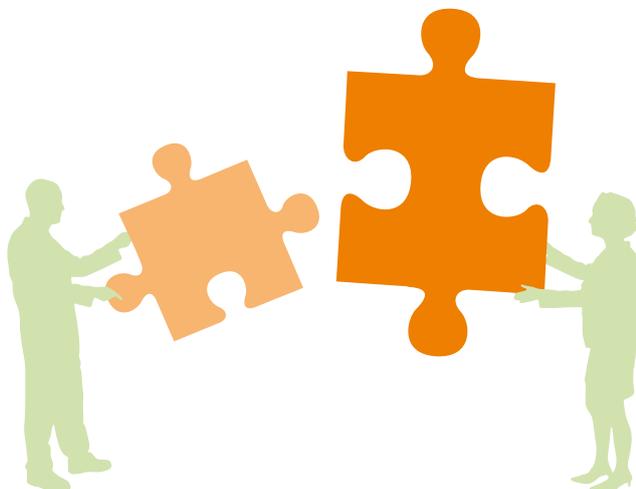
Eine herausragende Stellung im ländlichen Alltag nimmt das Thema Pflege ein. Die Selbstverständlichkeit der familiären Pflege steht allerdings in deutlichem Kontrast zu den damit verbundenen Belastungssituationen und den Erfordernissen neuer Pflegearrangements. Die pflegenden Angehörigen sind oft selbst unterstützungsbedürftig, die Erwerbsbeteiligung und der Anteil von Auspendlern sind hoch und die persönliche Bereitschaft zur Übernahme der Pflege ist nicht voraussetzungslos. Die Unterstützungsnetzwerke der Pflegenden bilden vor allem andere Familienangehörige und die ambulanten Pflegedienste. Im sogenannten „Pflege-Mix“ zeigen sich allerdings erhebliche regionale Unterschiede. Diese sind nicht zuletzt auf kulturelle Vorstellungen darüber, wie gepflegt wird, zurückzuführen. Auch die Angebote und die Nutzung von betreuten Wohnangeboten, Wohngemeinschaften und Tagesbetreuung variieren in den untersuchten Gemeinden. Inwieweit die Nachbarschaft und die lokale Zivilgesellschaft in Unterstützungsnetzwerke einbezogen sind, reicht in den untersuchten Gemeinden von der Meinung, Pflege sei Privatangelegenheit bis zu gut miteinander verzahnten formellen und informellen Netzwerkstrukturen. So waren stets zwei Fragen zu beachten:

Gibt es in der Gemeinde öffentliche Netzwerke?
Ist Pflege ein öffentliches Thema?

Auch wenn das Dorf keinen umfassenden Lebenszusammenhang seiner Bewohner darstellt, so zeigen die Ergebnisse der Bewohnerbefragung, dass das Engagement für das Dorf und die gegenseitige Unterstützung in den meisten Untersuchungsorten sehr hoch geschätzt werden. Verabschieden muss man sich allerdings von der Vorstellung naturwüchsiger Unterstützungsnetzwerke. Eine „caring community“ (Klie) oder ein „dritter Sozialraum“ (Dörner) wird in ländlichen Räumen ebenso unerlässlich sein, wie es dazu eines konkreten organisatorischen und finanziellen Kraftaktes bedarf. Einerseits spielten in den untersuchten Orten engagierte Menschen eine große Rolle, andererseits ließ sich das Funktionieren von Unterstützungssystemen nicht von den allgemeinen Entwicklungsperspektiven vor Ort trennen. Auch wenn Pflege und Betreuung keine plakativen Themen darstellen, sind sie dennoch so zentral für die Lebensqualität vor Ort, dass ein offensiver Umgang mit ihnen Menschen für die Entwicklung ihres Gemeinwesens mobilisieren kann.

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/



Teilprojektbericht: Neue Medien und dörflicher Wandel

Michaela Evers-Wölk, Britta Oertel, Sie Liong Thio, Carolin Kahlisch, Matthias Sonk (IZT Berlin)



Neue Medien verändern das Leben in den Städten und auch in den Dörfern. Landwirte beispielsweise nutzen das Internet zur Warenbestellung oder zur Beschaffung von Informationen über landwirtschaftliche Themen. Mähdrescher werden satellitengesteuert navigiert, mit der Auswertung von Bodendaten, Regenmengen und Fotos (über Satellit oder Antenne) wird die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen zunehmend automatisiert kontrolliert und optimiert. Aber auch die Gewohnheiten der ländlichen Bevölkerung in der Freizeit und beim Einkaufen verändern sich: Die Anschaffung neuer Möbel, technischer Geräte oder höherwertiger Kleidung wird oft auf preisvergleichenden Online-Portalen vorrecherchiert und über das Internet bestellt. Online-Shopping hat in peripheren ländlichen Räumen sogar eine wichtigere Bedeutung als in Städten. Ein Beispiel: Während junge Eltern in der Stadt schnell in einer Drogerie eine Packung Windeln einkaufen können, finden Kleinkindeltern in peripheren Räumen oft im Umkreis von 30 Kilometern keine Drogerie. Da erweist sich beim Erwerb von alltäglichen Produkten das Internet als großer Segen.

Die steigende Bedeutung neuer Medien hat sich auch in der Langzeitstudie „Ländliche Lebensverhältnisse

im Wandel“ niedergeschlagen. Im Untersuchungszyklus ab 2012 wurde die Langzeitstudie erweitert, verbunden mit dem Ziel, den Umsetzungsstand und die Auswirkungen neuer Medien im Zusammenhang mit der dörflichen Entwicklung zu bewerten. Neben der Infrastrukturausstattung mit Telekommunikation als wichtigem Standortfaktor wurden das Informations- und Kommunikationshandeln sowie die neuartigen Möglichkeiten für die Erwerbstätigkeit, aber auch mediale Nutzungsmuster junger Menschen in den Blick gerückt (Stichwort: soziale Netze). Das Teilprojekt „Neue Medien“ arbeitete mit einem Methodenmix: erstens mit quantitativen Instrumenten (Einwohnerbefragung in den Untersuchungsdörfern), zweitens mit qualitativen Instrumenten der empirischen Sozialforschung wie Experten- und Validierungsgespräche sowie Fokusgruppen und -interviews.

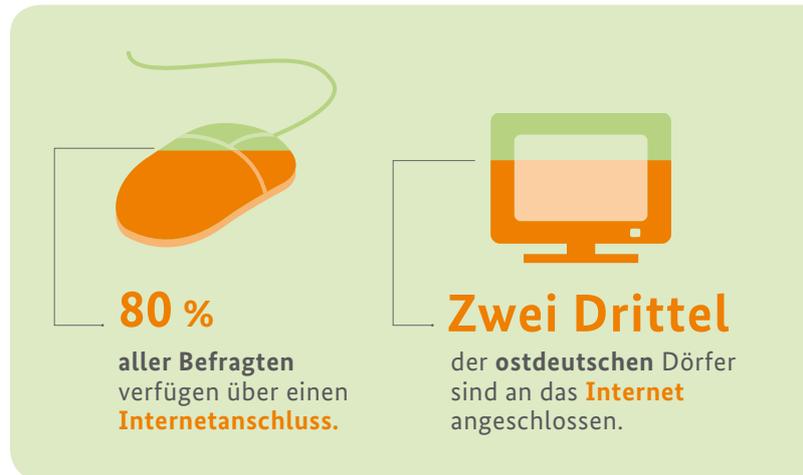
In einem ersten Schritt wurde für die Untersuchungsdörfer die aktuelle Situation der Ausstattung mit Festnetz- und Mobilfunktechnologien mittels thematischer Karten dargestellt. Im Ergebnis zeigt sich, dass der Ausbaustand der Netzstrukturen und die Qualität der Verbindungen durchaus typisch für heutige Ausgangslagen und Herausforderungen der Breitbandversorgung ländlicher Räume sind. Es sind

vor allem kleine Gemeinden in ländlichen Räumen mit verstreuter Siedlungstypologie, die nicht oder nicht ausreichend versorgt sind. Die verbliebenen „weißen Flecken“ im Festnetz sind nur mit vergleichsweise hohen Kosten zu erschließen und in der Regel für den Netzanbieter nicht wirtschaftlich. Drahtlose Technologien können eine Basisversorgung ermöglichen. Hier können Besonderheiten wie die Nähe zu einer Staatsgrenze oder kleinräumige Verschattungen die Versorgung mit Telekommunikation behindern. Für unterversorgte Gebiete sind vor allem Initiativen auf Gemeinde- oder Kreisebene wichtig, um bestehende Versorgungslücken zu schließen. Dabei rücken kooperative Lösungsansätze in den Blick – beispielsweise mit regionalen Versorgern bzw. benachbarten Gemeinden.

Die Einwohnerbefragung in den Untersuchungsdörfern der Langzeitstudie zeigt, dass 80 Prozent der Befragten zu Hause über einen Internetanschluss verfügen. In den ostdeutschen Dörfern sind ca. zwei Drittel der Befragten an das Internet angeschlossen. Die Einwohner in den Untersuchungsdörfern verbinden mit der Nutzung neuer Medien die Chance, ländliche Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiv zu gestalten und Nachteile des Lebens auf dem Land aufzuheben. Die Ausgangslage im Bereich der gesellschaftlichen Wertung „neuer Medien“ für die weitere Gestaltung ländlicher Lebensverhältnisse ist insofern gut.

Trotz der Möglichkeiten zur Erweiterung des sozialen Netzes durch neue Medien bestimmen direkte persönliche Kontakte das dörfliche Leben. Dies trifft sowohl auf die Pflege sozialer und verwandtschaftlicher Kontakte als auch auf das Gesellschafts- und Vereinsleben in den untersuchten Dörfern zu. Neue Medien sind für die Vereine wichtig, da sie die Kontaktpflege unterstützen sowie organisatorische Aufgaben vereinfachen und vergünstigen (z. B. über Newsletter und Mailinglisten). Die Vereine sehen Chancen, über neue Medien den direkten Kontakt mit der Vereinszielgruppe aufzunehmen, das Image zu lenken (modern, innovativ), Informationen zu veröffentlichen und nicht zuletzt den Bekanntheitsgrad zu erhöhen.

Neue Medien ermöglichen es den Unternehmen, immer größere Teile ihrer Arbeit an Dritte außerhalb des Unternehmens zu vergeben – hiervon können auch Freiberufler mit Sitz in ländlichen Räumen profitieren. In den Untersuchungsdörfern werden die



Potenziale – im Vergleich mit europäischen Zahlen – bislang nicht umfassend ausgeschöpft. Die Einwohnerbefragung in den Untersuchungsdörfern ergibt, dass sieben Prozent der Einwohner das Internet zuhause für Telearbeit / Home Office (teil)beruflich nutzen.

Neue Medien bilden insgesamt einen relevanten Eckpfeiler für die wirtschaftliche Entwicklung sowie für die Versorgung ländlicher Räume. Auch der für die ältere Bevölkerung wichtige Pflegesektor kann durch den Einsatz neuer Medien sinnvoll unterstützt werden. So kann die Wohnbevölkerung mit Informationen zu „Mehrfunktionshäusern“ versorgt werden. In diesen Häusern wechseln sich beispielsweise Ärzte, Lebensmittelhändler, Friseure und andere Gewerbetreibende mit ihren Versorgungs- und Dienstleistungsangeboten ab, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr fest in Dörfern ansässig sind. Gleiches gilt für die Verbesserung der Nahversorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs im Rahmen von mobilen Versorgungskonzepten. Auch hier verweisen die Forschungsergebnisse auf teils neuartige, durch neue Medien entwickelte bzw. unterstützte Möglichkeiten für die Erhaltung ländlicher Räume als attraktiver Lebensraum für Menschen.

Link der Veröffentlichung:

www.ti.bund.de/de/lr/projekte/laendliche-lebensverhaeltnisse-im-wandel/



Bockholte



Elliehausen



Westrup



Groß Schneen



Spessart



Freienseen



Bischoffingen





Glasow und Krackow



Badingen, Burgwall, Marienthal, Mildeberg,
Ribbeck, Zabelsdorf



Finneland



Ralbitz-Rosenthal



Gerhardshofen



Kusterdingen



Falkenberg



Badingen, Burgwall, Marienthal, Mildenberg, Ribbeck und Zabelsdorf



Die Dörfer Badingen (574 Einwohner, alle Einwohnerangaben Stand: 31.12.2013), Burgwall (255 Einwohner), Marienthal (426 Einwohner), Mildenberg (710 Einwohner), Ribbeck (140 Einwohner) und Zabelsdorf (255 Einwohner) liegen 60 Kilometer nördlich von Berlin an der Oberen Havel. Tonstiche, also ehemalige Tontagebaulöcher, die von einbrechendem Grundwasser in kleinere Seen verwandelt wurden, verleihen der Landschaft einen besonderen Charakter. Seit 2003 (Ribbeck 2001) sind die Dörfer Ortsteile der Stadt Zehdenick (13.345 Einwohner) im Landkreis Oberhavel (Land Brandenburg). Die Entfernungen der Ortsteile zur Kernstadt Zehdenick betragen zwischen 5 und 13 Kilometer.

Zehdenick bildet gemeinsam mit der Stadt Gransee (5.700 Einwohner) und unter Einbeziehung der Stadt Fürstenberg (6.000 Einwohner) ein gemeinsames Mittelzentrum mit entsprechender Infrastrukturausstattung im Norden des Landkreises. Die Entfernung nach Gransee beträgt 15 Kilometer oder 17 Autofahrminuten, die Entfernung nach Fürstenberg 32 Kilometer oder 30 Autofahrminuten. Die südlich in unmittelbarer Nachbarschaft zu Berlin liegende Kreisstadt Oranienburg (42.000 Einwohner) ist etwa 30 Kilometer entfernt und in etwas mehr als

30 Minuten Autofahrzeit zu erreichen. Ähnlich lange Fahrzeiten muss man sowohl für eine Fahrt zum „Berliner Ring“ (Autobahn A 10) kalkulieren als auch zur nächsten Anschlussstelle an die Autobahn A 11, Berlin-Stettin. Für eine Fahrt mit dem Auto in die Innenstadt von Berlin ist eine Stunde zu veranschlagen.

Zehdenick ist mit zwei Bahnhöfen an die kürzlich modernisierte Regionalbahnstrecke von Berlin zur 20 Kilometer entfernten Stadt Templin (16.000 Einwohner) angeschlossen. Über die eingleisige Bahnstrecke ist Berlin (Bahnhof Berlin-Lichtenberg) vom frühen Morgen bis zum späten Abend im Stundentakt in einer Fahrzeit von 80 Minuten zu erreichen. Vom Bahnhof Gransee aus ist der Hauptbahnhof in Berlin in 45 Minuten zu erreichen.

Die Untersuchung zum Wandel der Lebensverhältnisse 1993 wählte Mildenberg als ein großes Dorf in mittlerer Entfernung zu einem Zentrum aus. Um die Verhältnisse kleinerer Dörfer besser in den Blick nehmen zu können, wurde der Zuschnitt des Untersuchungsraums in der neuen Untersuchung um fünf Nachbardörfer erweitert. Mit dieser Erweiterung deckt der Untersuchungsraum auch weite Teile des ehemaligen Zehdenicker Ziegeleigebiets ab.

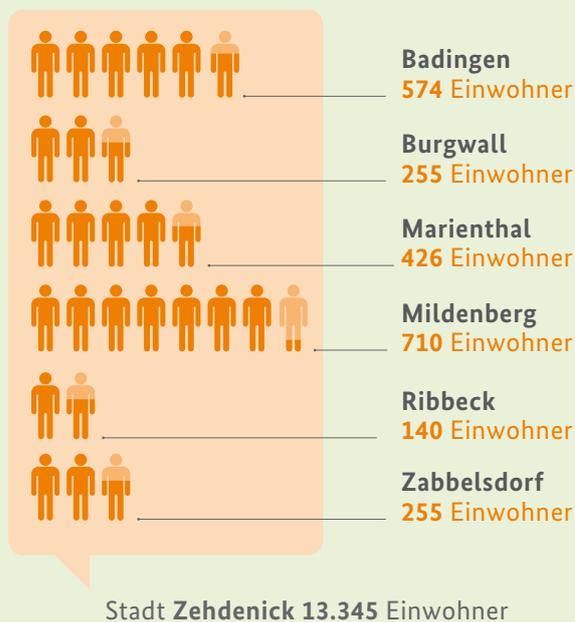
Aufstieg und Niedergang der Ziegelindustrie

Nach dem zufälligen Fund von leicht erschließbaren Tonlagern beiderseits der Havel im Jahr 1887 setzte eine Industrialisierung dieser landwirtschaftlich-ländlichen Region ein. 1911, dem Höhepunkt dieser Entwicklung, war das Ziegeleigebiet mit 63 Ringöfen auf 34 Ziegeleien eines der größten in Deutschland. 600 bis 700 Millionen Ziegel wurden zum großen Teil in Saisonarbeit produziert. Bis zu 6.000 Arbeiter arbeiteten in den Ziegeleien und weitere im Transport der Ziegel per Schiff zum Abnehmer. Hauptabsatzmarkt war das stark expandierende Berlin. Die besondere industrielle Konjunktur ging in den Dörfern mit einem massiven Bevölkerungswachstum sowie einer Veränderung und Ausdehnung der Dörfer einher. Diese waren von Dorf zu Dorf unterschiedlich, in Abhängigkeit von Nähe und Einbindung in das Ziegeleigebiet. Den höchsten Anstieg verzeichnete Mildenberg, von 512 Einwohnern im Jahr 1858 auf 1.673 Einwohner im Jahr 1925 (+227 Prozent), gefolgt von Burgwall mit einem Einwohnerzuwachs von 147 Prozent.

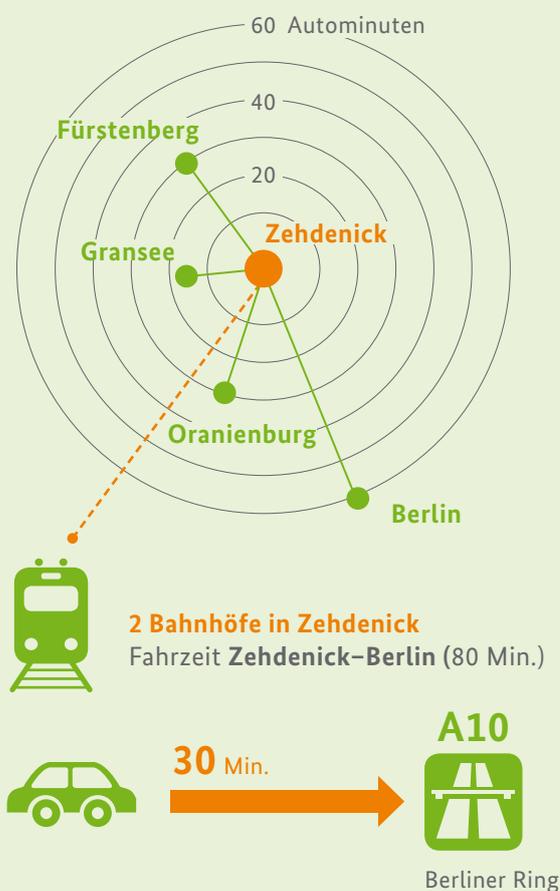
Der Niedergang der 1951 in den VEB Ziegelwerken Zehdenick zusammengeführten Ziegelindustrie zeichnete sich durch die zunehmende Erschöpfung der Tonvorkommen und Veränderungen der Nachfrage (Orientierung auf Plattenbau-Technologie) seit den 1970er Jahren ab. Parallel setzte ein drastischer Rückgang der Dorfbevölkerung ein. Dies verdeutlicht erneut das Beispiel von Mildenberg: 1974 hatte Mildenberg nach einer längeren Phase der Bevölkerungsstabilität noch 1.415 Einwohner, 1979 nur noch 1.137. Nach der Wende wurden die letzten der noch produzierenden Ziegeleien stillgelegt.



Einwohner



Mobilität





Mit den Tonstichen beiderseits der Havel und in Verbindung mit dem Fluss ist eine touristisch interessante, stark wassergeprägte Bergbaufolgelandschaft entstanden. Kernstück ist der Ziegeleipark in Miltenberg. Als ein Industriemuseum auf dem Gelände ehemaliger Ziegeleien präsentiert der Park sowohl verschiedene Stufen der Ziegelherstellung an historischen Objekten wie Ringbrennöfen oder Feldbahnen als auch die Geschichte des Zehdenicker Ziegeleige-

biets. Ein kleiner Yachthafen in einem ehemaligen Ziegeleihafen ist Anlaufpunkt des zunehmenden Boots- und Wassertourismus auf der Havel. Der in den Sommermonaten stark frequentierte Fernradweg Berlin-Kopenhagen führt durch das Ziegeleigebiet. Eine Anbindung der Dörfer mittels Radwege an den Fernradweg oder untereinander fehlt. Zum Teil führt der Fernradweg selbst zwischen den auf der direkten Route liegenden Dörfern oft über Landstraßen.



Vom Bevölkerungsrückgang zur Stabilisierung der Verhältnisse

Der Niedergang der Ziegelproduktion und deren Einstellung nach der Wende war nur eine der vielen Herausforderungen in der Zeit des politischen Umbruchs. Weitere Folge der Wende war der Untergang größerer Industrieunternehmen in Zehdenick sowie der drastische Abbau von Beschäftigung in der Landwirtschaft und der Abbau militärischer Einrichtungen (Badingen). Die Dörfer standen in den 1990er Jahren vor gravierenden Problemen. Die Bevölkerung ging in allen untersuchten Dörfern zurück, obwohl diese aufgrund ihrer Lage und der Landschaft auch Zuzüge zu verzeichnen hatten. Die Einwohnerverluste waren jedoch in Verlauf und Umfang zwischen den Dörfern unterschiedlich (1990 bis 2013 20 bis 32 Prozent). Kleinere Dörfer waren vom Bevölkerungsrückgang trotz eines geringeren Infrastrukturangebots vor Ort keineswegs stärker betroffen als größere. In einigen Dörfern haben sich in den letzten Jahren die Einwohnerzahlen stabilisiert oder in einem Fall jüngst durch Zuzug merklich zugenommen (Badingen: Vermietung ehemals militärisch genutzter Wohnanlagen). An dieser Entwicklung haben die vielfältigen, von freiwilligem Engagement der Bürger getragenen Aktivitäten zur Entwicklung ihrer Dörfer entscheidenden Anteil. Die Entwicklungen in den Dörfern haben mit dazu beigetragen, dass auch die Wanderungsbilanz der Gemeinde Zehdenick ausgeglichen ist.

Die wirtschaftliche Stabilisierung der Verhältnisse verdeutlichen rund 3.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Stadt Zehdenick, rund 1.000 Beschäftigte pendeln zur Arbeit in die Stadt Zehdenick



ein. Als ein eminent wichtiger Stabilisierungsfaktor hat sich das Auspendeln zur Arbeit von rund 3.000 Einwohnern Zehdenicks entwickelt. Wichtigstes Pendelziel ist infolge verbesserter Mobilitätsmöglichkeiten Berlin bzw. der nördliche Teil des sogenannten Berliner Speckgürtels.





Bischoffingen



Das Weinbau-Dorf Bischoffingen (600 Einwohner, Stand: 31.12.2013) liegt in einer nach Nordwesten geöffneten Talmulde im Kaiserstuhl (220 bis 230 Meter über NN). Die Entfernung zum Rhein und damit zur Grenze nach Frankreich beträgt drei Kilometer. Seit 1975 ist Bischoffingen ein Stadtteil der Stadt Vogtsburg im Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald. Vogtsburg, die größte Weinbaugemeinde Baden-Württembergs, ist eine „Dörferstadt“ mit sieben Ortsteilen und 5.811 Einwohnern. Die Stadtverwaltung von Vogtsburg ist im zwei Kilometer entfernten Nachbardorf Oberrotweil (1.562 Einwohner) ansässig.

Die kreisfreie Großstadt Freiburg (220.000 Einwohner) ist von Bischoffingen 24 Kilometer oder knapp 30 Autominuten entfernt. Hier hat auch der Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald seinen Verwaltungssitz. Breisach am Rhein (14.500 Einwohner) ist mit dem Auto nach 11 Kilometern bzw. 12 Minuten zu erreichen. In das französische Colmar (67.000 Einwohner) gelangt man von Bischoffingen aus in 40 Minuten und nach Basel in der Schweiz (174.500 Einwohner) in 50 Minuten. Die nächste Autobahnanschlussstelle zur A 5 (Frankfurt/Main – Basel) ist 18 Fahrminuten entfernt. Seit 1895 ist Bischoffingen über den 1,5 Kilometer von der Dorfmitte entfernten Bahnhof Burkheim-Bischoffingen an die Kaiserstuhlbahn von

Riegel nach Breisach angeschlossen. Arbeiten zur Elektrifizierung der Kaiserstuhlbahn und ihre Umgestaltung in eine regionale S-Bahn sind angelaufen.

Vom traditionellen Weinbaudorf ...

Für die Untersuchung zum Wandel der ländlichen Lebensverhältnisse wurde Bischoffingen im Jahr 1952 aufgrund der erfolgreichen Entwicklung der 1924 gegründeten Winzergenossenschaft und der frühen Übernahme von landwirtschaftlichen Innovationen ausgewählt. Das Dorf hatte im Jahr 1939 564 Einwohner und überschritt damit die Einwohnerzahl von 540 im Jahr 1852 nur geringfügig. Zwischenzeitlich wohnten aufgrund von Ab- und Auswanderung deutlich weniger Menschen in Bischoffingen. Bis 1939 waren relativ konstant ca. 90 Prozent der Bevölkerung dem Wirtschaftsbereich Landwirtschaft zuzurechnen. Fast alle dörflichen Handwerker, Händler oder Gastwirte betrieben nebenbei Landwirtschaft.

1952 war die Landwirtschaft aus Gründen der Absicherung gegen Missernten sehr breit aufgestellt. Neben dem Anbau von Reben, der 22 Prozent der Fläche

in Anspruch nahm, und dem seit den 1930er Jahren forcierten Obstbau wurde Ackerland bewirtschaftet und in erheblichem Umfang Vieh gehalten. Insgesamt gab es im Jahr 1952 103 landwirtschaftliche Betriebe in Bischoffingen. Ungefähr ein Drittel dieser Betriebe hatte eine Größe von 0,5 bis 2 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche. Lediglich acht Betriebe gehörten in die größte Betriebsgrößenklasse des Dorfes von 5,0 bis 7,5 Hektar. Nur wenige, vor allem kleinere Betriebe wurden im Nebenerwerb bewirtschaftet. Bergige Rebflächen waren zumeist nur über Fußpfade oder in Ausnahmefällen durch wenige tief eingeschnittene Hohlwege erreichbar.

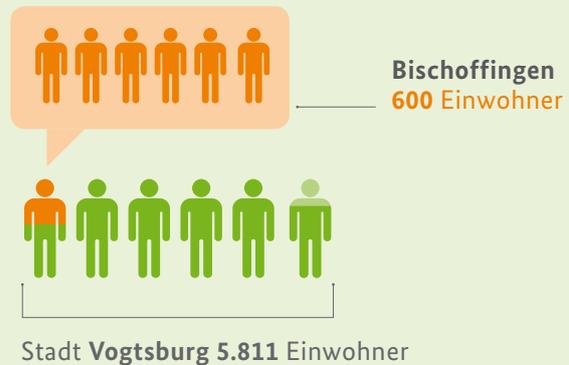
Der sprunghafte Anstieg der Bevölkerung Bischoffingens auf 676 Einwohner im Jahr 1950 war Folge der Aufnahme von 100 Flüchtlingen und Vertriebenen. Trotz Arbeitskräftebedarf in der örtlichen Landwirtschaft pendelten diese aufgrund ihrer anderen Berufserfahrungen zumeist zur Arbeit aus. Durch bauliche Erweiterung blieben die Einwohnerzahlen bis in die 1970er Jahre auf dem Nachkriegsniveau.

... zum Dorf mit Weinbau ...

Eine einsetzende Spezialisierung auf Wein – und in geringerem Umfang auf Obstbau – veränderte die Produktions- und Anbaustrukturen deutlich. Abgesehen von der Hobbyhaltung einiger Pferde und Hühner ist Viehhaltung aus Bischoffingen verschwunden. Nur noch einige ehemalige Wirtschaftsgebäude weisen noch auf die ehemals stärker differenzierte Landwirtschaft hin. Unterstützt wurde diese Spezialisierung durch erhebliche Flurbereinigungsanstrengungen. Die im Zuge von Großflurbereinigungen in



Einwohner



Mobilität





den Jahren 1967/1968 und 1972/1973 geschaffenen und zum Berg geneigten Großterrassen veränderten das Landschaftsbild massiv. Inzwischen ist auch der lange Zeit lukrative Obstbau rückläufig.

Als Folge gänzlich veränderter Dynamiken der Weinnachfrage sind inzwischen neben der Winzergenossenschaft des Ortes sieben private Weingüter entstanden. Sie alle bedienen unterschiedliche Nachfrage-segmente nach Wein. Darunter befindet sich auch ein 2007 auf älteren Wurzeln neu gegründetes Bio-Weingut, das 2012 einen architekturpreisgekrönten Neubau bezogen hat. Ein anderes privates Weingut betreibt die einzige „Straußenwirtschaft“ im Ort.

Flächen- und Mitgliederverluste haben die vorher auf den Ort Bischoffingen bezogene Winzergenossenschaft Bischoffingen 2009 veranlasst, sich mit der Winzergenossenschaft Edingen zusammenzuschließen. Trotz eines verschärften Strukturwandels und trotz ihrer unterschiedlichen Ausrichtung arbeiten die Weinakteure des Dorfes Bischoffingen in dem Bemühen zusammen, den traditionell für Qualitätswein bürgenden Ortsnamen zu stärken.

Der mit dem Wein gut harmonisierende Tourismus hat durch die Wiedereröffnung eines Landgasthauses im Ortskern und eines Hotelrestaurants in den Weinbergen neuen Auftrieb erhalten.



... inmitten einer wirtschaftsstarken Region

Größter Einzelarbeitgeber in Bischoffingen ist indes das ortsansässige Krankenhaus mit 120 Arbeitsplätzen. Die heutige internistische Klinik geht zurück auf die Eröffnung einer Praxis durch einen Allgemeinarzt im Jahr 1952 und dem Aufbau aus kleinsten Anfängen. Die aktuell mit erheblichen Mitteln modernisierte Klinik mit 75 Betten gehört inzwischen zu einem internationalen Klinikbetreiber. Weitere Gewerbebetriebe bieten außerlandwirtschaftliche Einkommensmöglichkeiten im Ort selbst. Unter diesen Gewerbebetrieben ist auch ein Autohaus einer deutschen Nobelmarke, was für einen solch kleinen Ort eher ungewöhnlich ist. Die verschiedenen Arbeitsplatzangebote vor Ort werden jedoch nicht in erster Linie von Ortsbewohnern wahrgenommen. Vogtsburg hat insgesamt 1.984 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort. 1.099 davon pendeln zur Arbeit nach Vogtsburg ein. Als Ergebnis des Wettbewerbs um Arbeitskräfte in einer Region mit einem wachsenden und vielfältig differenzierten Arbeitsangebot pendeln 1.608 Vogtsburger zur Arbeit aus.

Die Ortsmitte von Bischoffingen wurde ab 2010 im Rahmen des Landessanierungsprogramms aufgenommen, um sie für die Innenentwicklung attraktiv zu machen. Das Infrastrukturangebot in Bischoffingen umfasst neben einer Arztpraxis, einem Kindergarten, mobilen Lebensmittelangeboten und einem kleinen, von freiwilligem Engagement getragenen Dorfladen auch neuerdings ein kleines Eiscafé. Umfassend ergänzt wird dieses örtliche Versorgungsangebot durch das im zwei Kilometer entfernten Oberrotweil



(Kinderkrippe, Kindergarten, Grundschule, Allgemeinärzte, Apotheke, Supermarkt u. a.).

Die Bevölkerungsentwicklung Bischoffingens und auch Vogtsburgs hebt sich deutlich von der des Umlandes ab. Die Einwohnerzahl von Bischoffingen ist in längerer Perspektive in etwa konstant geblieben (1987: 614 Einwohner, 2013: 600). Schwankungen der Einwohnerzahlen innerhalb des Zeitraumes waren jedoch in Bischoffingen wie in Vogtsburg gleichermaßen ausgeprägt. So stieg die Einwohnerzahl in Bischoffingen im Jahr 2000 auf 647, um anschließend wieder abzunehmen. Diese Schwankungen sind eine Folge der ausgeprägten Zu- und Wegzugsbewegungen, die auch die Gemeinde Vogtsburg insgesamt kennzeichnen. Das Wachstum der Bevölkerung der Stadt Vogtsburg zwischen 1990 und 2013 insgesamt betrug ca. 4,5 Prozent. Das Umland von Vogtsburg verzeichnete je nach Gemeinde jedoch Bevölkerungszunahmen, die bei 12 bis 25 Prozent lagen.





Bockholte



Das Dorf Bockholte liegt auf dem Hümmling, einer gegenüber der angrenzenden Emsniederung (10 bis 12 Meter über NN) erhöhten, aus parallelen Rücken und Rinnen gebildeten Landschaft (30 bis 40 Meter über NN) im Landkreis Emsland (Niedersachsen). Bockholte hat 623 Einwohner, davon 17 mit Nebenwohnsitz (Stand: 31.12.2013) und ist seit 1973 ein Ortsteil der Gemeinde Werlte (9.728 Einwohner). Die Gemeinde Werlte wiederum ist die größte Gemeinde und der Verwaltungssitz innerhalb der gleichnamigen Samtgemeinde mit 16.442 Einwohnern.

Die Ortskerne des Dorfes Bockholte und des Kirchdorfes Werlte liegen nur drei Kilometer auseinander und gehen infolge der zunehmenden Schließung der Baulücken fast ineinander über. Sögel (7.300 Einwohner), der frühere Verwaltungssitz des alten Kreises Hümmling (bis 1932), ist 15 Kilometer entfernt und mit einem Auto in 16 Minuten zu erreichen. Die historisch abgelegene Lage des Hümmlings, insbesondere zur Entwicklungsachse der Region entlang der Ems, macht sich heute noch in den Entfernungen zu den Städten und den Verkehrswegen entlang der Ems bemerkbar: Die Kreisstadt Meppen (34.100 Einwohner) und die durch die Meyer-Werft bekannte Stadt Papenburg (35.600 Einwohner) sind in 35 bis 40 Kilometer Entfernung bzw. jeweils in knapp

40 Minuten Autofahrzeit zu erreichen. Unwesentlich kürzer ist die Fahrtzeit zu der 25 Kilometer entfernten Kreisstadt Cloppenburg (33.000 Einwohner) des gleichnamigen Nachbarkreises. In 30 bis 40 Minuten sind ebenfalls Anschlussstellen zu den Autobahnen 1, 29 und 31 zu erreichen. Die nächste Großstadt Oldenburg (160.000 Einwohner) ist 66 Kilometer oder 50 Minuten Autofahrzeit entfernt. Die Grenze zu den Niederlanden ist 54 Kilometer entfernt.

Nach der Einstellung des Personenverkehrs der Hümmling-Bahn von und nach Werlte im Jahr 1970 und des gesamten Schienenverkehrs im Jahr 2010 befinden sich die nächsten Bahnhöfe in Meppen, Papenburg und Cloppenburg. Mit der Sanierung der kreiseigenen Hümmling-Bahn wurde 2014 begonnen, die für die Wiederaufnahme des Güterverkehrs unerlässlich ist. Angesichts einer Bevölkerungszunahme in Bockholte zwischen 1987 und 2013 um fast 50 Prozent scheint es kaum vorstellbar, dass der Ort in den frühen 1950er Jahren als „Rückstandsdorf in einem Rückstandsgebiet“ galt. Die schwierige wirtschaftliche Situation und geringe Entwicklungsmöglichkeiten waren die Gründe, warum Bockholte für die erste Studie zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse im Jahr 1952 ausgewählt wurde.

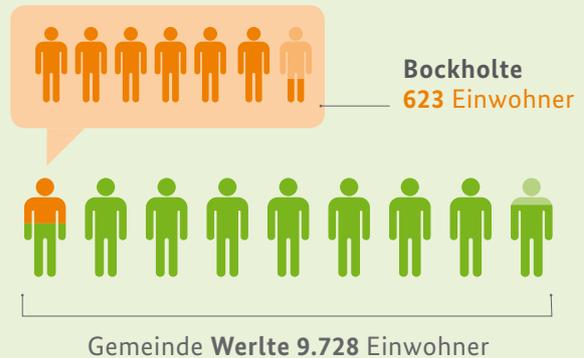
Vom Elendsdorf im Notstandsgebiet ...

Die Region des heutigen Landkreises Emsland galt bis weit ins 20. Jahrhundert hinein als ein Notstandsgebiet, das in geringem Umfang Agrarprodukte, vor allem aber saisonale Arbeitskräfte, exportierte. Dieser Export ging zuerst in die sich deutlich schneller entwickelnden Niederlande, später verstärkt ins Ruhrgebiet. In Bockholte führte die ökonomische Schwäche der Region, selbst unter den Bedingungen einer weitgehenden Stabilität der Bevölkerung im 19. Jahrhundert zwischen 1821 und 1885 von rd. 270 Einwohnern, zu einer Ausdehnung der Heuerlingsbetriebe. Das waren kleine landwirtschaftliche Pachtbetriebe, deren Pächterfamilien neben den Pachtzahlungen auch zur Mitarbeit auf dem Betrieb des Eigentümers verpflichtet waren. Die Einkommen aus der Landwirtschaft reichten zum Unterhalt der Familien oft nicht aus. Einkünfte aus saisonaler Arbeit in Holland zum Torfstechen oder zum Grasmähen sowie aus dem Stricken der Wolle von auf den Heideflächen gehaltenen Schafen ermöglichten oft erst ein Überleben. Rudimente dieser Entwicklungen sind auch noch zu Beginn der 1950er Jahre nachweisbar. Mit dem Anstieg der Bevölkerung auf 418 Einwohner im Jahr 1939 verschärften sich die wirtschaftlichen Verhältnisse in Bockholte weiter.

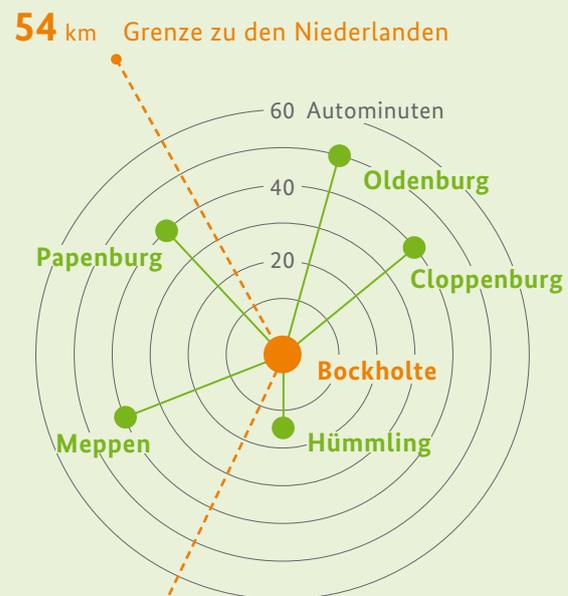
1950 hatte Bockholte 472 Einwohner, davon waren 12 Prozent Flüchtlinge, 85 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung waren in der Landwirtschaft beschäftigt. Die Kennzeichnung Bockholtes als „Bauerndorf“ unterstreicht, dass 69 der 77 Haushalte über landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 0,5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche verfügten. 51 Prozent dieser Betriebe bewirtschafteten weniger als zehn Hektar



Einwohner



Mobilität



Nächste Bahnhöfe:
Meppen, Papenburg, Cloppenburg

A1/A29/A31



30–40 Min.





Nutzfläche und weitere 30 Prozent zwischen zehn und weniger als 20 Hektar. Ein großer Teil der Flächen – gerade der kleineren Betriebe – war gepachtet. 60 der 69 Betriebe waren Haupterwerbs- und vier Nebenerwerbsbetriebe. Fünf Betriebe gehörten als Heuerlingsbetriebe und Überbleibsel der früheren Verhältnisse zu größeren Höfen. Angesichts der beschränkten natürlichen Verhältnisse vor Ort, wie zum Beispiel einer ungenügenden Entwässerung der Flächen, konnten die Erträge der landwirtschaftlichen Arbeit in sehr vielen Betrieben eine Lebensgrundlage der Familien nicht sichern. Aber nur neun Betriebe hatten einen Nebenerwerb. Bei zwei Betrieben bestand dieser Nebenerwerb im Stricken mit Handstrickmaschinen. Obwohl der Nachbarort Werlte schon 1939 2.500 Einwohner hatte, die zum großen Teil nicht von der Landwirtschaft lebten, blieb die regionale Wirtschaftsentwicklung schwach.

Aufgrund dieser Schwäche pendelten nur 18 Einwohner aus Bockholte zur Arbeit aus. Vornehmliches Ziel dieses Arbeitspendeln war der Nachbarort Werlte. Die Nähe Werltes galt mit als Grund für den geringen Bestand an handwerklichen Betrieben in Bockholte. Einzig nennenswerter Handwerksbetrieb in Bockholte war ein Zimmermann, welcher in der Saison für die Abarbeitung regionaler Aufträge bis zu elf Lohnarbeitskräfte beschäftigte. Daneben betrieb dieser Handwerker noch eine kleine Landwirtschaft. Unter diesen und ähnlichen regionalen Bedingungen wirkte sich – so das Fazit der Wissenschaftler der ersten Untersuchung – das Wachstum der Bevölkerung in den Dörfern negativ aus.

Die beengten Verhältnisse brach als Initialzündung der „Emslandplan“ auf. Im Jahr 1951 gestartet, war der Plan zuerst auf die Verbesserung der Landwirtschaft



ausgelegt. Später wurde er auch auf die Entwicklung in anderen Bereichen, wie Ansiedlung von Gewerbe und Industrie, erweitert. In Bockholte machte sich das Programm in erster Linie in einer deutlichen Verbesserung der Wasserverhältnisse und den damit verbundenen landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen ab 1951 bemerkbar.

... zum attraktiven Wohnort im prosperierenden ländlichen Raum

Die erst verhaltene, dann hoch dynamische Entwicklung des Landkreises Emsland zu einer wirtschaftsstarke Region nach 1951 hat nichts mehr mit jenem historischen Tatbestand des Rückstands gemein, der die Region früher prägte. Der Ort und später die Gemeinde Werlte entwickelten sich zu einem wichtigen Baustein dieses Prozesses. Dies wird auch durch die Ansiedlung eines Fahrzeugwerks vor 50 Jahren deutlich. Aus kleinen Anfängen und einer keineswegs vorgezeichneten Erfolgsgeschichte hat sich das Werk zu einem der Marktführer mit rund 1.000 Beschäftigten vor Ort und umgeben von Zulieferbetrieben entwickelt. In Werlte arbeiten 5.792 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, von denen 3.842 einpendeln. Das positive Pendlersaldo von 580 Personen unterstreicht die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Gemeinde.

Der umfassende Entwicklungsprozess der Region schlug sich bis zum Beginn der 1990er Jahre nicht in der Bevölkerungsentwicklung Bockholtes nieder. Die Einwohnerzahl blieb weitgehend konstant. Viel deutlicher prägte die wirtschaftliche Entwicklung den



agrарstrukturellen Wandel vor Ort: Nach dem verbreiteten Muster von einem Übergang zum Nebenerwerb und später zur Aufgabe der landwirtschaftlichen Betriebe, aber auch zu parallelen Entwicklungen einer leistungsstarken Agrarwirtschaft veränderte sich die örtliche Agrarstruktur grundlegend. Heute sind in Bockholte nur noch elf landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe und drei Nebenerwerbsbetriebe einer gänzlich anderen Ausrichtung und mit völlig anderen Produktionspotenzialen ansässig. Die neuen Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit schufen neue Chancen, zwar ausnahmslos jenseits der alten Dorfgrenzen, aber oft genug in der eigenen Gemeinde. Der Bedarf an Arbeitskräften führte und führt zum Zuzug in die einstigen Rückstandsorte. Dabei waren wohnungspolitische Entscheidungen der Gemeinde Werlte die entscheidende Voraussetzung für den starken Bevölkerungsanstieg im Ortsteil Bockholte in den letzten 20 Jahren. Das gute Image von Bockholte, sein von der Bevölkerung gepflegtes Flair dürften dieses Wachstum noch zusätzlich verstärkt haben.





Elliehausen



Das Dorf Elliehausen (2.938 Einwohner, Stand: 31.12.2013) liegt am Westrand des Leinegrabens (175 Meter über NN), sechs Kilometer nordwestlich vom Stadtzentrum der niedersächsischen Universitätsstadt Göttingen entfernt. Seit der Kommunalreform 1973 ist Elliehausen ein Teil der Stadt Göttingen (116.891 Einwohner) im gleichnamigen Landkreis. Die Autobahn 7 und Gewerbegebiete trennen Elliehausen von den Kerngebieten der Stadt Göttingen. Für eine Fahrt von der Ortsmitte Elliehausens in das Zentrum Göttingens benötigt man mit einem Auto acht Minuten.

Elliehausen liegt direkt westlich der A 7, vier Minuten (drei Kilometer) von der Autobahnauffahrt Göttingen-Nord entfernt. Für eine Fahrt mit dem Auto in das Stadtzentrum Kassel (194.987 Einwohner) werden etwa 38 Minuten (58 Kilometer) benötigt, nach Hannover (518.386 Einwohner) sind es knapp eine Stunde und zehn Minuten (114 Kilometer). Der nächste ICE-Bahnhof ist ebenfalls in Göttingen und kann mit dem Auto in acht Minuten erreicht werden.

Arbeiter-Bauern-Dorf im direkten Einzugsbereich der Stadt

Elliehausen wurde für die erste Untersuchung zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse im Jahr 1952 als eine stadtnahe Gemeinde ausgewählt, um die Entwicklung des dörflichen Lebens und seiner Wirtschaftsverhältnisse unter direktem Einfluss einer Stadt untersuchen zu können. Elliehausen hatte im Jahr 1950 1.043 Einwohner, die Stadt Göttingen 78.700 Einwohner.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts war die Wirtschaft in Elliehausen neben der Landwirtschaft durch Dorfhandwerk und vor allem durch handwerklich-hauswirtschaftliches Leinenweben geprägt. Auf den einsetzenden Niedergang des Leinenwebens durch die Konkurrenz industriell hergestellter Stoffe und damit dem Wegbrechen einer wichtigen Einkommensquelle der Dorfbewohner folgte in Elliehausen jedoch nicht ein Rückgang der Bevölkerung. Der

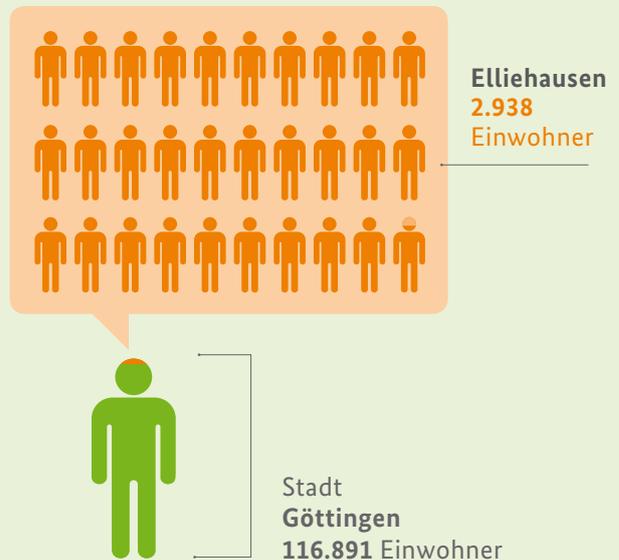
industriell-wirtschaftliche Aufschwung Göttingens, insbesondere nach dem Anschluss der Stadt an die Eisenbahn im Jahre 1854, kompensierte die Arbeitsplatzverluste in der „alten Hausindustrie“. Die Bevölkerung Elliehausens stieg von 510 auf 675 Einwohner im Jahr 1885 an. Veränderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften – weg von ländlichen Arbeitern, die sich einen Teil ihres Lebensunterhalts noch in der Landwirtschaft verdienten, hin zu dem Typus des ausschließlichen Arbeiters mit Wohnen in der Stadt, speziell in Werkwohnungen – werden für den Rückgang der Einwohner in Elliehausen auf 630 im Jahr 1925 und 600 im Jahr 1939 verantwortlich gemacht.

Aufschwung im Nahbereich einer wachsenden Stadt

Die sprunghafte Zunahme der Bevölkerung durch Flüchtlinge und Vertriebene auf 1.043 Einwohner im Jahr 1950 verstärkte die Entwicklung zum Wohnort von Arbeitern und Angestellten. Nur noch 22 Prozent der Erwerbstätigen arbeiteten in der Land- und Forstwirtschaft, aber 31 Prozent in Industrie und Handwerk und 29 Prozent in Handel und Verkehr. Zwar gab es im Jahr 1952 109 landwirtschaftliche Betriebe mit mehr als 0,5 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche in Elliehausen. 77 davon verfügten jedoch nur über bis zu zwei Hektar Land. Die elf größten Betriebe mit 15 bis 50 Hektar Land bewirtschafteten mehr als die Hälfte der Nutzfläche Elliehausens. Die



Einwohner



Mobilität





Familien mit kleineren landwirtschaftlichen Betrieben unter fünf Hektar Nutzfläche erwirtschafteten einen großen Teil ihres Einkommens außerhalb der Landwirtschaft. 1952 wurden noch 195 Ziegen zur Selbstversorgung gehalten. Die bereits zu dieser Zeit bedeutende Stellung von Göttingen unterstreicht, dass zwei Drittel aller Erwerbspersonen ihrer Erwerbsarbeit außerhalb Elliehausens nachgingen. Die wirtschaftliche Entwicklung in der Zeit und die

damit verbundenen Chancen auf dem Arbeitsmarkt ließen auch viele Flüchtlinge bleiben und machten den Ort für weiteren Zuzug attraktiv. 1960 lebten 999 Einwohner in Elliehausen, zehn Jahre später waren es bereits 1.510. Voraussetzung und Folge dieses Wachstums waren auch Veränderungen der Siedlungsstruktur, wie der Bau einer großen Siedlung mit Reihenhäusern und mehrstöckigen Wohnblocks am südlichen Ortsrand im Jahr 1963.



Bevorzugtes Wohndorf in der Großstadt

Mit der Eingemeindung in die Stadt Göttingen wurde Elliehausen Teil des regionalen Wirtschaftskerns in Südniedersachsen. Die wirtschaftliche Bedeutung Göttingens zeigt sich an 64.306 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2013 und einem positiven Pendlersaldo von 25.709 Personen. In Elliehausen trägt eine größere Zahl von kleineren Gewerbebetrieben, die in sehr unterschiedlichen Branchen tätig sind, zu dieser Entwicklung bei. Zudem gibt es noch drei landwirtschaftliche Betriebe, die aber im Ortsbild kaum noch präsent sind. Den Wandel der Landwirtschaft unterstreicht, dass kein Schwein und keine Kuh mehr gehalten werden.

Als Nutznießer gesamtstädtischer, wohnungspolitischer Entscheidungen hat sich die zentrale Bedeutung Elliehausens für Göttingen in Fortsetzung der vorhergehenden Bevölkerungsentwicklung noch stärker auf das Wohnen verschoben. Die Ausweisung eines größeren Neubaugebietes setzt wichtige Voraussetzungen für weiteres Bevölkerungswachstum. Von 2.084 Einwohnern im Jahr 1980 und 2.178 im Jahr 1990 stieg die Einwohnerzahl auf 2.938 im Jahr 2013 an. Angesichts stagnierender Bevölkerungszahlen in Göttingen stehen dem Wachstum in Elliehausen auch Bevölkerungsrückgänge in anderen Stadtteilen gegenüber.

Der wohnungspolitischen Funktionszuweisung durch die Stadt entspricht die Ausstattung des Ortes mit Infrastruktureinrichtungen. Diese reichen von der Kinderbetreuung über eine Grundschule, die zu



einer Ganztagschule mit Mensa ausgebaut wird, bis zu je einer Allgemeinarzt- und einer Zahnarztpraxis sowie Lebensmitteleinzelhandelsgeschäften und zwei Gaststätten. Die Nähe Elliehausens zu einem großen Einkaufszentrum der Stadt Göttingen sowie die sehr gute ÖPNV-Anbindung zum Stadtkern ergänzen die innerörtlichen Angebote. Die räumliche Abgrenzung Elliehausens durch die Autobahn hat mit dazu beigetragen, dass sich viele Einwohner des Ortes durch ein besonderes Ortsgefühl auszeichnen und als Elliehäuser verstehen.





Falkenberg



Die in den 1970er Jahren in ihrer heutigen Form entstandene Gemeinde Falkenberg (3.750 Einwohner, Stand: 31.12.2013) liegt im niederbayerischen Isar-Inn-Hügelland. Die Gemeinde Falkenberg ist Sitz der gleichnamigen Verwaltungsgemeinschaft (5.850 Einwohner), in der sie gemeinsam mit zwei deutlich kleineren Gemeinden zusammenarbeitet, und Teil des Landkreises Rottal-Inn (Bayern). Das Landschaftsbild wird durch ausgeprägte, regionstypische Streusiedlungen geprägt. Die Gemeinde Falkenberg umfasst insgesamt nicht weniger als 106 kleinere Orte und Weiler. Aus der Summe dieser Ortsteile ragen vier Hauptorte heraus. Es handelt sich um die Dörfer Falkenberg (783 Einwohner), Taufkirchen (656 Einwohner), Diepoltskirchen (411 Einwohner) und Zell (157 Einwohner). Die Nord-Süd-Ausdehnung der Gemeinde beträgt 16 Kilometer.

Durch die Gemeinde verläuft die Bundesstraße 20, eine auch von Lastkraftwagen viel frequentierte Nord-Süd-Verbindung in Ostbayern. Sie ist gleichzeitig die wichtigste Verkehrsachse. Die Entfernung zur benachbarten ehemaligen Kreisstadt Eggenfelden (14.000 Einwohner) beträgt acht Kilometer oder zehn Autofahrtminuten. Der Verwaltungssitz des Landkreises Rottal-Inn Pfarrkirchen (12.000 Einwohner) ist 20 Kilometer entfernt und in 20 Minuten zu erreichen. Eine Autofahrt nach Landshut

(66.000 Einwohner), dem Regierungssitz von Niederbayern, dauert 45 Minuten und zur Grenzstadt Passau (55.000 Einwohner) benötigt man eine Stunde. Die von kleineren Gemeinden und Mittelstädten geprägte Struktur des Raums wird von den Entfernungen zu den nächsten Großstädten unterstrichen. Die Innenstadt von Regensburg (140.000 Einwohner) kann in 100 Kilometer Entfernung und etwas mehr als einer Stunde erreicht werden. Für eine Fahrt in die Landeshauptstadt München (1,4 Millionen Einwohner) benötigt man ohne Staus eine Stunde und 20 Minuten. Die nächsten Autobahnanschlüsse liegen 20 bis 40 Minuten entfernt. Der nächste Bahnhof ist in Eggenfelden.

Ein Handwerker-Bauern-Dorf in abgelegener Lage

Für die erste Untersuchung im Jahr 1952 wurde der heutige Ortsteil Diepoltskirchen als ein kleinbäuerliches Dorf in peripherer Lage ausgewählt. In der von der Landwirtschaft geprägten Region wies Diepoltskirchen mit seiner ausgeprägten Verbindung von kleiner Landwirtschaft und Handwerk eine Besonderheit auf. Das Dorf verzeichnete zwischen 1855 und 1939 ein Bevölkerungswachstum von 197 auf

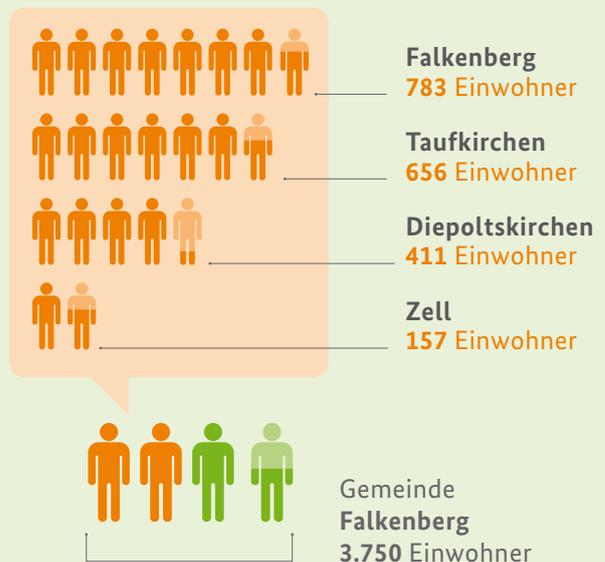
302 Personen. Die nach 1945 durch Flüchtlinge und Vertriebene hervorgerufene Zunahme der Bevölkerung auf 413 Einwohner verstärkte die ökonomischen Probleme erheblich. 82 Prozent der 51 landwirtschaftlichen Betriebe des Dorfes bewirtschafteten 1951 zwischen 0,5 und 5 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. Aber erst Betriebe über fünf Hektar galten als ausreichend wirtschaftlich, um zeitgemäße Ansprüche an die Lebenshaltung erfüllen zu können. Weitere 27 Haushalte bewirtschafteten jeweils weniger als 0,5 Hektar Fläche. Die meisten kleinbäuerlichen Familien – und noch mehr die Kleinstlandwirtschaften – waren auf Neben- oder vielfach Haupteinkünfte aus anderen Tätigkeiten angewiesen. Diese wurden häufig mit der Arbeit als „Störhandwerker“ erwirtschaftet. Solche Störhandwerker hatten keine formale Ausbildung und waren nicht in der Handwerksrolle eingetragen. Ihre Auswirkung auf eingetragene Handwerksbetriebe, von denen es 1951 auch einige in Diepoltskirchen gab, war durch den Preisdruck nicht unerheblich. Bis 1960 reduzierte sich die Bevölkerung in Diepoltskirchen auf 362 Personen, da viele Flüchtlinge den Ort auf der Suche nach Arbeit verlassen hatten.

Entwicklung im ballungsfernen Raum

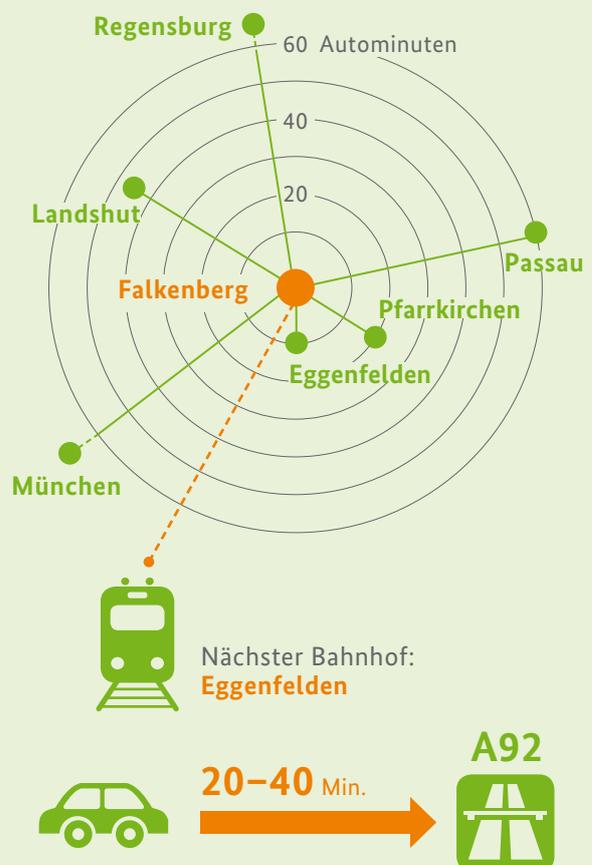
Anders als unter diesen Vorzeichen erwartet, verlief die Entwicklung des Ortes Diepoltskirchen, der Gemeinde Falkenberg und der Region bemerkenswert positiv. Ausgehend von Gründungen von Handwerks- oder Kleinbetrieben vor Ort begann ein bis heute anhaltender Prozess, der die wirtschaftlichen Strukturen der Region fundamental veränderte.

Die Entwicklung innerhalb der Gemeinde kann dabei exemplarisch für den Aufstieg der Region gesehen werden. So hat sich ein holzverarbeitender Handwerksbetrieb seit den 1970er Jahren zu einer weltweiten Holding entwickelt, die an ihrem Verwaltungsstandort Falkenberg über 500 Personen beschäftigt. Ähnlich fulminante Firmengeschichten lassen sich auch in anderen Gemeinden entdecken. Trotz herausragender Unternehmensentwicklungen wird die Wirtschaftsstruktur des Landkreises Rottal-Inn durch eine Vielzahl von kleinen, vor allem handwerklichen Betrieben, die in sehr diversifizierten Bereichen tätig sind, geprägt. Ihre Märkte reichen je nach

Einwohner



Mobilität





Unternehmen weit über München, dem schon fast traditionellen Zielgebiet, hinaus.

Unterstützung erfuhr die einheimische Entwicklung durch Großinvestitionen außerhalb des Landkreises Rottal-Inn. Bekanntestes Beispiel ist die Übernahme der Glas-Automobilwerke in Dingolfing im Jahr 1966 durch die Bayerischen Motorenwerke (BMW) und der Ausbau dieses Standorts zu einem konkurrenzfähigen Automobilwerk. In Dingolfing (18.500 Einwohner), von Falkenberg 37 Kilometer entfernt und

in 30 Minuten zu erreichen, beschäftigt BMW heute 17.500 Mitarbeiter. Ein eigenes Werksbussystem hilft dabei, den Arbeitskräftebedarf auch aus weiter entfernten Regionen des Werks zu decken. Auch Diepoltskirchen und Falkenberg werden von diesen Werksbussen angefahren. Die zweite großindustrielle Entwicklung mit weiten regionalen Auswirkungen ist das niederbayerische Chemiedreieck. Wichtige Standorte dieser ländlichen Industrieregion sind von Diepoltskirchen mit dem Auto in 30 bis 40 Minuten zu erreichen.



Im Zuge dieses Prozesses durchlief auch die örtliche und regionale Landwirtschaft einen massiven Strukturwandel. Vergrößerung und Intensivierung der landwirtschaftlichen Betriebe auf der einen und Betriebsaufgaben auf der anderen Seite waren mit einem fast vollständigen Rückzug der Landwirtschaft in die Weiler und Einzelhoflagen verbunden. Die Statistik für die Gemeinde weist 2010 noch 144 landwirtschaftliche Betriebe aus, von denen 51 Prozent eine Betriebsfläche unter 20 Hektar haben; 1975 waren es noch 407.

Eine zentrale Voraussetzung der Entwicklung verbindet die verschiedenen Teilaspekte: Die Entwicklung der Dörfer und Weiler des Landkreises und der Region ist ohne die individuelle Automobilität kaum denkbar. So sind in der Gemeinde Falkenberg beispielsweise 1.031 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze angesiedelt, gleichzeitig ist das Pendler-saldo mit 454 Auspendlern negativ.

Die Bevölkerungsentwicklungen von Diepoltskirchen wie auch von der Gemeinde Falkenberg waren in den letzten 20 Jahren positiv. Die Einwohnerzahl von Diepoltskirchen stieg von 342 im Jahr 1987 auf 411 im Jahr 2013, die der Gemeinde im gleichen Zeitraum von 3.480 Personen auf 3.750. Die Bevölkerungsprognosen gehen von einer weitgehenden Stabilität der Einwohnerzahlen der Gemeinde aus. Seit Sommer 2014 beherbergt die Gemeinde im Ort Falkenberg Asylbewerber. Mitte 2015 sind es 29 Personen.

Die ausgeprägte Streusiedlungsweise stellt besondere Herausforderungen an die infrastrukturelle Entwicklung und an die Daseinsvorsorge. Die Gemeinde muss ein Straßennetz von 100 Kilometern unterhalten. Alle Häuser sind an das Wasser- und Abwassernetz



angeschlossen. Im Zentralort Falkenberg wurde im Rahmen des Baus einer Ortsumgehung der B 20 aus Mitteln der Dorferneuerung in den 1980/90er Jahren der Ortskern völlig neu gestaltet. Heute sind in Falkenberg neben einer zweizügigen Grundschule ein Kindergarten, eine Arztpraxis und Lebensmittelgeschäfte angesiedelt. Ein größerer Nahversorgungssupermarkt hat jedoch seine Geschäftstätigkeit an dem Standort wieder eingestellt. Die anderen drei Hauptorte Diepoltskirchen, Taufkirchen und Zell verfügen zumindest über je einen kleinen Lebensmittelladen oder Bäcker mit erweitertem Sortiment. In den übrigen Dörfern und Weilern gibt es abgesehen von mobilen Versorgungseinrichtungen keine ähnlichen Verkaufsstellen, ohne dass dies Auswirkungen auf die Nachfrage nach Häusern in diesen besonderen Wohnlagen hat. Die Versorgung der Bevölkerung mit Breitbandanschlüssen in einem Hochgeschwindigkeitsnetz hat die Gemeinde aktuell im Rahmen des bayerischen Förderprogramms in Angriff genommen. 2016 sollen auch die kleinen Weiler an das Breitbandnetz angeschlossen werden.





Finnland



Die Gemeinde Finnland (1.126 Einwohner, Stand: 31.12.2013) liegt auf der Finne, einem 20 Kilometer langen Höhenzug an der Grenze zwischen Sachsen-Anhalt und Thüringen (226 bis 276 Meter über NN). Die Gemeinde ist 2009 durch einen freiwilligen Zusammenschluss entstanden und umfasst die Dörfer Borgau (42 Einwohner), Kahlwinkel (351 Einwohner), Marienroda (32 Einwohner), Saubach (684 Einwohner) und Steinburg (101 Einwohner). Sitz der Gemeinde ist Saubach. Die Gemeinde ist Mitglied der Verbandsgemeinde An der Finne (12.085 Einwohner), die ihren Sitz im sechs Kilometer und acht Autofahrminuten entfernten Bad Bibra (1.540 Einwohner) hat und zum Burgenlandkreis Sachsen-Anhalt gehört.

Durch die beiden größten Dörfer Saubach und Kahlwinkel verläuft die Bundesstraße 176, die Sömmerda im mittleren Unstruttal über die Finne mit Freyburg im unteren Unstruttal verbindet. Gleichwohl ist die Gemeinde Finnland verkehrsmäßig abgelegen.

Städte an der Unstrut, wie Laucha, Roßleben oder Freyburg, sind zwar in 13, 18 und 23 Minuten zu erreichen, als Kleinstädte haben diese jedoch nur zwischen 3.000 und 5.200 Einwohner. Die Kreisstadt des Burgenlandkreises, Naumburg (Saale) (32.800 Einwohner), ist mit dem Auto nach 30 Kilometern in knapp 33 Minuten zu erreichen. Ähnlich weit entfernt liegt Sömmerda (19.000 Einwohner), die Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises in Thüringen. Die Thüringer Städtekette Erfurt (205.000 Einwohner), Weimar (63.000 Einwohner) und Jena (108.000 Einwohner) ist in 45 bis 60 Minuten erreichbar. Autofahrten in die 75 bis 86 Kilometer entfernten Städte Halle (Saale) (232.000 Einwohner) oder Leipzig (532.000 Einwohner) benötigen 70 bis 80 Minuten. Die nächstgelegenen Autobahnanschlussstellen können in etwas über einer halben Stunde erreicht werden.

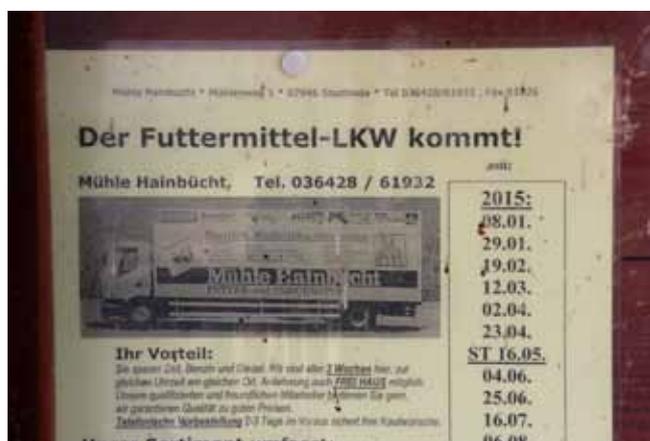
Nach Einstellung der 1914 eröffneten Finnebahn Laucha-Kölleda im Jahr 1968 bieten die Orte Laucha

und Freyburg Anschluss an die Regionalbahn. Die ICE-Neubaustrecke Erfurt-Leipzig/Halle überquert zwischen Saubach und Bad Bibra das Saubachtal.

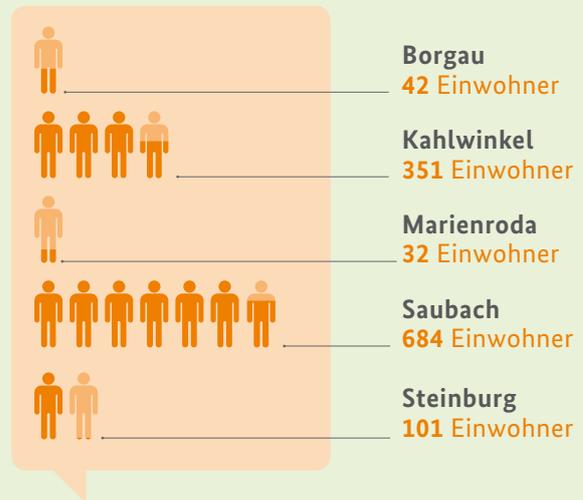
Veränderungen im Wirkungsbereich neuer regionaler Wirtschaftszentren

Die wirtschaftliche Basis der historisch unterschiedlich strukturierten Dörfer der heutigen Gemeinde (Gutsdörfer, Dörfer mit starkem Großbauernanteil, Kleinbauernndörfer) war lange Zeit die Landwirtschaft. Diese Wirtschaftsstruktur änderte sich mit dem beginnenden Abbau von Kalisalzlagerstätten in der Region ab 1900. Auch wenn die 1911/1913 in der Ortslage Kahlwinkel angelegten Schächte bereits 1922 aufgegeben wurden, war mit diesen wie mit anderen Schächten in der Nähe der Bau der Finnebahn verbunden. Für die Bevölkerung ermöglichte die Bahn neue Möglichkeiten der Mobilität. Weitere Arbeitsplätze in der Nähe bot der sich zwischen den 1920er und den 1950er Jahren zeitweise entwickelnde Heilbadebetrieb in Bad Bibra.

Der Ausbau in der Region bestehender Unternehmen in und durch die DDR zu national wichtigen Industriestandorten veränderte die regionalwirtschaftlichen Möglichkeiten für Einwohner der Dörfer auf der Finne fundamental. Der Ausbau des Zementwerkes in Karsdorf (17 Kilometer Entfernung) zu dem größten Zementwerk der DDR und der auch unter dem Gesichtspunkt der Devisenerwirtschaftung bedeutsame Ausbau des Kalibergwerks in Roßleben (14 Kilometer Entfernung) sowie die Erweiterung und Umstrukturierung der Büromaschinenfertigung in Sömmerda (30 Kilometer Entfernung) zur zentralen

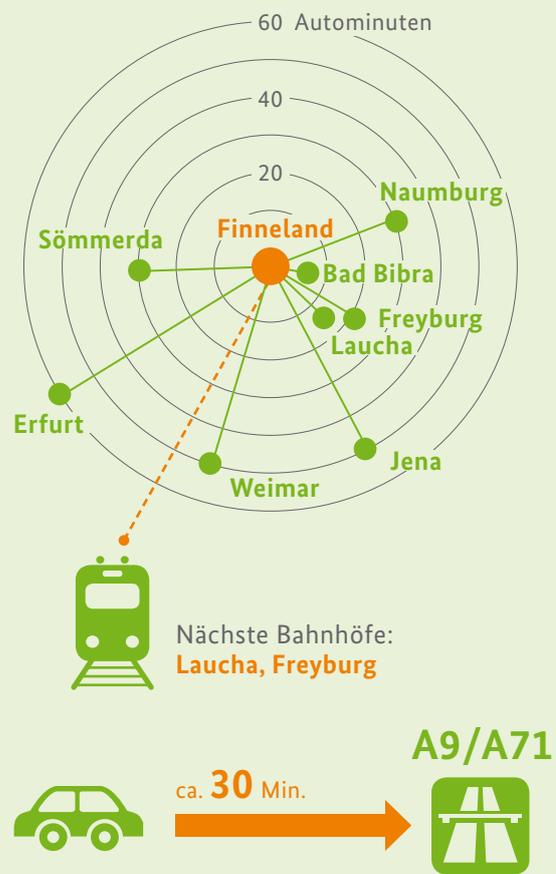


Einwohner



Gemeinde Finnland 1.126 Einwohner

Mobilität





PC-Herstellung und -Entwicklung in der DDR (VEB Robotron Büromaschinenwerk Sömmerda) machten diese Orte auch zu Auspendlerzielen. Zur gleichen Gruppe der damals bedeutsamen Betriebe ist auch das auf Saatgutproduktion spezialisierte Volkseigene Gut (VEG) Pflanzenproduktion Memleben (acht Kilometer Entfernung) mit rund 800 Beschäftigten zu zählen. Das VEG Memleben war zum Teil durch Teilbetriebe

oder durch Kooperationen mit Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) auch auf dem Gebiet der heutigen Gemeinde Finneland tätig. Weitere Arbeitsplätze boten die örtlichen LPGs und Betriebe des Handwerks, insbesondere im Dorf Saubach.

Dörfliche Entwicklung nach der Wiedervereinigung: Abbau von Arbeitsplätzen in Industrie und Landwirtschaft

In der Transformation der Wirtschaft im Zuge der Wiedervereinigung überlebten weder die PC-Produktion noch der Kalibergbau. Andere Betriebe setzten die Produktion in anderen Rechtsformen mit deutlich weniger Arbeitskräften fort. Mit diesen Veränderungen haben die früheren regionalen Industriezentren auch als Pendlerziele stark an Bedeutung verloren. Parallel dazu vollzog sich auch ein deutlicher Beschäftigungsabbau in der Landwirtschaft. Heute bietet die Gemeinde in einer Reihe von Unternehmen des Handwerks, der Landwirtschaft und der Dienstleistungen 169 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Arbeit, 110 dieser Beschäftigten pendeln von auswärts ein. Nach wie vor ist Finneland eine Auspendlergemeinde: 458 Einwohner von Finneland pendeln für eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in verschiedene Zielorte und in teils größere Entfernungen aus.

Das Infrastrukturangebot konzentriert sich weitgehend auf die beiden größten Ortsteile an der Bundesstraße – auf Saubach und Kahlwinkel. Beide Ortsteile



haben je eine Kindertagesstätte. Die Grundschule in Saubach hat sich als erste „Kneipp-Grundschule“ in Deutschland Anerkennung verschafft. Neben den Grundschulern der Gemeinde besuchen auch die Grundschüler aus der benachbarten Kleinstadt Bad Bibra die Schule in Saubach. In Saubach sind eine Arztpraxis und zwei Praxen für Physiotherapie ansässig. Weitere medizinische Einrichtungen, darunter ein Landambulatorium als Ableger des Klinikums Burgenlandkreis, befinden sich in Bad Bibra. Die Nahversorgung in der Gemeinde Finneland ist weitgehend auf mobile Einkaufsangebote angewiesen. Lediglich in Saubach gibt es einen Bäcker- und einen Metzgerladen, in Kahlwinkel einen Getränkemarkt. Die nahe Kleinstadt Bad Bibra bietet dagegen umfangreiche Einkaufsmöglichkeiten für Güter des täglichen Bedarfs. Alle Ortsteile der Gemeinde Finneland sind an das Breitbandnetz angeschlossen.

Die Dörfer der heutigen Gemeinde Finneland verzeichneten in der Summe seit Mitte der 1960er Jahre Einwohnerverluste. Die Ursachen des Bevölkerungsrückgangs von 1.855 Einwohnern im Jahr 1964 über 1.642 Einwohner im Jahr 1980 auf 1.586 Einwohner im Jahr 1990 lagen gerade im Aufbau der regionalen Industriestandorte. Durch den teilweise damit verbundenen massiven Wohnungsneubau in diesen Orten entstand ein latenter Abwanderungsanreiz. Das heutige Finneland war in der DDR dagegen kein Siedlungsschwerpunkt. Die Errichtung von mehrgeschossigen Wohnblocks in Kahlwinkel in den 1960er und erneut in den 1980er Jahren war vielmehr eine Antwort auf einen sich abzeichnenden Arbeitskräftemangel. Der Einwohnerrückgang Finnlands zwischen 1990 und 2013 um 372 Personen oder 24 Prozent war eine direkte oder indirekte Folge des Wegbrechens



der Arbeitsplätze und der neuen Möglichkeiten der Arbeitsmobilität. Die Größenordnung des Einwohnerrückgangs Finnlands entspricht etwa der im Burgenlandkreis und der im benachbarten Kyffhäuserkreis in Thüringen. Von dem Bevölkerungsrückgang in Finneland waren die kleineren Dörfer nicht stärker betroffen als die größeren Dörfer. Nach deutlichen Einwohnerverlusten in den frühen 1990er Jahren gingen die Einwohnerzahlen in den folgenden Jahren weniger stark zurück. Zuzüge auch in kleine Dörfer der Gemeinde Finneland, wirtschaftliche Erfolge der örtlichen Unternehmen und freiwilliges Engagement der Einwohner, die z. B. nach Erfolgen von Saubach im Landeswettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ (Bronzemedaille 2012) in einer erneuten Teilnahme münden, gelten als Hinweise für eine Entspannung der Situation.





Freienseen



Das hessische Dorf Freienseen liegt im Tal des Seenbachs (278 Meter über NN) im vorderen Vogelsberg. Seit 1972 ist Freienseen ein Teil der Stadt Laubach im Landkreis Gießen. In Freienseen leben 794 Einwohner (Stand: 31.12.2013), in der Stadt Laubach insgesamt 9.654 Einwohner.

Durch den engen Ortskern von Freienseen verläuft in mehreren Kurven die Bundesstraße 276. Zum Teil über diese Bundesstraße ist die Kernstadt Laubach 6,5 Kilometer oder sieben Autominuten entfernt. Die Nachbarstadt Grünberg (13.684 Einwohner) kann in einer ähnlichen Autofahrzeit erreicht werden. Eine Fahrt in die Innenstadt der Kreisstadt Gießen (77.733 Einwohner) dauert knapp eine halbe Stunde. Freienseen liegt je nach Fahrtrichtung zwischen 10 und 20 Autominuten von den nächsten Anschlussstellen der Bundesautobahn A 5 (Kassel-Frankfurt) entfernt. Für eine Fahrt in die nördlichen Außenbezirke von Frankfurt am Main (700.000 Einwohner) benötigen die Einwohner von Freienseen 40 bis 45 Minuten, eine Fahrt in die Innenstadt von Frankfurt am Main dauert eine Stunde.

Vom Weber- zum Arbeiter-Bauern-Dorf ...

In der ersten Untersuchung zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse im Jahr 1952 wurde Freienseen als „Arbeiter-Bauern-Dorf“ typisiert. Die sich in dieser Zuschreibung niederschlagende starke Ausrichtung auf außerlandwirtschaftliche Erwerbsarbeit hatte in Freienseen eine lange Tradition. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die Haupteinkommensquelle der Einwohner das Weben von Leinen. Nur jeder zehnte Haushaltsvorstand galt als Ackerbauer. Aufgrund der guten Erwerbsmöglichkeiten außerhalb der Landwirtschaft hatte Freienseen im Jahr 1810 1.120 Einwohner. Die hauswirtschaftlich-handwerkliche Leinenproduktion erlag in der sich entwickelnden Industrialisierung schnell dem Wettbewerbsdruck der Industrieprodukte. Verarmung und teils gänzlicher Verlust der Haupteinkommensquellen führten zu Abwanderungen. Die Einwohnerzahl sank infolge dieser Entwicklung auf 855 Einwohner im Jahr 1861 und 708 Einwohner im Jahr 1895. Der sich ab den 1870er Jahren langsam entwickelnde Eisenerz-Tagebau im Seenbachtal brachte vorübergehend neue Arbeitsplätze und Einkommenschancen in das Dorf.

Der Erzabbau im Seenbachtal wurde im Zweiten Weltkrieg nach Erschöpfung der Erzvorkommen eingestellt. 1939 hatte Freieisen 629 Einwohner.

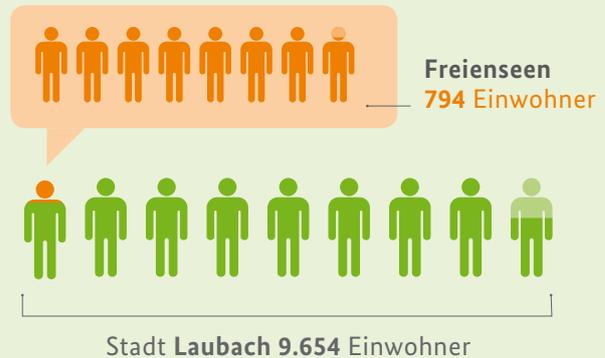
Im Zusammenhang mit dem Erzbergbau wurde 1890 die „Seentalbahn“ eröffnet, die als eine Querbahn zwischen Hauptstrecken die Stadt Laubach über Freieisen mit dem Ort Mücke verband. Der 1936 geplante Ausbau dieser Neben- zu einer zweigleisigen Hauptstrecke führte zwar zum Bau eines zweiten Eisenbahntunnels bei Freieisen, konnte aber wegen des Zweiten Weltkriegs nicht mehr abgeschlossen werden. Im Krieg mussten Zwangsarbeiter in diesem zweiten Tunnel Rüstungsgüter herstellen. Die bis zu 1.200 Zwangsarbeiter wurden in einem eingezäunten Barackenlager gefangen gehalten. Die Seenbachbahn wurde 1958/1959 in mehreren Schritten stillgelegt.

1950 hatte Freieisen 641 einheimische Einwohner – mit Flüchtlingen, Evakuierten und Heimatvertriebenen waren es 995 Einwohner. 28 Prozent der Bevölkerung lebten von der Land- und Forstwirtschaft, aber 36 Prozent von der Arbeit in Industrie und Handwerk. Ein Anteil von 26 Prozent der Bevölkerung lebte als „selbstständige Berufslose“ von Renten und Unterstützungsleistungen. Das Dorf selbst bot neben Arbeit in der Forstwirtschaft auch Arbeitsplätze im Handwerk und der Eisenbahn. 20 Prozent der Erwerbstätigen pendelten zur Arbeit aus.

Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen in diesem von der Erbsitte der Realteilung geprägten Dorf bedurften in hohem Maße außerlandwirtschaftlicher Zusatzeinkommen. Von den 85 landwirtschaftlichen Betrieben im Jahr 1952 hatten 81 Prozent eine geringere Fläche als 7,5 Hektar. Damit lagen diese Betriebe unter jener Größe, die für einen landwirtschaftlichen



Einwohner



Mobilität



Nächste Bahnhöfe:
Mücke, Gießen



10 – 20 Min.



Kassel–Frankfurt



Vollerwerbsbetrieb als gerade noch hinreichend galt. Die wenigen größeren Betriebe bewirtschafteten bis zu 20 Hektar Fläche, abgesehen von einem wesentlich größeren Pachtbetrieb am Rande der Gemarkung. Heute wirtschaften in Freienseen noch neun landwirtschaftliche Betriebe, davon zwei im Haupterwerb. Landwirtschaftliche Flächen in der Gemarkung des Ortes werden zunehmend von Landwirten aus benachbarten Dörfern bewirtschaftet.

... zum Pendlerdorf

Heute bietet der Ort Freienseen örtliche Arbeitsplätze in Handwerk, Einzelhandel, in einem Heimwerkermarkt oder in der örtlichen Grundschule, doch das Gros der Erwerbstätigen pendelt zur Arbeit aus. Diese

Situation ähnelt der Stadt Laubach insgesamt. In der Stadt Laubach sind nach einem deutlichen Anstieg in den letzten Jahren 2.197 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte tätig. Von diesen Beschäftigten pendeln ca. 1.200 zur Arbeit nach Laubach ein. Der Auspendlersaldo liegt nichtsdestotrotz bei 1.100 Personen.

Der demografischen Entwicklung kommt den Gemeinden und ihren Ortsteilen im und am Rande des Vogelsberges angesichts rückläufiger Einwohnerzahlen besondere Aufmerksamkeit zu. Auch in der Stadt Laubach nahm nach Bevölkerungszuwächsen bis 2001 die Einwohnerzahl seither ab (- 9 Prozent). Bevölkerungsprognosen sagen zudem für die Stadt und die Region einen weiteren Bevölkerungsrückgang bis 2030 voraus. Die Einwohnerentwicklung Freienseens scheint auf den ersten Blick dieser Entwicklung auf besondere Weise zu entsprechen: In Freienseen setzte sich nach der Flüchtlingsabwanderung in den 1950er Jahren der Bevölkerungsrückgang auch zwischen 1961 bis 1987 fort (- 8,4 Prozent) – trotz Zuzügen in die in den 1960er und 1970er Jahren ausgewiesenen Neubaugebiete. Aber die Einwohnerzahlen von 1987 und 2013 mit 798 bzw. 794 Personen signalisieren Bevölkerungsstabilität. Legt man jedoch die höhere Einwohnerzahl des Jahres 2002 (825 Personen) zugrunde, ergibt sich ein Bevölkerungsrückgang (- 4 Prozent). Dieser ist geringer als der der Stadt Laubach insgesamt, obwohl Freienseen kein von der Wohnungsbaupolitik durch Baugebietsausweisungen begünstigter Stadtteil ist. Für die Stabilität der Bevölkerungsentwicklung sind bei latentem Überhang der Sterbefälle über den Geburten Zuzüge verantwortlich. Diese Zuzüge erfolgten vor allem in Form der Übernahme bestehender Wohngebäude. Gleichwohl weist Freienseen im alten, eng bebauten Ortskern Leerstand auf.



Zudem sind dort viele Gebäude nur noch jeweils von einer älteren, alleinstehenden Person bewohnt.

Ein Zuzugsmotiv und ein Alleinstellungsmerkmal gegenüber anderen Dörfern ist die vom freiwilligen Engagement von Einwohnern getragene Infrastrukturentwicklung des Dorfes. So konnte angestoßen von zentralen Akteuren, lange nach der Schließung der Dorfschule in den 1960er Jahren, im Jahr 1999 eine neue Grundschule eröffnet werden, die 2001 einen Neubau bezogen hat. Diese von der Evangelischen Kirche getragene und nach dem pädagogischen „Jenaplan“-Konzept unterrichtende Schule besuchen auch Kinder aus anderen Dörfern, während einige Kinder aus dem Ort staatliche Grundschulen in der Nachbarschaft besuchen. Das insgesamt breite Infrastrukturangebot im Ort mit einer privat organisierten Kinderkrippe, einem Kindergarten mit einer normalen und einer Waldkindergartengruppe und einem Mehrgenerationenhaus wird durch die im Bau befindliche „Dorfschmiede“ ergänzt. Der Umbau der lange leerstehenden Dorfschmiede und eines Nachbargebäudes in der Dorfmitte soll Möglichkeiten der Tagesbetreuung und -pflege sowie für betreutes Wohnen schaffen. Zudem werden in dem Gebäudekomplex eine dörfliche Nahversorgungseinrichtung und Räume für die ärztliche Versorgung entstehen. Diese Entwicklung der Infrastruktur war und ist nur möglich geworden durch die erfolgreiche Akquise erheblicher öffentlicher und privater Mittel jenseits der kommunalen Haushalte und der Möglichkeiten des Dorfes selbst. Dies gilt insbesondere für die Gegenwart, in der sich die Stadt Laubach unter den kommunalen Rettungsschirm des Landes Hessen begeben hat und in diesem Zuge auch kommunale Leistungen streichen und Steuern erhöhen musste.



Die Aufnahme der Stadt Laubach als gesamtkommunalen Förderschwerpunkt in das „Integrierte Kommunale Entwicklungskonzept (IKEK)“ des Landes Hessen im Jahr 2014 bietet erweiterte Voraussetzungen, um sich unter breiter Bürgerbeteiligung den Herausforderungen des demografischen Wandels und der Ortskernentwicklung zu stellen.





Gerhardshofen



Die mittelfränkische Gemeinde Gerhardshofen (2.499 Einwohner, Stand: 31.12.2013) liegt am östlichen Rand des Landkreises Neustadt an der Aisch-Bad Windsheim. Das Landschaftsbild der Gemeinde ist geprägt durch die Lage im mittleren Aischgrund mit seinen vielen Karpfenteichen.

Die Gemeinde Gerhardshofen besteht aus insgesamt 13 Ortsteilen. Neben dem Hauptort Gerhardshofen (1.178 Einwohner) gehören die Dörfer Birnbaum (431 Einwohner), Willmersbach (323 Einwohner), Göttelhöf (137 Einwohner), Linden (135 Einwohner), Kästel (91 Einwohner), Rappoldshofen (75 Einwohner), Forst (61 Einwohner), Altenbuch (29 Einwohner), Emelsdorf (24 Einwohner), Eckenhof (neun Einwohner), Sintmannsbuch (neun Einwohner) und Vahlenmühle (ein Einwohner) zu der 1971 neu gebildeten Gemeinde. Die Dörfer liegen maximal 5,5 Kilometer vom Hauptort Gerhardshofen entfernt. Die Gemeinde Gerhardshofen bildet gemeinsam mit den benachbarten Aischgrund-Gemeinden Markt Dachsbach und Markt Uehlfeld die Verwaltungsgemeinschaft Uehlfeld (7.076 Einwohner). Der Markt Dachsbach (1.711 Einwohner) liegt zwei Kilometer vom Hauptort Gerhardshofen entfernt, der Markt Uehlfeld (2.866 Einwohner) rund sechs Kilometer.

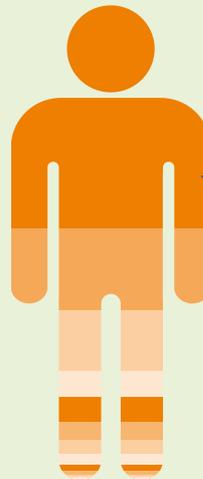
Der Hauptort Gerhardshofen wird von der Bundesstraße 470 durchschnitten, die von der Kreisstadt Neustadt an der Aisch (12.432 Einwohner) durch die Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft Uehlfeld nach Höchststadt an der Aisch (13.000 Einwohner, Landkreis Erlangen-Höchstadt) führt. Neustadt an der Aisch ist in knapp zehn Kilometern und zehn Autofahrminuten zu erreichen. Nach Höchststadt an der Aisch beträgt die Entfernung 15 Kilometer und 15 Fahrminuten. Zu dem für Gerhardshofen wichtigen Wirtschaftsstandort Herzogenaurach (23.000 Einwohner) beträgt die Entfernung 19 Kilometer und 20 Minuten Fahrtzeit. Die Innenstädte der östlich der Gemeinde liegenden Großstädte Erlangen (105.000 Einwohner) und Nürnberg (500.000 Einwohner) sind in 30 bzw. 45 Minuten Fahrtzeit zu erreichen. Die Entfernung zur nordwestlich liegenden Großstadt Würzburg (125.000 Einwohner) beträgt 70 Kilometer oder 50 Minuten Fahrtzeit. Die nächste Anschlussstelle an eine Bundesautobahn ist in 15 Minuten zu erreichen (A 3 Frankfurt-Nürnberg-Regensburg). Der nächste Regionalbahnhof befindet sich in der Kreisstadt Neustadt an der Aisch.

Nach hundert Jahren Bevölkerungsrückgang...

Für die erste Untersuchung zum Wandel ländlicher Lebensverhältnisse im Jahr 1952 wurde die damalige Gemeinde Gerhardshofen (Ortsteile Gerhardshofen, Forst, Eckenhof und Vahlenmühle) als ein Dorf mit deutlichen Entwicklungsproblemen ausgewählt. In der damaligen industriearmen Landschaft des Aischgrundes, außerhalb des unmittelbaren Einzugsbereiches der Industriestädte Nürnberg und Fürth gelegen, war die Entwicklung der Gemeinde durch die Armut eines Teils der Bevölkerung und einen deutlichen Bevölkerungsrückgang geprägt (1834: 585 Einwohner; 1939: 336 Einwohner). Zwar erfolgte durch die Ansiedlung von Evakuierten, Flüchtlingen und Vertriebenen in der Nachkriegszeit ein deutlicher Bevölkerungsanstieg, der mit 517 Personen im Jahr 1949 seinen Höhepunkt erreichte. Eine schnell einsetzende Abwanderung zeigte jedoch die Rückkehr zu alten Entwicklungsmustern an, obwohl durch eine Flüchtlingsgründung auch ein neues Bekleidungsunternehmen entstand. Nur 25 Prozent der damaligen Bevölkerung lebte zu dieser Zeit von Industrie und Handwerk. Die Zunahme bei der Wirtschaftsabteilung Industrie und Handwerk wurde gerade durch die Vertriebenenbevölkerung geprägt, deren Berufsstruktur grundsätzlich von der alteingesessenen Bevölkerung abwich. 1951 pendelten 26 Personen aus der Gemeinde aus. Etwa die Hälfte der Einwohner lebte im Jahr 1952 ausschließlich von der Landwirtschaft. 78 landwirtschaftliche Betriebe gab es damals in Gerhardshofen, davon allerdings 20 Prozent, die als so genannte Kümmerwirtschaften mit weniger als 5 Hektar Nutzfläche wirtschafteten und über keinen Nebenerwerb verfügten.



Einwohner



Einwohner:

| | |
|----------------------|--------------|
| Gerhardshofen | 1.178 |
| Birnbaum | 431 |
| Willmersbach | 323 |
| Göttelhöf | 137 |
| Linden | 135 |
| Kästel | 91 |
| Rappoldshofen | 75 |
| Forst | 61 |
| Altenbuch | 29 |
| Emelsdorf | 24 |
| Eckenhof | 9 |
| Sintmannsbuch | 9 |
| Vahlenmühle | 1 |

Gemeinde **Gerhardshofen** 2.499 Einwohner

Mobilität



Nächster Bahnhof:
Neustadt a. d. Aisch



15 Min.



Frankfurt-Nürnberg-Regensburg



An den Entwicklungsproblemen änderte auch der direkte Anschluss der Dörfer Gerhardshofen und Forst an die sogenannte Aischtalbahn wenig. Diese Bahnlinie verband als Stichbahn die Stadt Neustadt an der Aisch mit Uehlfeld. Sie hatte jedoch keine Verbindung zu den östlichen Industriestandorten. 1976 wurde der Personenverkehr auf der Strecke eingestellt und 1993 der gesamte Schienenverkehr.

... zu Wachstum und Aufschwung

Die aktuelle Entwicklung der erweiterten Gemeinde unterscheidet sich grundsätzlich von dem noch bis in die 1970er Jahre ablesbaren Entwicklungsweg. In vielfältigen Anstrengungen ist es Gerhardshofen trotz Rückschlägen gelungen, sich an den von den östlichen Wirtschaftsstandorten ausgehenden, regionalen Wachstums- und Entwicklungsprozess anzukoppeln und auch eigene Beiträge für die wirtschaftliche Entwicklung in der Region zu leisten. Wegmarken der Entwicklung waren die Ausweisung einer Wochenendhaussiedlung, die zu einer Dauersiedlung wurde, die Ausweisung eines Gewerbegebietes Anfang der 1970er Jahre sowie Ausweisungen von neuen Baugebieten nicht nur im Hauptort, sondern bei Nachfrage auch in anderen größeren Dörfern der Gemeinde. Als Konsequenz von Zuzug und eines auch über lange Jahre bestehenden Geburtenüberschusses stieg die Bevölkerung in der vergrößerten Gemeinde von 1.276 Einwohnern 1970 und 1.464 Einwohnern 1990 auf 2.574 Einwohner im Jahr 2008. In den Folgejahren ging die Einwohnerzahl jedoch – wie im Umfeld auch – leicht auf 2.499 Einwohner im Jahr 2013 zurück. Angesichts der verbreiteten Bautätigkeit und der hohen Wanderungsdynamik zeichnen sich weitere Veränderungen der Einwohnerzahlen ab.

Diese Entwicklung erfolgte einerseits im Wettbewerb mit sich ebenfalls verändernden Nachbargemeinden und andererseits im engen Zusammenwirken mit ihnen. Beispiel dieser Zusammenarbeit ist die Eröffnung einer gemeinsamen Grundschule mit dem Nachbarort Markt Dachsbach im Jahr 1996 auf der Gemeindefläche von Gerhardshofen, lange nach der Schließung der Grundschule in Gerhardshofen in



den 1960er Jahren. Ein weiteres Beispiel der engen Zusammenarbeit ist die Errichtung eines gemeinsamen Feuerwehrgebäudes der Gemeinden Markt Dachsbach und Gerhardshofen und die Vereinbarung eines engen Zusammenwirkens beider Wehren, um auch in Urlaubszeiten den Feuerschutz zu gewährleisten. Mit dieser engen Zusammenarbeit beschränkten beide Gemeinden in Bayern Neuland und konnten ihr Vorhaben erst gegen vielfältige Widerstände umsetzen. Ein weiteres Beispiel ist die von Gerhardshofen und Markt Dachsbach ausgehende interkommunale Zusammenarbeit benachbarter Gemeinden im Städtebauförderungsprogramm „Kleine Städte und Gemeinden“. Mit der Beteiligung an diesem Programm wird im Ort Gerhardshofen eine Verdichtung des historischen Ortskerns durch Wohnbauten in Angriff genommen als Reaktion auf die bestehenden und drohenden Entleerungen und Funktionsverluste ehemaliger landwirtschaftlicher Bausubstanz.

Auch die infrastrukturelle Ausstattung der schuldenfreien Gemeinde Gerhardshofen konzentriert sich mit stationären Nahversorgungsangeboten vor allem auf den Hauptort. Auch eine Tankstelle hat hier ihren Sitz. Ein gemeindlicher Kindergarten mit Krippe und Hort befindet sich in Gerhardshofen und ein kirchlicher in Birnbaum. Für die weitere Versorgung spielt der Nachbarort Markt Dachsbach mit einer Arztpraxis und einer Apotheke sowie einem Supermarkt (Vollversorger) eine wichtige Rolle. Die meisten Ortsteile der Gemeinde Gerhardshofen sind unter Mithilfe des entsprechenden bayerischen Landesprogramms seit kurzem an eine leistungsfähige Breitbandversorgung angeschlossen. Die Vollversorgung aller Ortsteile ist für 2016 geplant.



Infolge dieses Entwicklungsprozesses hat sich auch die Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Gerhardshofen drastisch verändert. Einerseits spielen Landwirtschaft und Karpfenzucht als Erwerbsgrundlage der Bevölkerung nur noch eine geringe Rolle, andererseits haben auch überregional und international operierende Unternehmen in Gerhardshofen ihren Standort. Insgesamt sind 306 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Gerhardshofen berufstätig. Davon pendeln 224 sozialversicherungspflichtige Beschäftigte zur Arbeit nach Gerhardshofen ein. Trotz dieser nicht unbedeutenden örtlichen Wirtschaft ist Gerhardshofen eine Auspendlergemeinde. 1.047 sozialversicherungspflichtige Einwohner pendeln zur Arbeit aus, teilweise auch unter Nutzung werkseigener Buslinien.





Glasow und Krackow



Im südöstlichsten Zipfel des Landes Mecklenburg-Vorpommern, zwischen dem an die Gemeinden angrenzenden Randow-Bruch und der in etwa zehn Kilometer entfernten Oder, liegen die beiden kleinen benachbarten Gemeinden Glasow und Krackow in einer flachwelligen Grundmoränenlandschaft. Der Fluss Randow bildet eine natürliche Landesgrenze zu Brandenburg und die Oder die Grenze zur Republik Polen.

Die Gemeinde Glasow besteht aus dem gleichnamigen Dorf sowie dem Ortsteil Streithof und hat 160 Einwohner (Stand: 31.12.2013). Die Gemeinde Krackow mit 674 Einwohnern umfasst die Ortsteile Krackow, Battinsthal, Hohenholz, Schuckmannshöhe, Lebehn und Kyritz. Die Hauptorte der beiden Gemeinden liegen vier Kilometer auseinander. Beide Gemeinden gehören zum Amt Löcknitz-Penkun (10.700 Einwohner). Der Sitz der Amtsverwaltung in Löcknitz (3.100 Einwohner) ist 11 bis 15 Kilometer entfernt und in einer Autofahrzeit von knapp 15 Minuten zu erreichen. Die Entfernung nach Penkun, einer kleinen Stadt (1.874 Einwohner) mit alten

Stadtrechten, beträgt je nach Ausgangspunkt sechs bis elf Kilometer. Aber schon zur ehemaligen Kreisstadt Pasewalk (10.400 Einwohner) ist es 30 Kilometer weit. Um die Kreisstadt Greifswald (56.400 Einwohner) des 2011 neugebildeten Landkreises Vorpommern-Greifswald in 130 Kilometer Entfernung zu erreichen, benötigen die Einwohner der beiden Gemeinden über die schnellste, aber deutlich längere Strecke eineinhalb Stunden.

Beide Gemeinden haben von 1990 bis 2013 deutlich Einwohner verloren, die Gemeinde Glasow 44 Prozent und die Gemeinde Krackow 28 Prozent. Mit den Attributen „Lage in einer dünn besiedelten Region“ (der Altkreis Pasewalk hatte Ende der 1980er Jahre eine Bevölkerungsdichte von 57 Einwohnern/km²), „Landkreis mit hoher Arbeitslosigkeit“ (2013: 14,3 Prozent), „abgelegene, kleine Wohnorte mit abnehmender Bevölkerung“ entsprechen beide Gemeinden den in der Öffentlichkeit weit verbreiteten Dorfbildern vom demografischen Wandel besonders betroffener Gebiete. Die Realität der Entwicklung in beiden Gemeinden ist jedoch viel differenzierter.

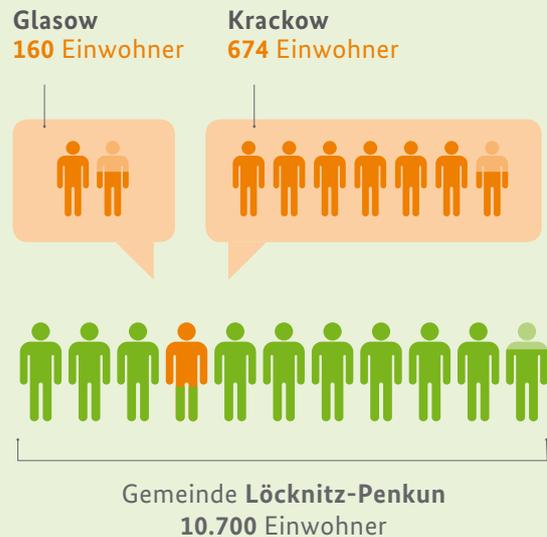
Vom Umland eines Zentrums ...

Beide Gemeinden gehörten vor 1945 mit einer Entfernung von 20 Kilometern zum unmittelbaren Umland der sich schnell entwickelnden Industrie- und Handelsstadt Stettin (1939: 268.000 Einwohner). In Stettin hatte auch die Kreisverwaltung des Landkreises Randow, dem beide Gemeinden bis 1939 zugeordnet waren, ihren Sitz. Die Einwohner beider Gemeinden konnten Stettin entweder mit der Eisenbahn über den zehn Kilometer entfernten Bahnhof Grambow (Bahnstrecke Hamburg-Stettin) oder mit einer kleinen Schmalspurbahn mit mehreren Haltepunkten in der heutigen Gemeinde Krackow oder einfach mit dem Fahrrad schnell und einfach erreichen. Mit der innerdeutschen Grenzziehung 1945 entfielen diese Möglichkeiten. Mit Stettin als Entwicklungspol entfiel auch die Möglichkeit des Ausbaus der wirtschaftlichen Entwicklungsachse Berlin-Stettin. Die Gemeinde Glasow hatte im Jahr 1939 434 Einwohner und die Dörfer der heutigen Gemeinde Krackow 1.235 Einwohner.

... zu einer abgelegenen Agrarregion ...

Mit der Grenzziehung wurden die beiden Gemeinden und das gesamte Umfeld, welche auch für viele Flüchtlinge und Vertriebene die ersten Anlaufpunkte waren, verkehrsmäßig an den Rand gedrängt und auf die Landwirtschaft als wirtschaftliche Basis reduziert. Die Bodenreform in der sowjetischen Besatzungszone 1945/1946 veränderte die stark durch Gutshöfe geprägte Agrar- und Sozialstruktur in den Dörfern drastisch. Der wirtschaftlichen Strukturschwäche in ihren nordöstlichen Regionen begegnete die DDR in den folgenden Jahrzehnten durch den forcierten Auf- und Ausbau der Industrie an den Standorten Neubrandenburg und Schwedt. Diese Maßnahmen ließen z. B. die Bevölkerung in der knapp 100 Kilometer entfernten Stadt Neubrandenburg von 23.000 im Jahr 1949 auf 88.900 im Jahr 1987 ansteigen, sie verstärkten aber auch die Abwanderung aus Dörfern. Der Kreis Pasewalk, zu dem die beiden Gemeinden ab 1950 gehörten, verlor zwischen 1950 und 1989 etwa 27 Prozent seiner Bevölkerung. Dem diese Entwicklung begleitenden Arbeitskräftemangel in der Landwirtschaft versuchten die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften und die Dörfer durch eine aktive Wohnbaupolitik zu begegnen.

Einwohner



Mobilität





... zurück in den suburbanen Raum

Die nächste Zäsur kam mit der Wiedervereinigung und der anschließenden Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft. Insbesondere die Umstrukturierung und Technisierung der Landwirtschaft führte in einem komplexen Prozess zum Abbau vieler Arbeitsplätze in diesem Bereich. Zusammen mit veränderten Erwerbchancen in anderen Regionen setzte sich auch die Abwanderung fort.

Von einem Untergang der Dörfer, wie er so oft in Diskussionen über den demografischen Wandel beschworen wird, kann trotz Leerstand und auch Verfall von Wohngebäuden in beiden Gemeinden keine Rede sein. Das gilt auch für die Daseinsvorsorgeeinrichtungen. Krackow hat mit einer Arztpraxis, einer Kita, einem Discounter und gastronomischen Einrichtungen Versorgungsfunktionen auch für umliegende kleinere Dörfer übernommen. In Glasow wie in vielen anderen

kleineren Dörfern wird die Versorgung mit Lebensmitteln durch mobile Händler sichergestellt. Glasow bildet mit einem Rettungstützpunkt mit Notarztwagen einen wichtigen Baustein für die medizinische Grundversorgung. Darüber hinaus ist in dem kleinen Dorf eine Einrichtung für betreutes Wohnen von Suchtkranken ansässig. Eine Grundschule und ein Gymnasium sowie weitere Geschäfte für Güter des täglichen Bedarfs gibt es im relativ nahen Löcknitz. Auch der alte Zentralort Penkun spielt als Standort einer Grundschule und für die Grundversorgung der Einwohner der beiden Gemeinden eine Rolle.

In wirtschaftlicher Hinsicht prägen in beiden Gemeinden wettbewerbsfähige Agrarbetriebe die Situation. Die wirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft macht sich auch daran fest, dass von den 1.737 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Amt Löcknitz-Penkun mit 18 Prozent fast ebenso viele im Wirtschaftsbereich Landwirtschaft, Forst und Fischerei arbeiten wie im produzierenden Gewerbe (23 Prozent). Die weitaus meisten sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Amtes sind im breiten Feld der Dienstleistungen tätig. Während in der Gemeinde Glasow der weit überwiegende Teil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auspendelt, sind in der Nachbargemeinde Krackow 225 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte berufstätig. Ca. 100 Berufstätige pendeln mehr zur Arbeit nach Krackow ein als aus. An dieser Entwicklung haben die Gewerbegebiete der Gemeinde an der Autobahn entscheidenden Anteil. Unter anderem hat sich dort auch einer der größten Biogas-Energiebetriebe Europas angesiedelt.

Der Ausbau der Verkehrswege wie der Autobahn 11 von Berlin nach Stettin und der A 20 von Hamburg zur



A 11 hat durch verringerte Fahrtzeiten auch die Ablegenheit der beiden Gemeinden deutlich reduziert. So sind der Berliner Autobahnring und damit das Berliner Umland in einer Stunde und die Innenstadt von Berlin in eineinhalb Stunden zu erreichen. Die Zunahme des Verkehrs hat aber auch zu neuen Belastungen in den vormals ruhigen Orten geführt. Trotz der neu gebauten Bundesstraße 113 entlang der Grenze zu Polen nutzt z. B. eine große Zahl von Lastkraftwagen die Landstraße durch das Dorf Glasow als Abkürzung.

Landschaft, Ruhe, Überschaubarkeit, preiswerte Wohnimmobilien und Verbesserung der Verkehrswege haben Menschen aus großen Städten veranlasst, Wochenend- oder Altersruhesitze auch in den kleinen Dörfern der Gemeinden zu erwerben. Sie tragen damit wesentlich zu einer Belebung der Dörfer bei, die teilweise seit mehr als 50 Jahren unter Abwanderung gelitten haben. Unter Einschluss der Personen mit Zweitwohnsitz liegt z. B. in Glasow die Zahl der Dorfbewohner bei ca. 200 Personen.

Noch stärker dürfte der langfristige Einfluss sein, der durch das Wachstum von Szczecin, dem ehemaligen Stettin, ausgeht. Nach dem Beitritt Polens zum Schengen-Abkommen und der Aufhebung der Grenzkontrollen 2007 haben polnische Bürger verstärkt begonnen, sich in beiden Gemeinden anzusiedeln, ältere Häuser zu übernehmen und zu renovieren oder neue Wohnhäuser zu bauen. Anders als in Löcknitz, dessen Einwohnerzahl auch aufgrund dieser Zuzüge aus Polen wächst, haben die Zuzüge die demografische Entwicklungsrichtung in den Gemeinden Glasow und Krackow noch nicht umzukehren vermocht. Die Überalterung der Bevölkerung in den kleinen Dörfern mindern sie gleichwohl. Auch



ein weiteres regionalwirtschaftliches Problem mildert diese in der Regel an vorhandene Arbeitsplätze in Szczecin gebundene Zuwanderung nicht: den allenthalben von Unternehmern beklagten Fachkräftemangel. Dennoch wird im Ergebnis dieser Zuzüge die Region unter völlig anderen Vorzeichen wieder zum suburbanen Raum der wachsenden und sich zu einer grenzüberschreitenden Metropole entwickelnden Stadt Szczecin (408.000 Einwohner). An dieser Entwicklung zu partizipieren, ist für die Dörfer kein Selbstläufer, sondern hat das Engagement von vielen zur Voraussetzung.





Groß Schneen



Das Dorf Groß Schneen (1.606 Einwohner, Stand: 31.12.2013) liegt nahe der Universitätsstadt Göttingen im oberen Leinetal (150 Meter über NN). Seit 1973 ist Groß Schneen Teil der aus 14 Dörfern neu gebildeten Gemeinde Friedland (8.008 Einwohner) im Landkreis Göttingen. Die Gemeindeverwaltung hat ihren Sitz in Groß Schneen. Die Gemeinde Friedland grenzt im südlichsten Zipfel Niedersachsens unmittelbar an die hessische und thüringische Landesgrenze. Bekannt ist die Gemeinde durch das seit 1945 hier außerhalb angesiedelte Grenzdurchgangslager Friedland, heute eine Erstaufnahmestelle für Flüchtlinge der Landesaufnahmebehörde Niedersachsen.

Durch Groß Schneen verläuft die Bundesstraße 27, die den Ort mit der zwölf Kilometer entfernten Universitätsstadt Göttingen, den dortigen Autobahnanschlussstellen an der A 7 und dem ICE-Bahnhof verbindet. Für die Fahrt in die Innenstadt von Göttingen (117.000 Einwohner) benötigt man etwa 16 Minuten. Durch die sechs Fahrtminuten entfernt liegende, gute Anbindung an die A 7 ist auch die Stadt Kassel (194.000 Einwohner) in weniger als 40 Minuten zu erreichen. Die Autobahn A 38 geht über das Gemeindegebiet. Die Autobahnanschlussstelle Friedland der A 38 ist drei Minuten von Groß Schneen entfernt.

Über die „Südharzautobahn“, wie die A 38 auch genannt wird, ist Halle an der Saale (231.600 Einwohner) nach 175 Kilometer und in 90 Autominuten zu erreichen. Vom Bahnhof Friedland, dessen Nutzung durch einen kostenlosen „Park & Ride Parkplatz“ unterstützt wird, verkehrt die Regionalbahn nach Göttingen im Stundentakt.

Entwicklung im Bann regionaler Prozesse

Groß Schneen wurde 1952 aufgrund der deutlichen Zunahme der Kleinbauern in einem stark durch größere Höfe geprägten Dorf in die Studie zum Wandel der Lebensverhältnisse einbezogen. Die erste Untersuchung erfasste das Dorf mitten in einem tiefgreifenden Umbruch. Zwischen 1880 und 1939 war die Bevölkerung mit rund 750 Einwohnern weitgehend stabil. Dies änderte sich mit Kriegsende schlagartig. Die Bevölkerung des nahe der innerdeutschen Grenze liegenden Dorfes schnellte auf 1.376 Einwohner im Jahr 1950 nach oben. Knapp die Hälfte der Einwohner waren Flüchtlinge und Vertriebene aus dem Osten Deutschlands. Obwohl bald darauf eine Abwanderung

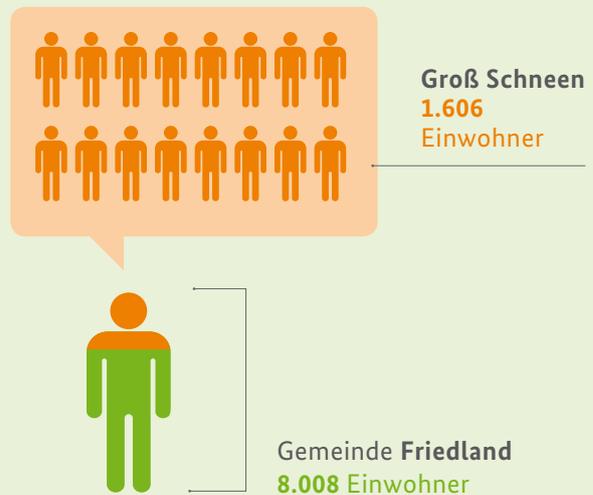
einsetzte und sich die Einwohnerzahl bis 1961 wieder auf 1.076 verringerte, kam die Einwohnerentwicklung nicht an die Vorkriegszahlen heran. Stattdessen nahm die Bevölkerung aufgrund der regionalen Entwicklungen langsam zu. 1987 lag die Einwohnerzahl mit 1.420 Personen erstmals über dem Stand von 1950.

Der Anstieg der Einwohnerzahlen veränderte die Sozialstruktur des Dorfes spürbar. Arbeitete 1939 noch knapp die Hälfte der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft, waren es 1951 nur noch 27 Prozent. Die Zahl der Auspendler hatte sich mit 167 Personen verdoppelt. Von den 84 landwirtschaftlichen Betrieben des Dorfes verfügten fünf Betriebe über 20 bis 50 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche und ein Betrieb über 140 Hektar. Demgegenüber bewirtschafteten 65 Prozent der Betriebe landwirtschaftliche Nutzflächen von 0,5 bis 5 Hektar. Als ein Ausdruck der guten örtlichen und regionalen Bedingungen außerhalb der Landwirtschaft waren lediglich 28 Prozent der Betriebe reine Landwirtschaftsbetriebe ohne Nebeneinkünfte aus anderer Wirtschaftstätigkeit. Im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung und des agrarischen Strukturwandels verringerte sich die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe deutlich. Heute gibt es in Groß Schneen nur noch sechs landwirtschaftliche Vollerwerbsbetriebe und vier landwirtschaftliche Nebenerwerbsbetriebe sowie einen forstwirtschaftlichen Dienstleistungsbetrieb. In Groß Schneen, in dem bis in die 1960er Jahre eine Molkerei ansässig war, werden derzeit keine Milchkühe mehr gehalten.

Die sich bereits Anfang der 1950er Jahre andeutende Entwicklung eines zunehmenden Pendelns zum Arbeitsplatz ist heute dominante Form der Arbeit. 2013 waren in der Gemeinde Friedland



Einwohner



Mobilität



Nächste Bahnhöfe:
Friedland, Göttingen



3 Min.



A38



Südharzautobahn



1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. 668 dieser Beschäftigten pendeln zur Arbeit in die Gemeinde Friedland ein, aber 2.256 aus der Gemeinde zur Arbeit aus. Dies ist ein typisches Bild in vielen Gemeinden im Umland von Göttingen, denn von den 64.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Göttingen pendeln 55 Prozent zur Arbeit nach Göttingen ein. Die Abnahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung von 2003 bis 2013 um 20 Prozent stellt gleichwohl für die Gemeinde eine besondere Herausforderung dar.

Vom Bevölkerungsdruck zum Wettbewerb um Einwohner

Wohnen wurde für Groß Schneen im Wandel der letzten 60 Jahre zur zentralen Funktion. Ein damit einhergehender Ausbau zu einem attraktiven Wohnstandort und vor allem ein entsprechendes Baulandangebot waren nur durch eine entsprechende Politik vor Ort möglich. Allerdings sah sich die kommunale Politik und Verwaltung zwei Phasen mit gänzlich unterschiedlichen Rahmenbedingungen





gegenüber. In der ersten Phase, die abschwächend bis in die 1980er Jahre andauerte, wuchs die Bevölkerung der Region. Für diese Periode steht beispielhaft das Wachstum von Göttingen mit 78.700 Einwohnern im Jahr 1950 zur Großstadt 1964 mit 109.856 Einwohnern und 114.700 Einwohner im Jahr 1987. Für Groß Schneen ging es in dieser Zeit darum, den Zuzug zu steuern, damit die infrastrukturellen Voraussetzungen des Dorfes nicht überfordert werden.

Diese Wachstumsperiode ist von einem regionalen Bevölkerungsrückgang abgelöst worden. In Südniedersachsen erfahren viele der Gemeinden Bevölkerungsverluste. Zur gemeinsamen und abgestimmten Vorbereitung auf die Folgen des demografischen Wandels haben sich die Gemeinde Friedland und zwei ihrer Nachbargemeinden am Städtebauförderungsprogramm „Kleinere Städte und Gemeinden“ des Bundes und der Länder beteiligt. Gleichzeitig sehen sich die Gemeinden und ihre Ortsteile in Südniedersachsen, wenn sie nur die bestehende Infrastruktur auslasten wollen, vor die Herausforderung gestellt, neue Einwohner anzuwerben.

Dafür ist Groß Schneen mit einem breiten Infrastrukturangebot gut aufgestellt. Unter anderem praktizieren im Ort zwei Allgemeinmediziner und ein Zahnmediziner. Eine Apotheke, ein Kindergarten und eine Kinderkrippe wie auch ein Supermarkt sind vorhanden. Ein bereits 2007 als Modellprojekt gestartetes Mehrgenerationenhaus erfreut sich mit seinen vielfältigen Angeboten, vom integrierten Wohnen über familiennahe Dienstleitungen bis hin zu einem öffentlichen Mittagstisch, einer regen Nachfrage. Ein schnelles Breitbandnetz (50 Mbit) gehört auch zu diesem Infrastrukturangebot. Das vom Landkreis unterhaltene Schulzentrum mit Hauptschul-, Realschul- und Gymnasialzweig hat einen solchen Zulauf, dass die dort ebenfalls untergebrachte Grundschule zum Jahreswechsel 2016/2017 ausziehen muss. Grundschüler aus Groß Schneen werden ab 2017 in der Grundschule im drei Kilometer entfernten Friedland unterrichtet. Angesichts solcher Infrastrukturvoraussetzungen sagen die Bevölkerungsprognosen für die Gemeinde Friedland eine in etwa stabile Einwohnerentwicklung voraus.





Kusterdingen



Der Ort Kusterdingen (3.523 Einwohner, Stand: 31.12.2013) ist der Hauptort der 1975 gebildeten Gemeinde gleichen Namens. Die Gemeinde Kusterdingen hat 8.247 Einwohner und gehört zum Landkreis Tübingen (Baden-Württemberg). Naturräumlich liegt die Gemeinde auf rund 420 Metern über NN auf den Härten, einer fruchtbaren Hochfläche, die sich gegenüber dem Neckartal und dem Echaztal, einem Nebenflusses des Neckars, rund 100 Meter mit einer steilen und bewaldeten Böschung erhebt.

Exzellente Lage

Die Gemeinde Kusterdingen grenzt unmittelbar an die Industrie- und Dienstleistungsstadt Reutlingen (111.400 Einwohner) und die Universitätsstadt Tübingen (85.400 Einwohner). Die historisch enge Verbindung zu beiden Nachbarstädten wird durch den Ausbau der Verkehrswege, wie der verbindenden Bundesstraße 28 mit vierspuriger Schnellstraße und den engmaschigen ÖPNV-Verbindungen, plastisch deutlich. Die Autofahrzeit zu beiden Innenstädten

liegt zwischen zehn und 15 Minuten. Mit beiden großen Städten sind Kusterdingen und noch weitere Gemeinden in einem Nachbarschaftsverband zusammengeschlossen. Seit Mitte der 1990er Jahre ist Kusterdingen durch den abgeschlossenen autobahnähnlichen Ausbau der Bundesstraße 27 zwischen Stuttgart und Tübingen zeitlich noch enger an Stuttgart herangerückt und gehört, mit staufreien Autofahrzeiten von einer halben Stunde in die Innenstadt der Landeshauptstadt oder 20 Minuten zum Flughafen Stuttgart, zum Stuttgarter Ballungsraum. Der nächste Haltepunkt an der Bahnstrecke Tübingen-Stuttgart befindet sich in zwei Kilometern Entfernung im Nachbarort Kirchentellinsfurt. Der nächste Bahnhof befindet sich in Tübingen.

Das zentrale Auswahlkriterium für die Wahl von Kusterdingen als Untersuchungsort 1952 war die Lage zwischen den beiden großen Nachbarstädten Tübingen und Reutlingen. Ziel war es, gerade die Entwicklung des Dorfes und den Wandel einer kleinbäuerlichen, durch die Vererbungssitte der Realteilung gekennzeichneten Landwirtschaft unter solchen Verhältnissen zu untersuchen.

Im Banne einer dynamischen Entwicklung

Die insbesondere von der Stadt Reutlingen und seinem Textilgewerbe ausgehende und durch den Anschluss dieser Stadt an das Eisenbahnnetz im Jahr 1856 beschleunigte Industrialisierung veränderte die regionalwirtschaftlichen Bedingungen grundlegend. Dieser Anstoß setzte einen bis heute anhaltenden Entwicklungsprozess in Gang, in dem das Dorf und später die Gemeinde Kusterdingen auf der Suche nach einem für die örtlichen Verhältnisse tragbaren Weg auch eigene Akzente setzte.

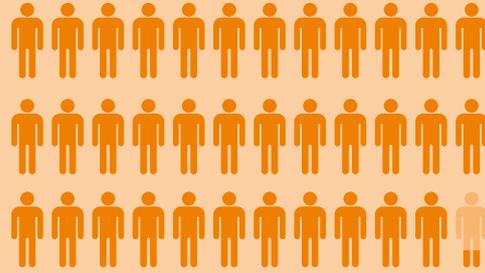
Erstes Kennzeichen deutlich veränderter Bedingungen in Kusterdingen war das einsetzende Bevölkerungswachstum. Nach vorhergehenden starken Abwanderungen stieg die Dorfbevölkerung ab den 1870er Jahren von 1.119 (1871) auf 1.362 (1900), bzw. 1.698 (1939) an. 1950 lebten 1.789 Menschen in Kusterdingen, darunter knapp 10 Prozent Heimatvertriebene. Im Verlauf dieses Bevölkerungswachstums entstand neben dem traditionellen Bauernviertel in Kusterdingen ein Arbeiterwohnviertel, dem schon bald Vorstadtcharakter nachgesagt wurde. Weiteres Kennzeichen dieser Entwicklung in Kusterdingen war die Gründung eines ersten Industrieunternehmens, eine Frottierweberei, im Jahr 1922. 1952 beschäftigten in Kusterdingen insgesamt drei Betriebe der Textilindustrie rund 100 Arbeitskräfte, darunter 75 Prozent Frauen. Neben einem weiteren kleineren Industriebetrieb der Metallverarbeitung hatte eine große Anzahl von Handwerksbetrieben und Einzelhandelsgeschäften in Kusterdingen ihren Sitz.

Von den 1.004 Erwerbspersonen in Kusterdingen gingen 73 Prozent der Berufstätigen Berufen im produzierenden Gewerbe und in Dienstleistungsbereichen



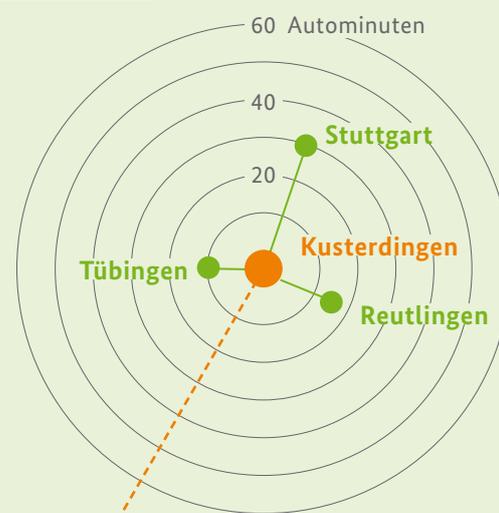
Einwohner

Kusterdingen 3.523 Einwohner



Gemeinde Kusterdingen
8.247 Einwohner

Mobilität



Nächste Bahnhöfe:
Kirchentellinsfurt, Tübingen



3 Min.



Stuttgart/Tübingen



nach. Von den Berufstätigen pendelten 75 Prozent täglich zur Arbeit aus. Die Arbeitsplätze lagen in der Regel weniger als zehn Kilometer entfernt. Gleichzeitig aber verfügten 80 Prozent der Haushalte in Kusterdingen über eigenes bzw. selbst genutztes Land.

Der agrarstrukturelle Wandel

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung führte zu einer Intensivierung der Kusterdinger Landwirtschaft. Die Milchviehhaltung war weit über den Ort hinaus für ihre Züchterfolge bekannt. Eine besondere Bedeutung kam dem Obstbau zu. Die im 19. Jahrhundert begonnenen Anpflanzungen von Obstbäumen prägen heute noch Teile der Gemarkung, allerdings in deutlich geringerer Anzahl. 1952 wurden in Kusterdingen nicht weniger als 6.500 Obstbäume und rund 1.700 Beerenobststräucher gezählt. Die Erträge aus dem Obstbau waren eine wichtige Stütze der landwirtschaftlichen Kleinbetriebe.

Auf der anderen Seite machte sich bereits früh der die weitere Entwicklung stark prägende Rückgang der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bemerkbar. Im Jahr 1907 gab es in Kusterdingen 187 landwirtschaftliche Betriebe, 1949 nur noch 162. Die agrarstrukturellen Voraussetzungen dieses Wandels werden an der Situation der Landwirtschaft von 1949 deutlich. 88 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe waren kleiner als 5 Hektar und somit kleiner als die rechnerische Größe, ab der unter den örtlichen Verhältnissen der damaligen Zeit eine landwirtschaftliche Familie ausschließlich von der Landwirtschaft leben konnte. Jedoch hatten nur 34 Prozent der Familien einen nichtlandwirtschaftlichen Nebenerwerb. Ein landwirtschaftlicher Durchschnittsbetrieb von 2,75 Hektar Größe bewirtschaftete nicht weniger als 19 Parzellen. Diese landwirtschaftlichen Verhältnisse und sich weiterentwickelnde Erwerbsalternativen außerhalb der Landwirtschaft ließen die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe bis 1971/1972 auf 53 sinken, knapp die Hälfte davon waren Nebenerwerbsbetriebe. Im Jahr 2013 sind im Dorf Kusterdingen nur noch zwei





landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe und sechs Nebenerwerbsbetriebe ansässig. Die Produktionsrichtung der örtlichen Landwirtschaft hat sich deutlich in Richtung Ackerbau verschoben. In dem früher für seine Zuchterfolge bekannten Ort hält nur noch ein landwirtschaftlicher Betrieb Vieh.

Zum Akteur gewerblicher Entwicklung

Für die eigene und weitere regionale gewerbliche Entwicklung setzten die Gemeinde Kusterdingen und die Stadt Reutlingen im Jahr 1976 durch die Schaffung eines großen gemeinsamen Gewerbegebietes einen beachtlichen Meilenstein. Große Teile des Gewerbegebietes „Mark-West“ liegen auf Kusterdinger Gemeindegebiet. Verstärkt durch Ansiedlung des „Technologieparks Tübingen Reutlingen“ im Jahr 2009 sind dort inzwischen rd. 6.000 Arbeitsplätze entstanden. In der Gemeinde Kusterdingen, darunter auch in weiteren neu ausgewiesenen Gewerbegebieten für einheimische Gewerbetreibende, waren ohne das Gewerbegebiet „Mark-West“ im Jahr 2013

2.117 sozialversicherungspflichtige Personen beschäftigt. 1.833 davon pendeln zur Arbeit nach Kusterdingen ein. Weit mehr, nämlich 2.737 sozialversicherungspflichtig beschäftigte Einwohner, pendeln zur Arbeit aus.

Zwischen Konsolidierung und Wachstum

Die Einwohnerentwicklung des Ortes und der Gemeinde Kusterdingen war seit 1952 durchweg positiv. Nach der Ausweisung größerer Baugebiete im Hauptort mit entsprechendem Zuzug verzichtete die Gemeinde ab den 1990er Jahren vorerst auf die Fortsetzung dieser Baupolitik. Die Einwohnerzahl stieg gleichwohl weiter, wenn auch mit 0,3 Prozent im Jahr nicht in dem Umfang der vorhergehenden 20 Jahre (ein Prozent). Trotzdem hatte Kusterdingen damit das größte Wachstum aller Gemeinden im Nachbarschaftsverband zu verzeichnen, allerdings in Verbindung mit nicht unerheblichen Wegzügen. Zu dem Wachstum der Bevölkerung trugen auch höhere Geburtenzahlen als Sterbefälle bei. Die mit dem Schlagwort Konsolidierung benannte Politik ging mit einer deutlichen Verdichtung der Bebauung in den bestehenden Orten einher. Inzwischen hat Kusterdingen wieder neue Baugebiete ausgewiesen.

Zur hohen Attraktivität der Gemeinde trägt auch eine exzellente Infrastruktur bei. Genannt sei an dieser Stelle ein im Jahr 1997 errichtetes Gemeindepflegehaus mit stationären und Tagespflegeplätzen sowie Wohnungen für betreutes Wohnen, die komplett neu gestaltete Ortsmitte mit Supermarkt und medizinischem Dienstleistungszentrum sowie das zum Schuljahr 2011/2012 neu gestartete private Gymnasium im Ort Kusterdingen.





Ralbitz-Rosenthal



Die Gemeinde Ralbitz-Rosenthal (1.716 Einwohner, Stand: 31.12.2013) liegt in der Heide- und Teichlandschaft der sächsischen Oberlausitz im Kernsiedlungsgebiet der Sorben. Die Gemeinde ist im Jahr 1994 aus den Gemeinden Ralbitz und Rosenthal gebildet worden und umfasst insgesamt zehn Ortsteile. Sitz der Gemeindeverwaltung ist Rosenthal mit 247 Einwohnern. Die Gemeinde ist Mitglied des Verwaltungsverbandes Am Klosterwasser im acht Kilometer entfernten Panschwitz-Kuckau (1.100 Einwohner). Gemeinde und Verwaltungsverband sind in dem neu gegründeten Großkreis Bautzen aufgegangen, in dessen geografischer Mitte sie liegen. Die Struktur der Gemeinde ist durch kleine Dörfer geprägt. Die Größe der Dörfer liegt zwischen 334 Einwohnern im größ-

ten Dorf (Ralbitz) und 50 Einwohnern bzw. einem Einzelhof mit einem Einwohner.

Räumlich liegt die Gemeinde zwischen der zehn Kilometer oder 17 Autominuten entfernten, ehemaligen Kreisstadt Kamenz (15.300 Einwohner), der „Großen Kreisstadt“ Hoyerswerda (34.000 Einwohner) in 22 Kilometern Entfernung und der neuen Kreisstadt Bautzen (39.600 Einwohner). Bautzen kann nach 25 Kilometern oder 25 Autominuten erreicht werden. In allen drei Städten bieten Bahnhöfe Anschlüsse zu Regionalzügen. Die Innenstadt der nächstliegenden Großstadt Dresden (531.000 Einwohner) ist 60 Kilometer oder 50 Autofahrtminuten entfernt. Die Autobahn A 4 Dresden-Görlitz liegt elf Kilometer oder 13 Autofahrtminuten weit weg.

Von einer abgelegenen Lage ...

Die Untersuchung im Jahr 1993 sah wegen vermutter Besonderheiten der ländlichen Lebensverhältnisse die Einbeziehung eines sorbischen Untersuchungsortes vor. Die Gemeinde Ralbitz wurde aufgrund ihrer abgelegenen Lage ausgewählt. Ralbitz bzw. die heutige Gemeinde Ralbitz-Rosenthal liegt in der sorbisch-katholischen Oberlausitz, dessen religiöses Zentrum, das Zisterzienserkloster St. Marienstern, in Panschwitz-Kuckau von immenser Bedeutung für die Entwicklung der Region war. Die Kirche in Rosenthal ist eine von insgesamt zwei Wallfahrtskirchen des Bistums Dresden-Meißen. Umgangssprache in den prinzipiell zweisprachigen Dörfern ist sorbisch, eine eigene mit dem Polnischen bzw. Tschechischen verwandte slawische Sprache.

Ralbitz und seine Nachbardörfer waren traditionell agrarisch geprägt. Diese agrarische Prägung der Wirtschaft des Untersuchungsortes blieb bis 1989 erhalten bzw. wurde durch den Bau einer Schweinemastanlage mit 7.500 Mastplätzen in den 1970er Jahren noch verstärkt. Gleichzeitig aber deutete sich ein Wandel des Erwerbslebens durch ein vielfach auf Werksbusse basierendes Arbeitspendeln von Einwohnern aus den Dörfern der Gemeinde Ralbitz an. Zielorte des Arbeitspendelns waren neben der Stadt Kamenz einige Gemeinden mit industriellen Arbeitsplätzen, wie etwa in der Braunkohleindustrie südlich von Hoyerswerda. Das Wegbrechen vieler dieser industriellen Arbeitsplätze und der umfangreiche Beschäftigungsabbau in der Landwirtschaft stellten die Einwohner nach 1989 vor große Herausforderungen.



Einwohner

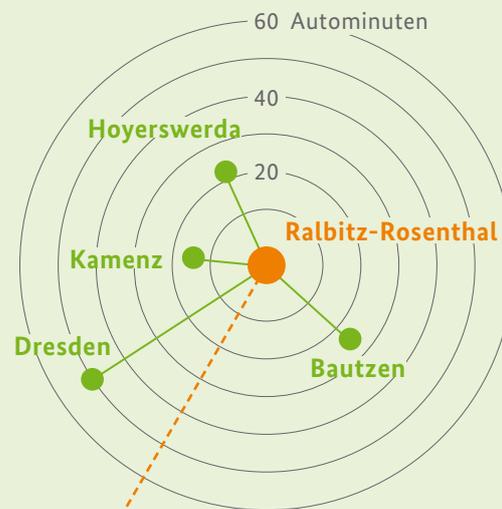


Ralbitz-Rosenthal
umfasst 10 Ortsteile mit
insgesamt **1.716 Einwohnern**



und ist dem Großkreis
Bautzen mit ca.
318.600 Einwohnern
angegliedert.

Mobilität



Nächste Bahnhöfe:
Kamenz, Hoyerswerda, Bautzen



13 Min.



Dresden-Görlitz



... zur Ballungsraumnähe ...

Die heutige Wirtschaftsstruktur der Gemeinde Ralbitz-Rosenthal baut auf den traditionellen Säulen auf, die bereits vor 1989 die örtliche Wirtschaft prägten. Die derzeitige Landwirtschaft in der Gemeinde wird vor allem durch einen ortsansässigen landwirtschaftlichen Großbetrieb und durch die Fortführung der Schweinemastanlage durch einen ortsfremden Investor geprägt. Ergänzt wird die Wirtschaftsstruktur der Gemeinde durch rund 30 kleinere Gewerbebetriebe mit 1 bis 15 Beschäftigten, die oftmals auch überregional aktiv sind. Insgesamt sind in der Gemeinde 247 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig (Stand: Juni 2013). 148 dieser Beschäftigten pendeln über die Gemeindegrenzen ein. 670 Beschäftigte pendeln zur Arbeit aus. Die Möglichkeiten für das Arbeitspendeln haben sich durch den Ausbau der Verkehrswege und die verbesserte individuelle Motorisierung deutlich erweitert. Neben anderen Orten sind auch die Stadt Dresden und ihr Umland Zielorte der Arbeitspendler.



... mit unsicherer Bevölkerungsentwicklung

In demografischer Hinsicht weist Ralbitz-Rosenthal ein besonderes Merkmal auf: Ralbitz-Rosenthal galt in den letzten Jahren als „jüngste Gemeinde“ Sachsens. Trotz dieses demografisch positiven Attributs geht die Einwohnerzahl zurück. Von 2003 bis 2013 hat die Einwohnerzahl aufgrund von Abwanderungen um 7,5 Prozent abgenommen. Die Ursachen liegen vor allem in den fehlenden Möglichkeiten wohnortnaher Hochschul- und beruflicher Ausbildung sowie dem Arbeitsplatzangebot. Die Gemeinde ist bestrebt, junge Familien durch attraktive Bauplatzangebote zum Bleiben oder zur Rückkehr zu bewegen.

Infrastrukturelle Angebote sind in den beiden Dörfern Ralbitz und Rosenthal vorhanden. Abgesehen von der Praxis eines Allgemeinarztes in Ralbitz beschränkt sich die Versorgungsinfrastruktur vor allem





auf je einen Bäckerladen in beiden Orten. Eine mobile Lebensmittelversorgung, die über die Dörfer fährt, ist 2013 eingestellt worden. Supermärkte finden sich in größeren oder zentraleren Nachbarorten sowie in den Städten. Von besonderer Bedeutung für den Gebrauch der sorbischen Sprache ist die Vorschul- und Schulsituation. Die Gemeinde hat in Ralbitz nicht nur eine Kinderkrippe und einen Kindergarten, sondern auch eine sorbische Grund- und Oberschule. Bis zur

Grundschule werden hier die Kinder zweisprachig betreut. In der Grundschule findet der Schulunterricht überwiegend in sorbischer Sprache statt, in der Oberschule in bestimmten Fächern. Die sorbische Oberschule Ralbitz wird auch von Schülern anderer Gemeinden besucht. Die Existenz der Oberschule in Ralbitz ist aufgrund geringer und rückläufiger Schülerzahlen zwar tendenziell gefährdet, vorerst jedoch bis 2025 gesichert.





Spessart



In der östlichen Eifel auf etwa 500 Metern über NN liegt die Gemeinde Spessart. Zur Gemeinde gehören seit einer Eingemeindung 1939 neben dem Hauptort Spessart auch die deutlich kleineren Dörfer Hannebach und Wollscheid sowie der Weiler Heulingshof. Verwaltungsmäßig ist die Ortsgemeinde Spessart Teil der Verbandsgemeinde Brohltal (18.100 Einwohner), die ihren Sitz im zehn Kilometer bzw. 16 Minuten Autofahrzeit entfernten Ort Niederzissen (2.662 Einwohner) hat, und des Kreises Ahrweiler (Rheinland-Pfalz). Die Kreisstadt Bad Neuenahr-Ahrweiler (26.934 Einwohner) ist 17 Kilometer entfernt bzw. in 24 Minuten Autofahrzeit von Spessart aus zu erreichen.

Die Gemeinde Spessart hat 749 Einwohner (Stand: 31.12.2013). Durch die Wohnungsneubauten sowohl in den Ortskernen als auch in den Neubaugebieten, ein mit der Nachbargemeinde Kempenich errichtetes Gewerbegebiet, ein auf alten Wurzeln neu eröffnetes Hotel und Landgasthaus, kommunale Entwicklungsanstrengungen und den Anschluss ans High-Speed-Internet (100 Mbit/s) macht die Gemeinde Spessart einen agilen und wohlhabenden Eindruck.

Armut und Sackgasse der Entwicklung

Der Unterschied zur ersten Untersuchung zum Wandel der ländlichen Lebensverhältnisse im Jahr 1952 kann kaum größer sein. Die Zunahme der Bevölkerung von 439 Einwohnern 1871 auf 540 Einwohner 1950 in dieser nach den damaligen Maßstäben abgelegenen Agrarregion schien mangels außerlandwirtschaftlicher Arbeitsplätze die Entwicklung von Spessart in eine „Sackgasse“ zu führen. Der zentrale Bindungsfaktor der Menschen an die Region war die Realteilung der landwirtschaftlichen Betriebe im Erbgang. Diese ließ eine Agrarstruktur entstehen, bei der zu Beginn der 1950er Jahre 96 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe kleiner als 10 Hektar waren. Die Masse der Betriebe lag damit unter der Betriebsgröße, von der in dieser ausgeprägten Mittelgebirgslage in der Regel eine Familie ausschließlich von der Landwirtschaft leben konnte. Die geringe durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Flächen von 6,33 Hektar und die Zerstückelung der Flächen stellte zudem betriebliche Entwicklungen vor besondere Herausforderungen. Ein landwirtschaftlicher Kleinbetrieb von

sechs Hektar bewirtschaftete 1952 nicht weniger als 110 einzelne landwirtschaftliche Flurstücke.

Geringe außerlandwirtschaftliche Einkommensmöglichkeiten im Dorf, z. B. als Handwerker oder Ladenbetreiber, oder in der Nähe, z. B. in den Steinbrüchen wie dem Hannebacher Ley, setzten den Zuverdienstmöglichkeiten enge Grenzen. Der Nebenerwerbsanteil an den landwirtschaftlichen Betrieben im Ort Spessart lag daher auch nur bei 26 Prozent. Die als Stichstrecke angelegte Brohltalbahn, die seit 1902 die Verkehrsadern des Rheintals mit dem Endbahnhof im drei Kilometer entfernten Kempenich (1950: 1.225 Einwohner) verband, konnte die Abgelegenheit der Region im Personenverkehr nicht aufheben. Um der Enge des regionalen Arbeitsmarktes zu entkommen, fuhren einige Einwohner als Wochenpendler mit Motorrädern zur Arbeit in Ballungsgebiete.

Im Ergebnis dieser regionalwirtschaftlichen Bedingungen waren die wirtschaftlichen Verhältnisse der Bevölkerung von Spessart zu Beginn der 1950er Jahre sehr beengt. Flüchtlinge oder Vertriebene wurden nach 1945 in Spessart nicht untergebracht. Die Gemeinde Spessart selbst galt dagegen, aufgrund ihres Grundbesitzes von 150 Hektar, darunter nicht unerhebliche Waldflächen, als relativ wohlhabend.

Aufbruch aus der Sackgasse

Der Ausweg aus der Entwicklungssackgasse zu Beginn der 1950er Jahre gelang der Bevölkerung von Spessart mit der zunehmenden individuellen Motorisierung und Automobilisierung. Die Einwohner erschlossen sich dadurch zusätzliche Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit. Die Einstellung des Personenverkehrs auf der Brohltalbahn vom Bahnhof Kempenich 1960 und später des gesamten Eisenbahnverkehrs auf der von kommunalen Eignern betriebenen Brohltalbahn hatte für diesen Prozess keine maßgebliche Bedeutung.

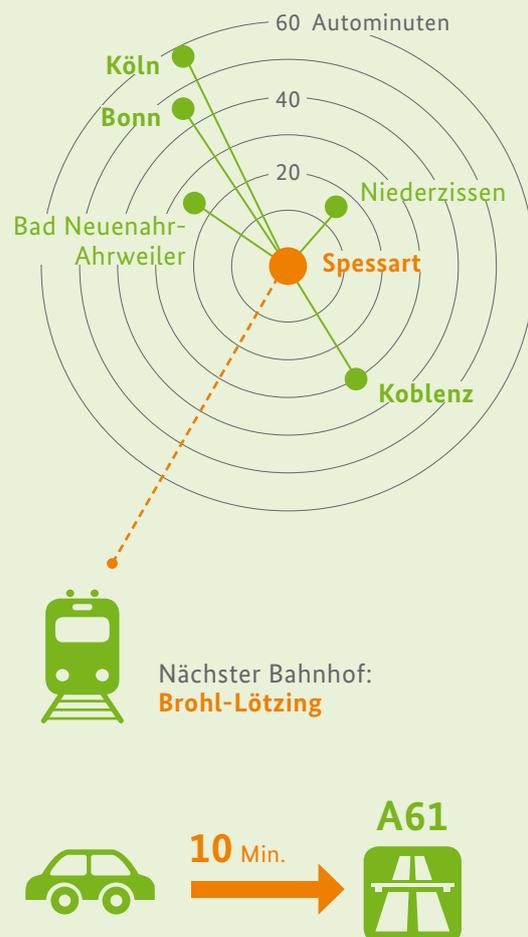
Das Heranrücken an Ballungsräume

Eine entscheidende Veränderung der regionalen Entwicklungsbedingungen brachte die Fertigstellung der linksrheinischen A 61 im Jahr 1975 und des Autobahnzubringers von Kempenich und Spessart zur A 61

Einwohner



Mobilität





(Bundesstraße 412) 1980 sowie die Fortführung der B 412 in die Eifel und zum Nürburgring 1989. Spessart und die anderen Gemeinden an diesen neuen Verkehrswegen rückten hinsichtlich der Fahrtzeiten mit einem Schlag deutlich an die Ballungszentren heran. Über den Zubringer ist die nächste Anschlussstelle zur A 61 in zehn Minuten zu erreichen, die Innenstadt von Koblenz (110.600 Einwohner) in einer knappen halben Stunde, die von Bonn (311.000 Einwohner) in 45 Minuten und die von Köln (1,03 Millionen Einwohner) in wenig mehr als einer Stunde. Die neuen Verkehrsmöglichkeiten verstärkten die Pendlerorientierung, insbesondere in Richtung auf den Raum Köln-Bonn.

Den veränderten ökonomischen Möglichkeiten trugen die Gemeinden Kempenich und Spessart mit der Ausweisung eines gemeinsamen Gewerbegebiets Rechnung. Seit Mitte der 1980er Jahre geplant, fiel die konkrete Umsetzung in durch den Bonn/Berlin-Umzug (Hauptstadt-Beschluss) veränderte regionale Entwicklungsbedingungen. Die Kosten der Erschließung des 30 Hektar großen Gewerbegebiets, 20 Hektar von der Gemeinde Kempenich und zehn Hektar von der Gemeinde Spessart, stellten die beteiligten Gemeinden vor große finanzielle Herausforderungen, trotz der Förderung durch Bonn/Berlin-Mittel und durch das Land Rheinland-Pfalz. Auch aufgrund der guten Annahme des 1994 fertig erschlossenen Gewerbegebiets ist die Gemeinde Spessart seit 2002 wieder schuldenfrei. Heute liegt dieses Gewerbegebiet in einer Wasserschutzzone, die es vor 20 Jahren noch nicht gab.

Die Unternehmen im Gewerbegebiet, darunter in dem Kempenicher Teilgebiet auch die Zentrale eines weltweit operierenden Anbieters für Heimwerkerbedarf, bieten heute etwa 500 Arbeitsplätze. Zusätzliche Flächen einer Erweiterung des Gewerbegebiets auf der Spessarter Seite sind bereits weitgehend an ansiedlungsbereite Unternehmen verkauft.

Über die Neueröffnung eines Hotels und Landgasthauses auf alten Wurzeln im Dorf Spessart erfährt der Tourismus in dieser abwechslungsreichen Landschaft der Osteifel auch über die Gemeinde hinaus neue Impulse. Ein kürzlich eröffneter, sehr gut angenommener Döner- und Pizzaladen mit Bringdienst erweitert das örtliche Essensangebot.

In den Unternehmen im Gewerbegebiet und in den Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben im Dorfkern sind insgesamt 112 sozialversicherungspflichtig



Beschäftigte tätig, die aber nur zu einem geringen Teil in der Gemeinde wohnen. 89 sozialversicherungspflichtige Personen pendeln zur Arbeit nach Spessart ein. Auf der anderen Seite pendeln 283 sozialversicherungspflichtige Spessarter Einwohner zur Arbeit aus.

Die Veränderungen der regionalwirtschaftlichen Möglichkeiten hat auch die Agrarstruktur grundlegend verändert. Bis zu Beginn der 1970er Jahre hat bei deutlicher Zunahme des Nebenerwerbs die Gesamtzahl der landwirtschaftlichen Betriebe noch zugenommen, um anschließend deutlich abzunehmen. Heute gibt es noch sechs landwirtschaftliche Betriebe in der Gemeinde, darunter drei Haupterwerbsbetriebe, die sich auf Milchviehhaltung spezialisiert haben.

Die Versorgung der Bevölkerung, insbesondere in den Dörfern Spessart und Hannebach, erfolgt traditionell durch Angebote im Nachbardorf Kempenich. In Kempenich (2013: 1.919 Einwohner) befinden sich die katholische Pfarrkirche, der nächstgelegene Friedhof, eine Grundschule und ein katholischer Kindergarten. Ein weiterer betrieblicher Kindergarten im Gewerbegebiet Kempenich-Spessart steht auch betriebsfremden Eltern bzw. Kindern offen. Kempenich bietet darüber hinaus Ärzte, eine Apotheke, einen Supermarkt und weitere Einzelhandelsgeschäfte. Das Lebensmittelangebot in der Gemeinde Spessart wird durch mobile Händler ergänzt. Eine Mehrzweckhalle und ein 2012 eingerichteter Kinder- und Jugendtreff im Dorf Spessart sowie ein Bürgerhaus in Wollscheid runden das Infrastrukturangebot ab. Das stark auf die individuelle Pkw-Nutzung abgestellte Verkehrssystem ist in den letzten Jahren durch einen Ausbau des ÖPNV ergänzt worden. Derzeit fahren drei Linien Spessart mit seinen zum Teil neu gestalteten Bushaltestellen an.

Stabilität der Einwohnerzahl in demografisch schwierigem Umfeld

Die Einwohnerzahlen der Gemeinde Spessart sind in den letzten 20 Jahren mit rund 750 Einwohnern stabil geblieben. Zu dieser Stabilität haben in den letzten zehn Jahren sowohl die ausgeglichene natürliche Bevölkerungsbewegung aus Geburtenzahlen und Sterbefällen als auch der ausgeglichene Wanderungssaldo aus Zu- und Wegzug beigetragen. Diese Stabilität der Einwohnerzahlen ist in den letzten zehn Jahren in einem schwierigeren Umfeld erreicht worden. Sowohl die Verbandsgemeinde als auch der Kreis hatten nach einer vorausgegangen Bevölkerungszunahme eine Abnahme ihrer Bevölkerung zu verzeichnen.

Voraussetzung für die Bevölkerungsentwicklung in Spessart war eine aktive Baulandpolitik der Gemeinde durch Ausweisung neuer Baugebiete. Trotz aktuell zugenommener Verkäufe von Bauplätzen ist die Nachfrage nach Bauplätzen in Spessart insgesamt eher verhalten. Dies ist auch eine Folge des ausgeprägten Wettbewerbs um neue Einwohner zwischen Gemeinden sowohl außerhalb als auch innerhalb der Verbandsgemeinde Brohltal.

Angesichts dieses Wettbewerbs bleibt die Stabilisierung der Einwohnerzahlen eine anhaltende Herausforderung der Gemeinde. Die Aufnahme der Gemeinde Spessart als Schwerpunktort in das Dorfenerneuerungsprogramm von 2012 bis 2018 bietet die Chance, die Gemeinde auch im Hinblick auf diese Aufgabe weiterzuentwickeln.





Westrup



Das Dorf Westrup liegt im Mindener Flachland am südlichen Rand der Stemweder Berge, über die die Grenze zwischen Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen verläuft. Westrup ist eine regionstypische Streusiedlung aus vielen einzelnen Häusern und Höfen und einem kleinen Ortskern. Im Zentrum des Ortskerns steht als Besonderheit ein Glockenturm.

Seit der Kommunalreform 1973 gehört Westrup zu der aus 13 Dörfern neu gebildeten Gemeinde Stemwede (Kreis Minden-Lübbecke, Nordrhein-Westfalen). In der Gemeinde Stemwede, mit 80,9 Einwohnern je Quadratkilometer eine der am dünnsten besiedelten Gemeinden in Nordrhein-Westfalen, leben 13.985 Einwohner, in Westrup 557 Einwohner (Stand: 31.12.2013).

Relativ weit entfernt von großen Hauptverkehrsachsen ist Westrup durch eine Landstraße überregional angebunden. Für eine Fahrt mit dem Auto zur Kreisstadt Minden (80.000 Einwohner) oder zur nächsten Großstadt Osnabrück (156.000 Einwohner) werden

40 Minuten benötigt. Autobahnanschlussstellen können je nach Richtung in 30 bzw. 40 Minuten Fahrzeit erreicht werden. Der nächste Haltepunkt der Regionalbahn im niedersächsischen Lemförde ist mit dem Auto in zehn Minuten (9,1 Kilometer) zu erreichen. Ähnlich weit ist es nach Levern, dem Sitz der Gemeindeverwaltung. Zum benachbarten, 1,5 Kilometer vom Westrupe Dorfkern entfernten, größeren Kirchdorf Wehden (1.743 Einwohner) sind die Übergänge seit jeher fließend.

Bewegte demografische Vergangenheit

Westrup blickt auf eine bewegte demografische und ökonomische Entwicklung zurück. In der Mitte des 19. Jahrhunderts hatte sich die Region um die Stemweder Berge zu einem Zentrum des Leinewebens und damit zu einem wichtigen Standort der auf

den damaligen Weltmarkt ausgerichteten Minden-Ravensberger Leinen-Exportwirtschaft entwickelt. Aufgrund der dadurch entstandenen Einkommensmöglichkeiten lebten in Westrup im Jahre 1843 674 Einwohner.

Der Niedergang des handwerklichen Leinewebens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zwang viele Einwohner aus der Region zur Auswanderung. Mit der Reagrarisierung der dörflichen Wirtschaft ging in Westrup die Einwohnerzahl auf 458 im Jahr 1890 zurück. Erst als Folge einer weiteren Intensivierung der Landwirtschaft durch Kultivierung der Moore, Ausbau der Veredelungsproduktion und Entwicklung des in der Ortslage besonders ausgeprägten Obstbaus stabilisierte sich die Einwohnerzahl in Westrup in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts auf 650 Personen.

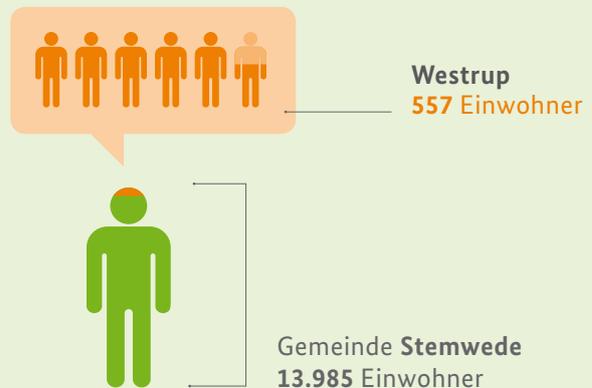
Die sprunghafte Zunahme auf 828 Einwohner im Jahr 1950 durch die Unterbringung von Evakuierten, Flüchtlingen und Vertriebenen im Dorf war eine Folge des Krieges und blieb auf wenige Jahre begrenzt. 1952 zählte die erste Untersuchung zu Lebensverhältnissen in kleinbäuerlichen Dörfern 577 einheimische Einwohner.

1952 lebten 65 Prozent der einheimischen Bevölkerung Westrups von der Landwirtschaft. 119 landwirtschaftliche Betriebe zählte das Dorf. 56 Prozent davon verfügten über weniger als 5 Hektar landwirtschaftliche Nutzfläche. In der weitgehend von der Landwirtschaft geprägten Region waren die außerlandwirtschaftlichen Erwerbsmöglichkeiten zu Beginn der 1950er Jahre gering. Im Dorf selbst waren einige Handwerks- und Handelsbetriebe, darunter auch eine Getreide- und eine Sägemühle ansässig, die vielfach zusätzlich auch Landwirtschaft betrieben. Immerhin knapp 10 Prozent der Erwerbstätigen des Dorfes pendelten zur Arbeit. Hauptzielorte dieser Pendler waren in erster Linie die Nachbardörfer und dabei insbesondere das angrenzende Dorf Wehdem. Arbeit im Umland boten vor allem das Baugewerbe und Ziegeleien.

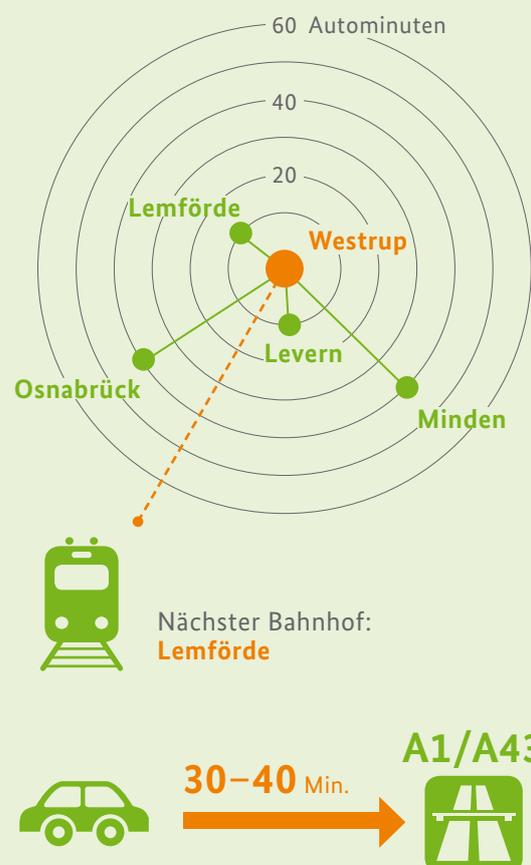
Wandel von einer Agrar- zu einer Industrieregion

Angestoßen durch Unternehmensgründungen in der Nachkriegszeit, insbesondere auch von Flüchtlingen, entwickelte sich die Region um die Stemweder Berge

Einwohner



Mobilität



zu einem stark vom produzierenden Gewerbe geprägten Wirtschaftsraum. Infolge dieser Entwicklung bieten sich heute für die Einwohner von Westrup in einem Radius von knapp zehn Kilometern berufliche Entfaltungsmöglichkeiten u. a. in international operierenden Unternehmen der Fahrzeugtechnik und der Chemie- sowie Möbelindustrie oder in einem Stammsitz eines ebenfalls international tätigen, großen Bauunternehmens an. Weitere Arbeitsmöglichkeiten sind im gleichen Radius durch die Ansiedlung einer Maßregelvollzugsklinik des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe im Jahr 1959 entstanden. In Westrup sind 30 Gewerbebetriebe aus Handwerk und Dienstleistungen angemeldet. Insgesamt sind in der Gemeinde Stemwede 5.800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte tätig. Die Zahl der Einpendler übersteigt die Auspendler um rund 580 Personen.

Die Vielfalt des landwirtschaftlichen Strukturwandels

In Westrup sind infolge des landwirtschaftlichen Strukturwandels noch neun landwirtschaftliche Betriebe ansässig, davon sind vier landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe. Die vier Haupterwerbsbetriebe haben sich auf sehr unterschiedliche Produktionsrichtungen spezialisiert – von der Legehennen- und Milchviehhaltung bis zur Schweinemast. Einer dieser Betriebe setzt die örtliche Tradition des marktorientierten Obstbaus am Südhang der Stemweder Berge fort. Über einen Hofladen bietet dieser Betrieb seine Produkte auch im Dorf an. Einzelne der elf Biogasanlagen in der Gemeinde Stemwede haben ihren Standort in unmittelbarer Nähe zu Westrup.

Gute regionale Grundversorgung

Die Möglichkeiten einer Grundversorgung der Einwohner sind in Westrup trotz der Praxis eines Allgemeinmediziners im Dorf oder eines von einer Elterninitiative betriebenen Kindergartens sowie mobiler Angebote begrenzt. Dies ist jedoch keine neue Entwicklung. Die Grundversorgung der Westrupe Einwohner erfolgte seit jeher auch über das nahe Dorf Wehdem. In Wehdem steht die evangelische Kirche und hier befindet sich auch der nächste Friedhof. Ein Supermarkt, Einzelhandelsgeschäfte und Dienstleistungsunternehmen, weitere Ärzte und eine Apotheke sind wichtige Bestandteile des wohnortnahen Infrastrukturangebots, das selbst wiederum durch weitere Angebote in anderen Dörfern ergänzt wird. In Wehdem hat auch die „Stemweder Berg-Schule“, derzeit noch eine Sekundarschule mit der Möglichkeit zu Haupt- und Realschulabschlüssen und mit angeschlossenen Betreuungs- und Begegnungsangeboten des „Life Houses“, der Jugend-, Freizeit- und Kultureinrichtung eines Vereins, ihren Sitz. Begleitet von heftigen Diskussionen vor Ort plant die Gemeinde, diese Schule in eine Gesamtschule in privater Trägerschaft umzuwandeln, um so den Schulstandort angesichts rückläufiger Schülerzahlen auch für die Zukunft zu sichern.

Die Ausrichtung von Westrup auf Wehdem war keine ausschließliche Einbahnstraße. Bis 2011 gingen die Grundschüler aus Wehdem gemeinsam mit den Grundschulern aus Westrup in die Grundschule Westrup. Aufgrund rückläufiger Schülerzahlen hat die Gemeinde diese Schule 2011 geschlossen. Grundschulkindern aus beiden Dörfern gehen heute in die verschiedenen Grundschulen der Gemeinde Stemwede.

Seit Herbst 2014 ist Westrup wie andere Dörfer um die Stemweder Berge über Breitband an ein schnelles



Internet mit bis zu 50 Mbit/s Leistung angeschlossen. Aufgrund der ausgeprägten Streusiedlungsstruktur können von dieser leitungsgebundenen Versorgung aber keineswegs alle Bewohner profitieren.

Als regionale Besonderheiten mit deutlich überregionaler Bedeutung sind Open-Air-Veranstaltungen an den Stemweder Bergen zu erwähnen – von dem von ehrenamtlichem Engagement getragenen „Stemweder Open Air“ mit ca. 12.000 Besuchern bis hin zu den Festivals „Hai in den Mai“ und „Wonderland“ mit bis zu 8.000 Besuchern, welche durch eine auf der Grenze von Wehdem und Westrup angesiedelten „Musikneipe“ organisiert werden. In diese Tradition reiht sich das Dorf Westrup mit einer eintägigen Veranstaltung, dem „Rock am Turm“, ein.

Die demografische Herausforderung der Siedlungsstruktur

Die Einwohnerzahl von Westrup war lange Zeit (1961 bis 1992) mit knapp 700 relativ stabil. In den letzten 20 Jahren hat die Einwohnerzahl von Westrup um 21,5 Prozent abgenommen. Dieser drastische Einwohnerrückgang ist nicht wie in der Vergangenheit in erster Linie Folge wirtschaftlicher Veränderungen, sondern geht verstärkt auch auf Prozesse einer kleinteiligen Bevölkerungskonzentration und wohnungsbaupolitische Festlegungen der Gemeinde zurück.

Die Gemeinde Stemwede hat auf dem Gemeindegebiet drei Siedlungsschwerpunkte ausgewiesen, Westrup gehört nicht dazu. Es ist daher nicht überraschend, dass Westrup von dem Wachstum der Gemeinde Stemwede (von 1992 bis 2004 um 6,5 Prozent) nur

vergleichsweise wenig profitieren konnte. Seit 2004 verzeichnet allerdings auch die Gemeinde Stemwede einen Bevölkerungsrückgang (- 8,1 Prozent). Mit 13.985 (Stand: 31.12.2013) Einwohnern liegt Stemwede unter der Einwohnerzahl von 1992. Wehdem, einer der Siedlungsschwerpunkte, hatte im Jahr 2013 319 Einwohner mehr als im Jahr 1992.

In Westrup ist die Möglichkeit zum Neubau von Wohnhäusern ausschließlich auf wenige Baulücken im kleinen Ortskern beschränkt. Damit entfällt ein wichtiger Anreiz, mit dem Westrup um Zuzügler werben kann. Die größte Herausforderung für die demografische Entwicklung, für die Stabilität der örtlichen Infrastruktur und für die gewachsene Kulturlandschaft resultiert in Westrup, wie auch in vielen anderen Dörfern der Region, aus der Streusiedlungsstruktur dieser Orte.

Die Übernahme leer stehender ehemaliger landwirtschaftlicher Gebäude im „Außenbereich“ – oft lange nach Einstellung der ursprünglichen Bewirtschaftung – durch Dritte und zur nichtlandwirtschaftlichen Nutzung unterliegt besonderen Regelungen. Von den durch Bundesrecht erweiterten Möglichkeiten der Bundesländer eine solche Umnutzung zu erleichtern, macht das Land Nordrhein-Westfalen keinen Gebrauch. Auch wenn in Westrup derzeit kein Leerstand existiert, liegt in den Schwierigkeiten der Weiterentwicklung von leerfallenden Gebäuden außerhalb des kleinen Dorfkerns eine sich im Zeitablauf vermutlich verschärfende Zukunftshypothek. Da Westrup, wie alle Orte der Gemeinde Stemwede, über keine ortsbezogenen kommunalen Vertretungsorgane verfügt, haben Westruper Einwohner eine Dorfwerkstatt gegründet, um diesen und ähnlichen Herausforderungen der Dorfontwicklung aktiv begegnen zu können.





Forschung zu ländlichen Räumen durch das Thünen-Institut

Prof. Dr. Peter Weingarten (*Leiter des Thünen-Instituts für Ländliche Räume, Braunschweig*)

Als Ressortforschungseinrichtung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat das Thünen-Institut – Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei – die Aufgabe, wissenschaftlich basierte Entscheidungshilfen für die Politik zu erarbeiten und damit zugleich zum wissenschaftlichen Erkenntnisfortschritt beizutragen. Bei unserer Forschung und Politikberatung zu ländlichen Räumen betrachten wir diese aus einer territorialen, auf die Gesamtschau ausgerichteten Perspektive. Die wichtige Rolle, die Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft in ländlichen Räumen spielen, schließen wir dabei ein. Die Wahl einer territorialen Perspektive ist sinnvoll, weil ländliche Räume Wohn- und Lebensumfeld für viele Menschen in Deutschland sind und vielfältige gesellschaftliche Funktionen erfüllen, die weit über die land- und forstwirtschaftliche Produktion hinausgehen: Sie sind Standort vieler kleiner und mittlerer Unternehmen, sind Freizeit- und Erholungsort und nehmen wichtige ökologische Funktionen wahr.

Die ländlichen Räume in Deutschland sind für zentrale gesellschaftliche Herausforderungen der Zukunft – wie etwa den demografischen Wandel, den zunehmenden Wettbewerb von Unternehmen und Regionen als Folge von Globalisierung und wachsender Integration in der EU, die Entwicklung zu Wissensökonomien, die nachhaltige Ressourcennutzung und den technologischen Wandel – unterschiedlich gerüstet. Die Entwicklung ländlicher Räume zu fördern, stellt vor diesem Hintergrund eine komplexe Aufgabe dar.

Das Thünen-Institut für Ländliche Räume, eines der 14 Fachinstitute des Thünen-Instituts, hat die Aufgabe, die Entwicklung ländlicher Räume und deren Einflussfaktoren sowie die Wirkungen von Politikmaßnahmen und Institutionen auf ländliche Räume zu erforschen und daraus Entscheidungshilfen für politisches Handeln abzuleiten. Wir verstehen uns als ein sozioökonomisch und empirisch ausgerichtetes Ressortforschungsinstitut mit einem räumlichen

Fokus auf Deutschland und darüber hinaus der Europäischen Union. Unsere Forschung zu ländlichen Räumen erläutern wir im Folgenden anhand unserer wissenschaftlichen Aufgabenfelder und exemplarisch ausgewählter Forschungsfragen und Projekte. Einen umfassenden Überblick bieten die „Thünen-Strategie 2014“, das „Forschungsprofil des Thünen-Instituts für Ländliche Räume“ und unsere Homepage www.ti.bund.de.

Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen

Wie verändern sich die objektiven und subjektiven Lebensverhältnisse in unterschiedlichen ländlichen Räumen (beispielsweise durch Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung)?

In unserer Forschung interessieren uns die Vielfalt ländlicher Lebensverhältnisse und ihr Wandel unter sich ändernden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Wir untersuchen die Folgen sozialen und demografischen Wandels mit einem Schwerpunkt auf den Veränderungen der Daseinsvorsorge, zum Beispiel in der medizinischen Versorgung oder im Brandschutz. Dabei berücksichtigen wir Entwicklungspfade unterschiedlicher ländlicher Räume und arbeiten Unterschiede und Abhängigkeiten zu verstädterten Räumen heraus. Fragen der politischen Steuerung (Governance) und der Ausgestaltung von Beteiligungsprozessen (Partizipation) analysieren wir aus der Perspektive unterschiedlicher Fragestellungen, etwa veränderter Kommunalstrukturen, öffentlicher Fördermittel, regionaler Schrumpfung oder der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements in der Daseinsvorsorge.

Beispielhafte Forschungsfragen:

- Welche Personengruppen nach sozialer Lage, Alter und Geschlecht sind von diesen Veränderungen betroffen?
- Wie nehmen die unterschiedlichen Gruppen den Wandel ländlicher Räume wahr? Wie reagieren sie darauf?
- Welche Möglichkeiten haben politische und zivilgesellschaftliche Akteure, auf die Lebensverhältnisse in ländlichen Räumen Einfluss zu nehmen?

Das Verbundprojekt „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ stellt ein Beispiel unserer Forschungsarbeiten in diesem Aufgabenfeld dar. Die Lebenssituationen und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland standen im Zentrum eines anderen Projektes. Weitere Beispiele für Projekte betreffen die Strategien, die Anbieter und Nachfrager von Daseinsvorsorgeleistungen in peripheren, von Alterung und Bevölkerungsrückgang gekennzeichneten Regionen (Harzstudie), Handlungsansätze zur Sicherung der Nahversorgung („Dorfläden“) und unsere bundesweiten, GIS-basierten Analysen zur Erreichbarkeit von Supermärkten und Discountern, Straßentankstellen und Apotheken.

Wirtschaft und Arbeit in ländlichen Räumen

Welche Faktoren sind dafür verantwortlich, dass sich einige ländliche Räume wirtschaftlich erfolgreich entwickeln und andere nicht?

Manche ländliche Räume prosperieren, während andere Gefahr laufen, weiter zurückzufallen. Im Mittelpunkt dieses Aufgabenfelds stehen die Ursachen und Folgen unterschiedlicher wirtschaftlicher Entwicklungen. Wir analysieren diese Unterschiede, auch im Vergleich zu den nichtländlichen Räumen, und arbeiten die Triebkräfte für die verschiedenen Entwicklungen heraus. Unsere Analysen berücksichtigen, dass sich ländliche Räume hinsichtlich ihrer Ausstattungen mit harten und weichen Standortfaktoren und ihrer Verflechtungen mit Ballungsräumen unterscheiden. Um Wandlungsprozesse besser zu verstehen, untersuchen wir vor allem Unternehmen und ihre Strategien sowie Arbeitsmärkte und ihre Entwicklung.

Beispielhafte Forschungsfragen:

- Wie entwickeln sich Beschäftigung, Wertschöpfung und Einkommen in ländlichen Räumen mit dem Strukturwandel und einem zunehmenden interregionalen Wettbewerb in verschiedenen Sektoren und Branchen?
- Welche Standortfaktoren sind entscheidend für Unternehmen in ländlichen Räumen?

- Welche Rolle spielt die Landwirtschaft einschließlich der vor- und nachgelagerten Bereiche für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume?
- Welche Bedeutung haben Förderprogramme für die wirtschaftliche Entwicklung ländlicher Räume?

Unsere Begleitforschung zu den BMEL-Modellvorhaben „LandZukunft“ und „Land(auf)Schwung“ und dem Modellvorhaben „Chance.Natur“ des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit sind Beispiele für Arbeiten in diesem Aufgabenfeld. In einem laufenden EU-Projekt erforschen wir die spezifischen Probleme und Chancen ausgewählter ländlicher Arbeitsmärkte in insgesamt vier Regionen in Deutschland und Frankreich. Weitere Beispiele sind unsere auf Kreisebene differenzierten Untersuchungen zur Struktur und Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland und zu den Verteilungswirkungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG).

Ressourcennutzung, Umwelt und Naturschutz

Wie wirken sich Landwirtschaft und Landnutzungswandel auf den Zustand der abiotischen und biotischen Ressourcen in ländlichen Räumen aus?

Mehr als die Hälfte der Fläche Deutschlands wird landwirtschaftlich genutzt. Damit kommt der Landwirtschaft für den Zustand der natürlichen Ressourcen eine besondere Bedeutung zu. Wir analysieren die ökonomischen Aspekte der landwirtschaftlichen Nutzung natürlicher Ressourcen sowie deren Wechselwirkungen mit Umwelt, Natur und Gesellschaft und entwickeln Optionen für eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen.

Beispielhafte Forschungsfragen:

- Wie lassen sich Boden, Wasser, Luft, Biodiversität und Landschaft schützen und nachhaltig nutzen?
- Wie wirkt der Klimawandel auf die landwirtschaftliche Landnutzung, auf Produktion und Einkommen und auf die ländlichen Räume?
- Wie verändern sich die Landnutzung und deren multifunktionale Wirkungen, wenn gesellschaftliche Erwartungen sich wandeln?

In mehreren Projekten untersuch(t)en wir räumlich differenziert die Auswirkungen von Agrar- und Umweltmaßnahmen im Bereich des landwirtschaftlichen Gewässerschutzes vor dem Hintergrund der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Andere Projekte befassen sich zum Beispiel mit den Wechselwirkungen zwischen Landnutzung (Landwirtschaft, Forst, Siedlung und Verkehr) und Klimawandel, mit Synergien zwischen Natur- und Klimaschutz oder mit Wegen zur Reduzierung von Lebensmittelabfällen.

Politikfolgenabschätzung

Wie greift die Politik in all diese Entwicklungen steuernd ein, welche anderen Handlungsoptionen bestehen und wie wirkungsvoll und effizient sind diese?

Das Aufgabenfeld „Politikfolgenabschätzung“ ist zentraler Bestandteil der auf die unmittelbare Politikberatung ausgerichteten Arbeit des Instituts und eng mit den drei anderen, thematisch orientierten Aufgabenfeldern verzahnt. Zum einen werden die methodischen Voraussetzungen geschaffen, gepflegt und weiterentwickelt, auf deren Basis – auch kurzfristig – wissenschaftlich basierte Entscheidungshilfen gegeben werden. Zum anderen werden in vielfältigen





Forschungs- und Evaluationsprojekten Zielerreichungsgrad und Wirkungen vorhandener politischer Instrumente und Institutionen untersucht sowie ggf. alternative Handlungsoptionen entwickelt.

Beispielhafte Forschungsfragen:

- Welche Bedeutung haben unterschiedliche Steuerungs- und Implementationsprozesse (Governance) für die Entwicklung ländlicher Räume?
- Wie wirksam und effizient sind ländliche Entwicklungsprogramme im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung, Umwelt und Lebensqualität?
- Wie können Politikfolgenabschätzungen und wissenschaftlich basierte Politikberatung zu einer effizienten Politik beitragen?

Ein Beispiel in diesem Aufgabenfeld sind unsere modellgestützten Politikfolgenabschätzungen mit den regionalisierten Agrarsektormodellen RAUMIS und CAPRI. Unsere Arbeiten im Bereich der Evaluation der ländlichen Entwicklungsprogramme von sieben (2007 bis 2013) bzw. fünf (2014 bis 2020) Bundesländern sind ein anderes prominentes Beispiel. Die Evaluationsergebnisse auf Ebene einzelner Fördermaßnahmen lassen sich thematisch den drei oben genannten Aufgabenfeldern des Instituts zuordnen.

Die hier beschriebenen Forschungsfelder des Thünen-Instituts für Ländliche Räume erfordern eine disziplinäre, methodische und thematische Vielfalt der Perspektiven auf ländliche Räume. Hierfür haben wir gute Voraussetzungen. Von den in der „Thünen-Strategie 2014“ beschriebenen

fachinstitutsübergreifenden 20 Thünen-Themenfeldern weisen mehrere eine enge Beziehung zu Fragestellungen auf, die für ländliche Räume relevant sind. Dies gilt insbesondere für das Themenfeld „Ländliche Lebensverhältnisse“, aber auch für die Themenfelder „Einkommen und Beschäftigung“ oder „Langfristige Politikkonzepte“. Fragen des abiotischen und biotischen Ressourcenzustands und -schutzes werden in mehreren, stärker naturwissenschaftlich ausgerichteten Thünen-Themenfeldern adressiert. Die eingangs genannten zentralen gesellschaftlichen Herausforderungen und die beispielhaft aufgeführten Forschungsfragen werden auch mittel- bis langfristig für die Forschung zu ländlichen Räumen relevant bleiben; und sie gehen weit über das hinaus, was eine einzelne Forschungseinrichtung leisten kann. Wir kooperieren deshalb mit zahlreichen agrarökonomischen, raum- und regionalwissenschaftlichen sowie naturwissenschaftlichen Forschungseinrichtungen in Deutschland und Europa. Das Verbundprojekt „Ländliche Lebensverhältnisse im Wandel 1952, 1972, 1993 und 2012“ ist hierfür ein Beispiel.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter:

Johann Heinrich von Thünen-Institut (Hrsg.) (2014): Thünen-Strategie 2014, Braunschweig, http://www.ti.bund.de/media/ti/Ueber_uns/Das_Institut/Thuenen-Strategie_2014.pdf

Johann Heinrich von Thünen-Institut, Institut für Ländliche Räume (Hrsg.) (2014): Forschungsprofil des Thünen-Instituts für Ländliche Räume, Braunschweig, http://www.ti.bund.de/media/institute/lr/Startseite_Aktuelles/Forschungsprofil/Forschungsprofil_LR.pdf



Dorferneuerung aus Sicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

Die Dorferneuerung trägt neben der Städtebauförderung seit Jahrzehnten zur aktiven Entwicklung ländlich geprägter Orte bei. Sie hat sich den Rahmenbedingungen angepasst und damit auf die vielfältigen Veränderungen, die die Dörfer in den vergangenen Jahrzehnten erfahren haben, reagiert. Das ist der Strukturwandel in der Landwirtschaft und in der übrigen Wirtschaft; das ist aber auch der demografische Wandel mit seinen vielschichtigen Auswirkungen auf die Gesellschaft. Die Dorferneuerung berücksichtigt die große Vielfalt ländlicher Regionen und Dörfer bezüglich deren Status, Entwicklung und Handlungsmöglichkeiten.

Die Dorferneuerung soll die ländlichen Gemeinden und ihre Bürger befähigen, die Rahmenbedingungen für land- und forstwirtschaftliche Unternehmen zu gestalten, die unverwechselbare Eigenart ländlicher Siedlungen zu bewahren und die dörfliche Infrastruktur den Bedürfnissen der Menschen anzupassen. Die Dörfer sollen für alle Altersgruppen lebenswert

erhalten und gestaltet werden. Dorfgemeinschaften sollen die Chance ergreifen können, mit innovativen Ideen zu Vorreitern des Umgangs mit gesellschaftlichen Entwicklungen zu werden.

Die Dorferneuerung als zeitlich begrenzte Phase der Durchführung der staatlichen Förderung ist Teil der integrierten ländlichen Entwicklung und wird im Rahmen der Bund-Länder-Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" (GAK) gefördert. Mit diesem Förderangebot unterstützen der Bund und die Länder die Gemeinden und die Menschen in den Dörfern darin, die strukturelle Entwicklung als Selbstverwaltungsaufgabe wahrzunehmen.

Zwischen der aktuellen und der vorigen Dorfstudie, also von 1993 bis 2012, wurden Dorferneuerungsprojekte im Rahmen der GAK mit rund 2,2 Milliarden Euro gefördert: 1,3 Milliarden Euro Bundes- und 900 Millionen Euro Ländermittel. Man geht allgemein davon aus,

dass jeder Euro Bundesmittel für die Dorferneuerung Investitionen in Höhe von rund fünf Euro auslöst, sodass in dem genannten Zeitraum etwa 6,5 Milliarden Euro Investitionen in den Dörfern ausgelöst wurden. Neben der Land- und Forstwirtschaft hat die Dorferneuerung damit auch für heimische Handwerksbetriebe große Bedeutung, denn mit der Umsetzung investiver Projekte werden Aufträge für das örtliche Gewerbe ausgelöst und damit Arbeitsplätze gesichert.

→ **Welche Erkenntnisse aus der Studie und ihren Teilstudien sind nun aus Sicht des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft besonders hervorzuheben?**

Zunächst einmal ist positiv zu vermerken (Teilstudie „Alltagsbewältigungsstrategien“), dass die Befragten überwiegend zufrieden sind und sich weitgehend mit den Strukturen arrangieren können. Was die Anforderungen an die Landwirtschaft anbelangt, sei ein stetiger Wandel zu beobachten. Der Charakter der Untersuchungsdörfer als ländliche Orte löse sich immer weiter von der Landwirtschaft. Gegenüber der Landwirtschaft bestünden seitens der übrigen Bevölkerung in erster Linie konservative, also bewahrende Ansprüche, beispielsweise in Bezug auf Landschaftsbild und Natur. Die gesellschaftliche Brisanz des Themas Pflanzenschutzmitteleinsatz schein gegenüber der vorigen Untersuchung zurückgegangen zu sein; wohingegen das Thema Tierschutz zunehmende Bedeutung habe. Nachdenklich stimmen muss die Erkenntnis, dass innerhalb der Landwirtschaft eine zunehmende Entsolidarisierung festgestellt wird.

In der Teilstudie „Dörfer als Wohnstandort“ wird festgehalten, dass Standortofferten wie Arbeitsplatz, soziale Netze, Wohnumfeld und Freizeitmöglichkeiten wichtig sind zur Gewinnung von Zuzüglern. Diese Standortofferten werden noch wichtiger und die Herausforderungen noch größer, wenn man sich vor Augen führt, dass mehr als 25 Prozent der Bevölkerung über einen Fortzug nachdenken, wobei als Hauptmotiv die Arbeitsmarktsituation genannt wird.

Die „Handlungsmöglichkeiten von Orten“ seien nicht nur abhängig von Finanzen, Strukturen und Gemeindeverfassung. Wichtig seien die Persönlichkeiten der lokalpolitischen Mandatsträger und das bürgerschaftliche Engagement. Nach Meinung der Autoren kann an keinem der Orte von Handlungsfähigkeit gesprochen werden und das bürgerschaftliche Engagement ist kein universelles Wundermittel zur Ausweitung

örtlicher Handlungsspielräume. Was die „Kindheit im Wandel“ anbelangt, wird in den Dörfern das Fehlen von kinderkulturellen Freizeitangeboten bemängelt. In der Teilstudie „Ländliche Arbeitsmärkte: Chancen für Frauen – Frauen als Chance“ wird festgehalten, dass die „Dazuverdiener“-Ehe eine gewünschte Situation der Frauen ist. Die Annahme, Mütter seien aufgrund mangelnder Strukturen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in die „Hausfrauenfalle“ geraten, treffe selten zu. Die Erwerbstätigkeit von Müttern mit Kleinkindern sei dagegen entscheidend beeinflusst von der Arbeitsmarktsituation des Partners. Mit anderen Worten: Wenn der Partner für den Lebensunterhalt nicht ausreichend verdient, muss die Frau dazuverdienen, auch wenn die Kinder noch sehr klein sind. Was die Vereinbarkeit von Familie und Beruf angeht, sehen nur größere Unternehmen von sich aus Möglichkeiten auch für Mütter mit Kindern.

Laut „Soziale Unterstützungssysteme im Wandel“ erfahren selbst organisierte Systeme der Daseinsvorsorge eine erhebliche Beachtung, obwohl über deren tatsächliches Funktionieren oder Nichtfunktionieren wenig bekannt sei. Das Thema Pflege nehme dabei eine herausragende Stellung ein. Die Selbstverständlichkeit der familiären Pflege stehe allerdings im deutlichen Kontrast zu den damit verbundenen Belastungssituationen. Das Engagement für das Dorf und die gegenseitige Unterstützung wird in den meisten Dörfern sehr hoch geschätzt. Eine „sorgende Gemeinschaft“ werde in ländlichen Räumen ebenso unerlässlich sein, wie es dazu eines konkreten organisatorischen und finanziellen Kraftaktes bedürfe. Ein offensiver Umgang mit den Themen Pflege und Betreuung könne Menschen für die Entwicklung des Gemeinwesens mobilisieren.

Für unterversorgte Gebiete sind „Neue Medien“ und damit für einen zeitgemäßen Internetanschluss vor allem Initiativen auf Gemeinde- oder Kreisebene wichtig, um bestehende Versorgungslücken zu schließen. Dabei rückten kooperative Lösungen mit regionalen Versorgern bzw. benachbarten Gemeinden in den Blick. Die Einwohner in den Untersuchungsdörfern verbänden mit der Nutzung neuer Medien die Chance, ländliche Regionen als Lebens- und Wirtschaftsraum attraktiv zu gestalten und die Nachteile des Lebens auf dem Lande aufzuheben, wobei hier seit der Durchführung der Erhebung 2012 positive Entwicklungen zu einer besseren Versorgung mit höheren Übertragungsraten zu verzeichnen sind.

Neue Medien bildeten insgesamt einen relevanten Eckpfeiler sowohl für die wirtschaftliche Entwicklung als auch für die Versorgung ländlicher Räume. Auch der für die ältere Bevölkerung wichtige Pflegesektor könne durch den Einsatz neuer Medien sinnvoll unterstützt werden. So könne die Wohnbevölkerung mit Informationen zu Mehrfunktionenhäusern versorgt werden. In einem Mehrfunktionenhäuser wechseln sich beispielsweise Ärzte, Lebensmittelhändler, Friseur und andere Gewerbetreibende mit ihren Versorgungs- und Dienstleistungsangeboten ab, die aus wirtschaftlichen Gründen nicht mehr fest und an allen Werktagen im Dorf ansässig sind.

Abgeleitet aus den Studienergebnissen bleibt für die Politik festzuhalten, dass für eine erfolgreiche Dorferneuerung die Mitwirkung der vor Ort lebenden Menschen bei der Vorbereitung, Planung und Umsetzung noch stärker als bisher zu aktivieren und einzubinden ist, denn sie sind die lokalen Experten. Dorferneuerung und Dorfentwicklung sollen alle gesellschaftlichen Gruppierungen ansprechen, auch bedürftige und strukturell benachteiligte Gruppen. Dabei geht es um das Miteinander und den gegenseitig bereichernden Umgang zwischen den Dorfbewohnern verschiedener Altersgruppen und Familienstände, Menschen mit und ohne Behinderungen, Altansässigen und Zugezogenen sowie die Unterstützung von Kranken und Gebrechlichen. Inklusion im Sinne einer vollen gesellschaftlichen Teilhabe und Partizipation Behinderter an Prozessen ist von Anfang an einzubeziehen. Dorfmoderation kann sich bei der Dorfentwicklung als hilfreich und nützlich erweisen.

Bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" sollen künftig die über den engen agrarstrukturellen Bezug hinausgehenden Aspekte wie ländliche Wirtschaft und Daseinsvorsorge stärker berücksichtigt werden. Zunehmende Bedeutung für die Dorferneuerung erlangen interkommunale Kooperationen und Stadt-Umland-Partnerschaften.

Eng verbunden mit der Dorferneuerung sind Gemeinschaftseinrichtungen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der dörflichen Bevölkerung sowie die Umnutzung nicht mehr in ihrer ursprünglichen Funktion genutzter Gebäude zu Wohn- oder Arbeitszwecken; und das nicht nur bei ehemals landwirtschaftlichen Gebäuden.

Einen wichtigen Beitrag für die Dorfentwicklung leistet der Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“, der sich in den mehr als 50 Jahren zu einer der größten Bürgerbewegungen entwickelt hat. Künftig soll dieser Wettbewerb noch stärker in seiner Komplexität begriffen werden und die Ganzheitlichkeit der dörflichen Entwicklung in den Mittelpunkt stellen.

Mit dem Bundesprogramm Ländliche Entwicklung (BULE) werden innovative Ansätze in der ländlichen Entwicklung gefördert und erprobt, die der Vielfalt der Situation in den Dörfern gerecht werden. Daraus sollen u.a. Erkenntnisse für die künftige Weiterentwicklung der Förderlandschaft gewonnen werden. Das Bundesprogramm läuft zunächst bis Ende 2016. Das BMEL beabsichtigt – vorbehaltlich eines entsprechenden Haushaltsbeschlusses des Deutschen Bundestages – das Programm über das Jahr 2016 hinaus fortzuführen. Für den Bereich „Modell- und Demonstrationsvorhaben in zentralen Zukunftsfeldern der ländlichen Entwicklung“ werden seit März 2015 Interessenbekundungen und Projektskizzen über Bekanntmachungen eingeholt.

Im Zusammenwirken mit den Ländern soll die GAK um die Förderung der sozialen Dorfentwicklung ergänzt werden. Erkenntnisse aus den erwarteten Modellvorhaben der Bekanntmachung „Soziale Dorfentwicklung“ vom 14. August 2015 werden darin einfließen.

Wichtiger Bestandteil des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung ist das Modellvorhaben Land(auf)Schwung. Die 13 von einer unabhängigen Jury bestimmten Förderregionen – Elbe-Elster, Greiz, Hochsauerlandkreis, Höxter, Kronach, Mittelsachsen, Neunkirchen, Sigmaringen, Stendal, St. Wendel, Vorpommern-Rügen, Werra-Meißner-Kreis und Wittmund – werden von Juli 2015 bis Juni 2018 mit jeweils 1,5 Millionen Euro gefördert. Das Projekt richtet sich an engagierte Menschen vor Ort, selbst über innovative Ideen und deren Umsetzung zu entscheiden. Die jeweilige Schwerpunktsetzung ist auf www.bmel.de/DE/Laendliche-Raeume/BULE/land-aufschwung/ dargestellt. Ziel des Modellvorhabens ist es, den Regionen Freiräume zur Förderung von Projekten der Daseinsvorsorge und zur Stärkung der Wirtschaftskraft zu bieten.

Stefan Taxis

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Projektpartner und Kontakte

Auftraggeber: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Projektleitung: Thünen-Institut für Ländliche Räume

| Teilprojekte | Institute |
|--|---|
| Dörfer als Wohnstandorte | Institut für Green Technology und Ländliche Entwicklung, Fachhochschule Südwestfalen, Soest |
| Alltagsbewältigungsstrategien | Institut für Sozialwissenschaften des Agrarbereichs, Fachgebiet Ländliche Soziologie, Universität Hohenheim |
| Kindheit im Wandel | Fachbereich Bildungs- und Sozialwissenschaften, Fachgruppe Geographie, Bergische Universität Wuppertal |
| Soziale Unterstützungsstrukturen im Wandel | Fakultät Soziale Arbeit, Hochschule Mittweida |
| Anforderungen an die Landwirtschaft | Institut für Lebensmittel- und Ressourcenökonomik, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn |
| Neue Medien und dörflicher Wandel | Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung gemeinnützige GmbH, Berlin |
| Handlungsspielräume von Orten – Rahmenbedingungen politischen Handelns und ortsspezifische Bewältigung von Herausforderungen | Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig |
| Ländliche Arbeitsmärkte: Chancen für Frauen – Frauen als Chance | Thünen-Institut für Ländliche Räume, Braunschweig |

14 Untersuchungsorte

| Untersuchungsort | Landkreis/ Kreis | Bundesland | Internetpräsenz |
|--|------------------------------------|------------------------|--|
| Bischoffingen | Breisgau-Hochschwarzwald | Baden-Württemberg | www.vogtsburg.de |
| Bockholte | Emsland | Niedersachsen | www.bockholte.de |
| Elliehausen | Göttingen | Niedersachsen | www.elliehausen.net |
| Falkenberg | Rottal-Inn | Bayern | www.gemeinde-falkenberg.de |
| Finneland | Burgenlandkreis | Sachsen-Anhalt | www.finneland.de |
| Freienseen | Gießen | Hessen | www.laubach-online.de |
| Gerhardshofen | Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim | Bayern | www.gerhardshofen.de |
| Glasow, Krackow | Vorpommern-Greifswald | Mecklenburg-Vorpommern | www.loecknitz-online.de |
| Groß Schneen | Göttingen | Niedersachsen | www.friedland.de |
| Kusterdingen | Tübingen | Baden-Württemberg | www.kusterdingen.org |
| Badingen, Burgwall, Marienthal, Mildenberg, Ribbeck und Zabelsdorf | Oberhavel | Brandenburg | www.zehdenick.net |
| Ralbitz-Rosenthal | Bautzen | Sachsen | www.ralbitz-rosenthal.de |
| Spessart | Ahrweiler | Rheinland-Pfalz | www.spessart-brohltal.de |
| Westrup | Minden-Lübbecke | Nordrhein-Westfalen | www.westrup.de |



Impressum

Herausgeber

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL)
Referat 412
Wilhelmstraße 54
10117 Berlin
E-Mail: 412@bmel.bund.de

Stand

Oktober 2015

Redaktion

Thünen-Institut für Ländliche Räume
Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft

Gestaltung

design.idee, büro_für_gestaltung, Erfurt

Bildnachweis

S. 2 + 22 + 36 + 38 links und rechts unten + 39 oben + 40 + 41 + 42 (alle) + 43 (alle) + 48 + 49 + 50 oben und rechts unten + 51 + 60 + 61 + 62 (alle) + 63 (alle) + 65 + 66 links und rechts unten + 67 (alle) + 80 + 82 links unten: Heinrich Becker/Thünen-Institut; S. 4: BMEL/photothek.net/Thomas Köhler; S. 37: Yorck Maecke; S. 38 oben + 39 links unten: Margitta Gatzke; S. 32 + 39 rechts unten + 70 (alle) + 71 rechts unten + 84 + 86 (2 Motive) und 87 (alle) + 90 links unten + 91 (alle) + 95: Ulrike Hochgesand/Thünen-Institut; S. 44 + 45 + 46 (alle) + 47 (alle) + 76 + 77 + 78 (alle) + 79 (alle): Christina Waitkus/Thünen-Institut; S. 50 links unten + 64 + 66 oben + 71 links unten + 74 oben + 74 rechts unten + 75 (alle): Michael Kriszan fh-swif; S. 52 + 54 (alle) + 55 (alle) + 81 + 82 (3 Motive) + 83 (alle): Helge Meyer-Borstel/Thünen-Institut; S. 24 + 25 + 56 + 57 + 58 (alle) + 59 (alle): Michael Welling/Thünen-Institut; S. 72: Sabine Sobierey; S. 73 + 74 links unten: Birgit Anders; S. 86 oben: Frank Klapperich; S. 88 + 90 rechts unten: K. Teipel, Stewwede Germany; S. 6: Andrea Wilhelm/Fotolia.com; S. 8: Dirk Fleischer/Fotolia.com; S. 9: Vladimir Wrangel/Fotolia.com; S. 12: Schneider Foto/Fotolia.com; S. 14: Nicolette Wollentin/Fotolia.com; S. 18: Peter Maszlen/Fotolia.com; S. 20: Gina Sanders/Fotolia.com; S. 21: Visionsi/Fotolia.com; S. 26: Vibe Images/Fotolia.com; S. 28: ARochau/Fotolia.com; S. 30: Photographee.eu/Fotolia.com; S. 96: animaflore/Fotolia.com; S. 92 Rainer Sturm/pixelio.de

Druck

BMEL

Bestellinformation

Diese und weitere Publikationen können Sie kostenlos bestellen:

Internet: www.bmel.de/publikationen
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
Fax: 01805-77 80 94
(Festpreis 14 ct/Min., abweichende Preise a. d. Mobilfunknetzen möglich)
Tel.: 01805-77 80 90
(Festpreis 14 ct/Min., abweichende Preise a. d. Mobilfunknetzen möglich)
Schriftlich: Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock

Diese Broschüre wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des BMEL kostenlos herausgegeben. Sie darf nicht im Rahmen von Wahlwerbung politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.

Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.ti.bund.de und www.bmel.de

